

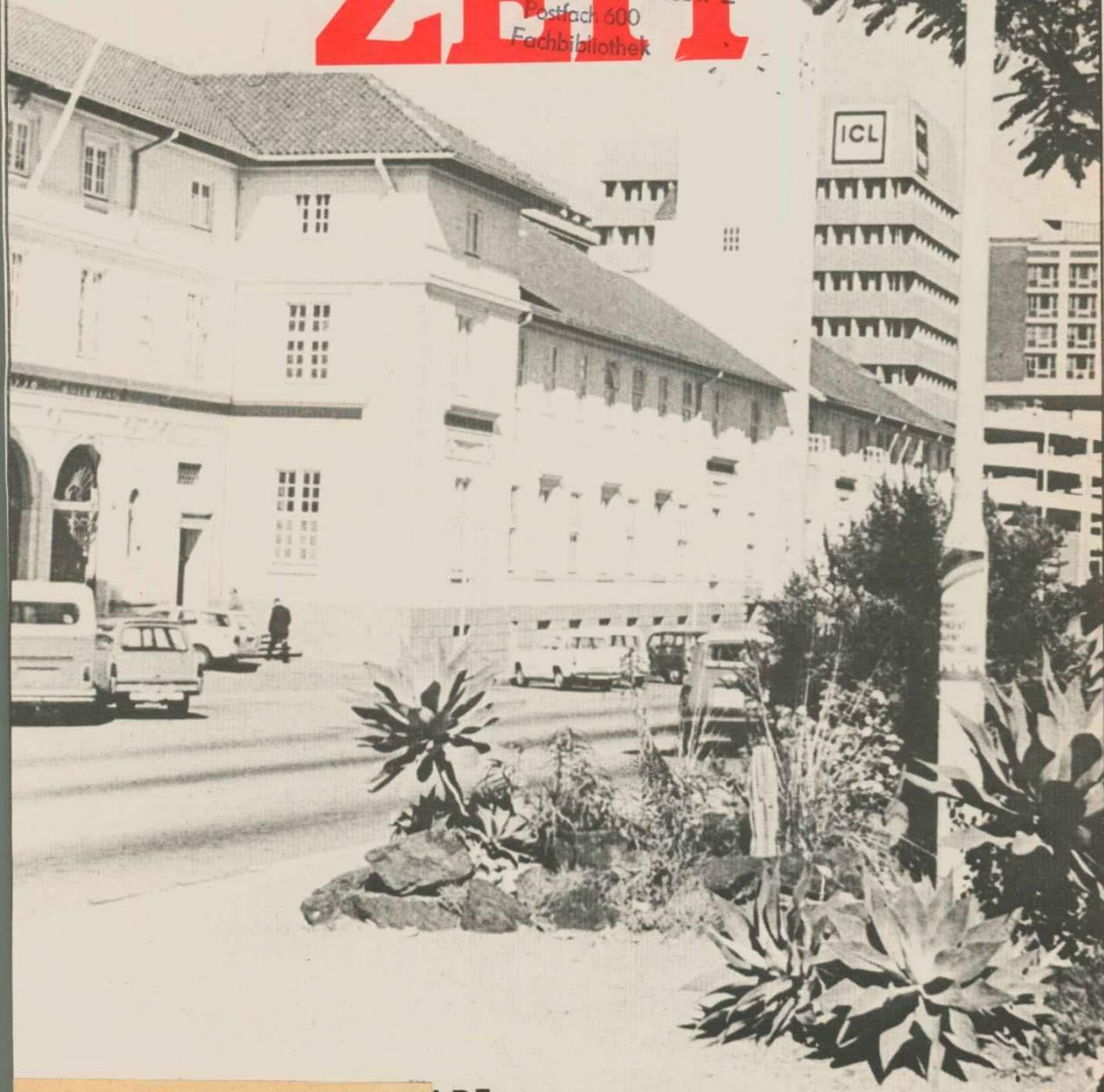
aus  
Gesellschaft

# NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR

HEINRICH RAU  
1501 Pötzlin, Ortsteil Plessow 2  
Postfach 600  
Fachbibliothek

ICL



NACH DRUCKSÄTZE ARE

1501 9001 1525  
ZOLLVERW-Bl

14159 34

FACH 6

151 394 3



Jungen und Mädchen bei der Weinlese im Sowchos „Kawkas“, dessen Weinberge an den Hängen malerischer Hügel um das Sukko-Tal gelegen sind.



Nach Abschluß der Berufsschule im sibirischen Nowokusnezk wird Jelena Nekrassowa in einer Schneiderei arbeiten. Sie spielt Gitarre und hat Volkslieder gern. In das Lager kam Jelena mit dem Gesangs- und Tanzensemble „Molodoslj Kusbassa“

finden — wie schön das ist!

Schon bald werden diese Jungen und Mädchen ihre Ausbildung abschließen und den Beruf eines Bauarbeiters, eines Schlossers, einer Weberin oder Spinnerin erhalten.

Sowchosen bei der Ernte.

Und dann geht es in die salzigen, warmen Wellen des Schwarzen Meeres, wovon viele im Winter gelräumt hatten.

Mit jungen Sportlern aus anderen Städten des Landes die Kräfte zu messen und neue Freunde zu

Leider wächst Wein nicht in den Dünen der windigen sowjetischen Ostseerepubliken oder in den Taiga-Wäldern Sibiriens — dort, woher diese Jungen und Mädchen kamen. Natürlich kann man Weintrauben auch in den Geschäften kaufen. Doch lassen die sich etwa mit jenen sonnigen Trauben vergleichen, die man selbst geerntet hat?

„Rabotschaja smena“ („Arbeitsnachwuchs“) ist eines von vielen Lagern

der Arbeit und Erholung, die für die Schüler von Berufsschulen organisiert wurden. Es liegt unweit der Schwarzmeerstadt Anapa. Vier Stunden täglich wird hier gearbeitet: Die Jungen und Mädchen bauen neue Gebäudestrukte, helfen Kolchosen und



Fotos: J. Abramov

Das Fußballspiel der Mädchen aus Estland und Nowokusnezk ist vorbei. Sieger und Verlierer tauschten Souvenirs aus und feiern jetzt gemeinsam ihre Freunde an.

# ERKLÄRUNG des Generalsekretärs des ZK der KPdSU MICHAIL GORBATSCHOW

am 18. August 1986 im sowjetischen Fernsehen

Heute möchte ich eine Erklärung zu einem der Schlüsselprobleme der internationalen Politik abgeben.

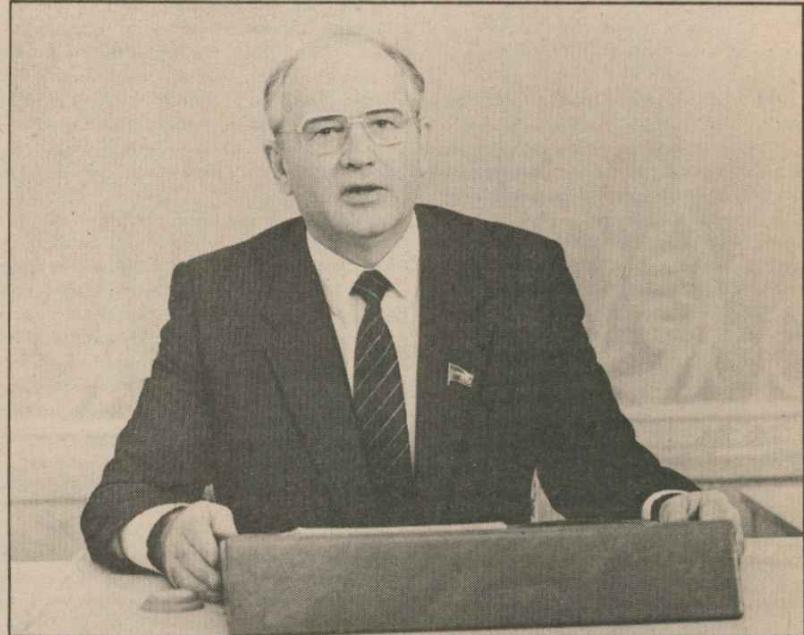
Vor wenigen Tagen, am 6. August, ist das einseitige sowjetische Moratorium für die Nukleartests abgelaufen, das die Sowjetunion bekanntlich ein Jahr lang strikt eingehalten hat.

Worauf gründete sich diese nicht einfache, außerordentlich verantwortungsvolle und, wie ich sagen würde, für uns schwere Entscheidung? Wovon wurde sie diktiert?

Kurz gesagt, von den Realitäten des nuklear-kosmischen Zeitalters.

Worin bestehen sie? Wie sehen wir sie?

**Erstens.** Es wurden Berge von nuklearen und anderen Waffen angehäuft. Trotzdem verlangsamt sich das Wettrüsten nicht, sondern beschleunigt seinen Lauf. Es besteht die Gefahr seiner Ausdehnung auf den Weltraum. Die Militarisierung der USA und des gesamten NATO-Blocks wird forciert. Es ist wichtig zu unterstreichen, daß sich die militärische Technologie in einem derart hohen Tempo entwickelt, daß den Völkern, den Staaten und den Politikern immer weniger Zeit bleibt, sich der realen Gefahr bewußt zu werden. Die Möglichkeiten der Menschheit, ein Abgleiten in den nuklearen Abgrund zu stoppen, werden immer mehr eingeschränkt. Es darf nicht gezeigt werden, sonst werden derart raffinierte Züstungssysteme entstehen, die es überhaupt unmöglich machen werden, ich über deren Kontrolle zu einigen.



Die Situation wird immer unhaltbarer. Heute reicht es nicht mehr aus, die bestehenden Verträge einzuhalten. Es sind große und praktische Schritte erforderlich, um den Militarismus zu zügeln und die Entwicklung der Ereignisse zum Besseren zu wenden. Das "Gleichgewicht des Schreckens" hört auf, ein Faktor der Eindämmung zu sein. Und nicht nur deshalb, weil die Angst

überhaupt kein guter Ratgeber für die Vernunft ist und zu Handlungen verleiten kann, deren Folgen unvorhersehbar sind. Diese Angst ist unmittelbar am Wettrüsten beteiligt. Sie verstärkt das Mißtrauen und die Verdächtigungen und schafft dadurch einen Teufelskreis des Schürens von Spannungen. Dafür gibt es nicht wenige Beispiele.

Jetzt ist allen vollkommen klar, daß die

alten Vorstellungen vom Krieg als Mittel zum Erreichen politischer Ziele sich überlebt haben. Im nuklearen Zeitalter nähren diese veralteten Dogmen eine Politik, die zu einem Weltbrand führen kann.

**Zweitens.** Unsere Entscheidung über das Moratorium basierte auf der Treue des Sozialismus als Gesellschaftsordnung zur Sache des Friedens, auf dem tiefen Verständnis seiner Verantwortung für die Geschicke der Zivilisation. Als sozialistischer Staat und als Nuklearmacht erachtet die Sowjetunion es als ihre hohe Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um unserem Planeten eine friedliche Zukunft zu bewahren.

Unser Streben, den Lauf der internationalen Entwicklung in die Bahnen der Entspannung zu lenken, entspricht unserer Philosophie, unserer sozialistischen Moral. Und im nuklearen Zeitalter ist die Rettung der Erde vor dem nuklearen Untergang die Aufgabe der gesamten Menschheit, die Sache aller Völker.

**Drittens.** Die Welt von heute ist kompliziert, vielgestaltig und voller Widersprüche. Zugleich wird die gegenseitige Abhängigkeit objektiv immer größer und komplexer. Diese Besonderheit der menschlichen Gemeinschaft am Ende des 20. Jahrhunderts darf in der Außenpolitik nicht außer acht gelassen werden, wenn man sie realistisch betreibt. Sonst wird es keine normalen internationalen Beziehungen geben, sonst werden sie unweigerlich fieberrn und letztendlich zu katastrophaler Konfrontation führen.

Das pränukleare Denken hat dem Wesen nach am 6. August 1945 seine Bedeutung verloren. Heute kann die eigene Sicherheit nicht gewährleistet werden, ohne die Sicherheit der anderen Staaten und Völker zu berücksichtigen.

Es kann keine wirkliche Sicherheit geben, wenn es keine gleiche und umfassende Sicherheit ist. Anders denken heißt, in einer Welt der Illusionen, in einer Welt des Selbstbetrugs zu leben.

Ein neues Denken, das die Welt von heute braucht, ist mit der Vorstellung unvereinbar, daß die Welt irgendjemandes Eigentum ist. Es ist unvereinbar mit Versuchen, sich als Wohltäter aufzuspielen und andere zu bevormunden, unvereinbar mit Belehrungen, wie sich jemand zu verhalten und welchen Weg er zu wählen hat — den sozialistischen, den kapitalistischen oder einen anderen.

Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß jedes Volk, jedes Land das Recht hat, über sein Schicksal, seine Ressourcen zu entscheiden und seine gesellschaftliche Entwicklung souverän zu bestimmen, die eigene Sicherheit zu verteidigen und an der Organisierung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit mitzuwirken.

Für die Welt von heute ist eine Verschärfung auch globaler Probleme charakteristisch. Sie können nicht gelöst werden, ohne die Bemühungen aller

Staaten und Völker zu vereinen. Die Erforschung des Weltraums und der Tiefen der Ozeane, ökologische Probleme und Epidemien, Elend und Rückständigkeit — all das sind Realitäten dieses Jahrhunderts, die internationale Aufmerksamkeit, internationale Verantwortung und internationale Zusammenarbeit verlangen. Viele neue internationale Prozesse sind also fest miteinander verknüpft. Und hier könnte die Abrüstung eine große Rolle spielen, indem sie einen bedeutenden Teil von Mitteln sowie intellektuelles und technisches Potential für Aufbauzwecke freisetzt.

Unsere Außenpolitik erhält ihre Impulse dadurch, daß sich überall in der Welt, im Bewußtsein der Völker, der politischen und gesellschaftlichen Kräfte unterschiedlichster Orientierungen und Weltanschauungen immer fester die Überzeugung durchsetzt: Die Existenz der Menschheit steht auf dem Spiel, es ist Zeit, entschlossen und verantwortungsvoll zu handeln. Sie erfordert eine umfassende Mobilisierung der Vernunft und des gesunden Verstandes.

Zwei Tragödien, die mit der Technik des nuklear-kosmischen Zeitalters verbunden sind, haben sich in letzter Zeit ereignet: der Tod der "Challenger"-Besatzung und die Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl. Sie haben die Besorgnis verstärkt und mit aller Schärfe daran erinnert, daß die Menschen gerade erst damit beginnen, diese phantastischen und gewaltigen Kräfte zu nutzen, die sie selbst ins Leben gerufen haben, daß sie erst lernen, sie dem Fortschritt dienstbar zu machen. Diese Ereignisse haben eine anschauliche Lektion darüber erteilt, was geschieht, wenn Kernwaffen zum Einsatz gelangen.

Alle, doch vor allem die Staatsmänner, müssen daraus konkrete und eindeutige Lehren ziehen. Eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Lehre besteht darin, daß die von den Menschen entwickelten Waffen niemals eingesetzt werden dürfen und daß es heute einfach Selbstmord ist, zwischenstaatliche Beziehungen auf der Illusion aufzubauen, Überlegenheit im Bereich der furchtbaren Vernichtungsmittel zu erlangen.

Diese vollständig zu beseitigen — das ist der einzige Weg zu wirklichem Frieden. Diesen Weg zu beschreiten, bedeutet eine historische Reifeprüfung zu bestehen. Das betrifft alle führenden Politiker, denen eine derart hohe Mission zuteil wurde, die von Bedeutung für die ganze Menschheit ist.

Man muß lernen, den Fakten mutig ins Auge zu sehen: Fachleute haben errechnet, daß die Explosion selbst des kleinsten nuklearen Gefechtskopfes der Strahlungsintensität dreier Tschernobyls gleichkäme. Wahrscheinlich stimmt das. Und wenn das so ist, heißt das, daß die Explosion selbst des kleinsten Teils des angehäuften nuklearen Arsenals eine Katastrophe wäre, und zwar eine nichtwiedergutzumachende Katastrophe.

Und wenn sich trotzdem jemand entschließt, als erster einen nuklearen Schlag zu führen, verdammt er sich selbst zu einem qualvollen Tod — noch nicht einmal durch den Gegenschlag, sondern durch die Folgen der Explosion der eigenen Gefechtsköpfe.

Das ist keine Propaganda, keine politische Improvisation und keine "Angstmacherei". Das ist Realität, die abzustreiten einfach verantwortungslos und die zu ignorieren sträflich wäre.

Eine objektive und aufrichtige Analyse all dieser Realitäten diktieren ein anderes Herangehen an die Weltpolitik. Darauf beruhen die grundsätzlichen Schlußfolgerungen, die wir in letzter Zeit, besonders auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU, gezogen haben.

**Die sowjetische Außenpolitik, einschließlich der Politik in Fragen der Abrüstung, baut auf der Erkenntnis der tiefgreifenden Veränderungen in der Welt auf.**

Wir sind der Auffassung, daß die sowjetischen Vorschläge vom 15. Januar d. J., die eine Beseitigung der Kernwaffen in der ganzen Welt bis zum Jahr 2000 vorsehen, den Erfordernissen unserer Epoche voll und ganz entsprechen.

Wir haben uns bereit erklärt, nach Kompromißlösungen jener Probleme zu suchen, die Streitigkeiten und Mißtrauen hervorrufen.

Die Sowjetunion hat ein Paket konstruktiver Vorschläge auf den Tisch der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen gelegt.

Gemeinsam mit unseren Verbündeten im Warschauer Vertrag haben wir umfassende Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural vorgeschlagen. Auch in diesem Bereich wollen wir vorankommen, sind wir bestrebt, gemeinsam und konsequent ein niedrigeres und weniger gefährliches Niveau der militärischen Konfrontation herbeizuführen.

Zu den chemischen Waffen sind neue Vorschläge unterbreitet worden, was unserer Meinung nach gestaltet, noch vor Ende des Jahres oder im nächsten Jahr eine Konvention über das Verbot der chemischen Waffen und die Beseitigung ihrer Bestände wie auch der industriellen Basis ihrer Produktion zu unterzeichnen.

Auf der Stockholmer Konferenz haben die sozialistischen Länder in konstruktiver Zusammenarbeit mit anderen Konferenzteilnehmern viel getan, um Lösungen solcher Schlüsselfragen zu finden wie Nichtanwendung von Gewalt, Benachrichtigung über Manöver und Truppenverlegungen, Austausch von Jahresplänen der militärischen Aktivitäten, Einladung von Beobachtern und Kontrollen.

Wir sind mit einer breiten Plattform zur Gewährleistung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der asiatisch-pazifischen

fischen Region aufgetreten und fordern alle auf, an diesem Prozeß mitzuwirken.

Wir haben die Initiative ergriffen, mit allen interessierten Staaten bei der Schaffung eines internationalen Regimes der Sicherheit für die Entwicklung der Kernenergiwirtschaft zusammenzuarbeiten.

Kürzlich wurde von uns in der Organisation der Vereinten Nationen als Alternative zum "Sternenkriegs"-Programm das Programm des "Sternfriedens" — die Schaffung einer internationalen Weltraumorganisation — unterbreitet.

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurden die Grundlagen eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit formuliert, das die Quintessenz unseres neuen Herangehens in der Außenpolitik ist. Und in diesen Tagen hat die Gruppe der sozialistischen Länder die Frage der Schaffung eines solchen Systems der nächsten Tagung der UNO-Vollversammlung offiziell zur Beratung vorgelegt.

Zugleich möchte ich unterstreichen: So wichtig und bedeutungsvoll unsere Vorschläge auch sind, wie treu wir ihnen auch immer sein mögen, wir verstehen, daß wir das alles nicht allein schaffen können. Das Problem der internationalen Sicherheit ist ein gemeinsames Problem, und das bedeutet, daß es gemeinsame Sorge und gemeinsame Verantwortung voraussetzt.

Bei der Ausarbeitung unserer Vorschläge studieren und beachten wir die Standpunkte und Initiativen anderer Regierungen sowie gesellschaftlicher und politischer Bewegungen. Wir tragen höchste Sorge dafür, daß in jeder Etappe der Verwirklichung dieser Vorschläge gleiche Sicherheit für alle gewährleistet ist. Doch betrachten wir sie keineswegs als endgültig oder als bedürfnis sie keiner weiteren Erörterung. Der Weg zur Überwindung der Sackgassen der Konfrontation führt über Dialog und Kontakte, über Diskussionen und Verhandlungen. Nur auf diese Weise kann man das Eis des gegenseitigen Mißtrauens zum Schmelzen bringen und praktische Ergebnisse erzielen.

Davon wird auch unsere Haltung zum Problem der Kontrolle bei der Lösung aller Fragen der Abrüstung bestimmt. Als wir beispielsweise unseren Vorschlag zur Einstellung aller nuklearen Explosions unterbreiteten, erklärten wir, daß wir auch nicht gegen internationale Kontrolle sind. Unser Einverständnis, amerikanische Kontrollgeräte im Raum von Semipalatinsk zu installieren, ist ein klarer Beweis dafür. Es wäre anzunehmen, daß das Problem der Kontrolle kein Hindernis für die Erreichung von Oberenkünften mehr ist. Doch man strapaziert es beharrlich weiter, in dem Bemühen, die wirkliche Position — nicht abrüsten zu wollen — zu verbergen.

Die Menschen guten Willens haben inseren Beschuß über das Moratorium

für nukleare Explosionen begrüßt. Aus allen Teilen der Welt hörten wir Worte der Zustimmung und der Unterstützung. Politiker und Parlamentarier, Vertreter des öffentlichen Lebens und von Massenorganisationen sahen in der Aktion ein Beispiel für richtiges Herangehen an die heutigen Probleme, sahen darin eine Hoffnung, sich von der Angst vor einer nuklearen Katastrophe zu befreien. Das sowjetische Moratorium wurde von der UNO-Vollversammlung, der repräsentativen Versammlung der Staaten der Welt, gebilligt.

Uns unterstützten hervorragende Wissenschaftler — Physiker und Ärzte, die besser als andere die Gefahren kennen, die das Atom in sich birgt. Unser Moratorium — davon konnte ich mich kürzlich bei meiner Begegnung mit Wissenschaftlern in Moskau überzeugen — hat die Vertreter der Wissenschaft verschiedener Länder zu aktivem Handeln inspiriert.

All diesen offensichtlichen und hoffnungsvollen Zeichen neuen Denkens steht aber — vor allem in den Vereinigten Staaten — die Militarisierung des politischen Denkens entgegen, das bei den herrschenden Kreisen des Westens im Prozeß der tiefgreifenden Wandlungen im internationalen Leben in gefährlicher Weise zurückgeblieben ist, während der Fortschritt der Wissenschaft und Technik dem gesellschaftlichen und moralischen Fortschritt stürmisch voraus-eilt.

Bei der rechten, der militaristischen Gruppierung in den USA, die den mächtigen Militär-Industrie-Komplex verkörpert, ist die Hochrüstung zur fixen Idee geworden. Dabei dürfte sie ein dreifaches Interesse daran haben: verhindern, daß der Bogen der Rüstungsprofi te versiegt; den USA militärische Überlegenheit sichern; versuchen, die Sowjetunion wirtschaftlich zu zermürben und politisch zu schwächen und schließlich sich Kommandopositionen in der Welt sichern, die alten Weltherrschaftsansprüche verwirklichen und auch künftig eine räuberische Politik gegenüber den Entwicklungsländern betreiben.

Daher auch die Außenpolitik, die bei allem Hin und Her und bei aller Rhetorik nach wie vor auf gefährlichen Irrtümern aufbaut: auf der Unterschätzung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder sowie der jungen Nationalstaaten und auf der Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, die der Nährboden ist für technologische Arroganz und politische Anmaßung.

Der Umstand, daß wir Verhandlungen führen, deuten manche amerikanische Politiker als Ergebnis der wachsenden militärischen Potenzen der USA und der Ausarbeitung des SDI-Programms.

Wenn die amerikanische Administration ihre Politik auf solchen falschen Prämissen aufbaut, kann sie niemals auf den Weg ehrlicher Obereinkünfte und

der Gesundung des internationalen Klimas gelangen, und dennoch wird man den Realitäten des Lebens Rechnung tragen müssen. Ihnen kann man nicht ausweichen.

Was unsere Vorschläge betrifft, so ergeben sie sich — das sei noch einmal wiederholt — aus den Realitäten der heutigen Welt und sind nicht von Schwäche, sondern von der Einsicht in die hohe Verantwortung für die Geschichte der Menschheit diktiert.

Das ist die Situation zu diesem Zeitpunkt.

Einerseits ist unser Moratorium weiterhin in Kraft, unsere weitreichenden Kompromißvorschläge sind verkündet und liegen auf dem Verhandlungstisch verschiedener Foren. Der Druck der Friedenskräfte hat beträchtlich zugenommen, die Aufmerksamkeit politischer Kreise, auch offizieller, die über den Ernst der Situation besorgt sind, für Probleme der internationalen Sicherheit ist größer geworden.

Andererseits gibt es da die Weigerung, die Nukleartests einzustellen, gibt es sturen Widerstand gegen die Friedensinitiativen, demonstratives Nichtbeachten der Forderungen der Öffentlichkeit und der Ansicht vieler angehörener Parteien und Organisationen, Ignorieren der Besorgnis selbst der eigenen Verbündeten und des eigenen Volkes.

Das ist die Lage, der wir, die sowjetische Führung, uns zum Zeitpunkt des Ablaufs unseres Moratoriums gegenübersehen.

Was tun? Welche Wahl soll man treffen? Welche Entscheidung wäre am richtigsten, der Situation am angemessensten? Welche würde die positiven Prozesse und eine Minderung der Gefahr einer militärischen Konfrontation mehr fördern?

Unsere Menschen unterstützen entschieden die Außenpolitik der KPdSU und des sowjetischen Staates und fordern nachdrücklich, den außenpolitischen Kurs des XXVII. KPdSU-Parteitages fortzusetzen. Zugleich klingt in den Briefen und Äußerungen der sowjetischen Menschen zu Recht Besorgnis an: Ist es zweckmäßig, das Moratorium einzuhalten, wenn in Nevada weiterhin eine Nuklearexplosion nach der anderen droht? Ist das Risiko nicht zu hoch, arbeitet die Zeit nicht gegen die Sicherheit unseres Landes?

In der Tat, die Vereinigten Staaten, die seit 40 Jahren nach der Zahl der Explosionsen den Rekord halten, haben im Laufe des Jahres, in dem das sowjetische Moratorium galt, weitere 18 nukleare Sprengsätze gezündet. Ich wiederhole — 18, von denen drei nicht angekündigt waren. Dabei machten sie das in der Regel demonstrativ, indem als Zeitpunkt der Tests mal unsere Erklärung über eine Verlängerung des Moratoriums, mal diese oder jene neue sowjetische Initiative gewählt wurde. Ja,

wir wurden sogar nach Nevada eingeladen, damit wir zusehen können, wie das alles vor sich geht. Es sei noch hinzugefügt, daß die gegenwärtige USA-Administration die bisher umfassendsten Militärprogramme verwirklicht.

Kurzum, die Sowjetunion hätte genug Grund für die Wiederaufnahme ihrer Nukleartests. Und dennoch sind wir auch jetzt davon überzeugt, daß eine Einstellung der Nukleartests nicht nur durch die Sowjetunion, sondern auch durch die Vereinigten Staaten ein realer Durchbruch zum Stopp des nuklearen Wettrüstens wäre und die Beseitigung der Kernwaffen beschleunigen würde. Die Logik dabei ist einfach: Wenn es keine Nukleartests gibt, wird es auch keine Vervollkommenung der nuklearen Rüstungen geben, die beide Seiten ohnehin im Übermaß angehäuft haben.

Davon zeugen auch die Appelle eines beachtlichen und angesehenen Teils der internationalen Staatengemeinschaft an die USA und die Sowjetunion. Zu ihnen gehört die "Sechs-Staaten-Gruppe" — ein ständig aktives Forum der führenden Repräsentanten von Ländern aus vier Kontinenten: Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Tansania und Schweden. Vor wenigen Tagen haben sie bei ihrem Treffen in Ixtapa eine "Deklaration von Mexiko" angenommen, die erneut zur Einstellung aller Nuklearexplorationen aufruft. Das ist auch die Forderung der meisten Teilnehmerstaaten der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Wir erhielten Briefe von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von Privatpersonen und Organisationen vieler Länder, darunter auch der USA und anderer NATO-Staaten. Sie bitten uns ebenfalls, die Nukleartests nicht wiederaufzunehmen und jenen, die auf Nuklearexplorationen beharren, noch eine Chance zu geben, Vernunft anzunehmen.

Natürlich wissen wir — und ich habe das schon gesagt —, daß in den USA Kräfte aktiv sind, die überhaupt nicht abrüsten wollen. Mehr noch: Sie tun alles, um uns in immer weitere Runden des Rüstungswettrüsts hineinzuziehen und uns zu provozieren, die Tür für Verhandlungen zuzuschlagen.

Doch wir wollen hoffen, daß in den amerikanischen Einschätzungen und Handlungen Realismus und Einsicht in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Suche nach Wegen zur Gesundung der internationalen Situation, der Einstellung des sinnlosen Wettrüstens und der Beseitigung der Kernwaffen die Oberhand gewinnen werden.

Wir wissen aber auch, mit wem wir es zu tun haben. Deshalb ist die Sicherheit des Landes eine heilige Sache für uns. Das müssen alle wissen. Das ist eine Frage des Prinzips.

Bei unseren Antworten auf Herausforderungen der USA, einschließlich des berüchtigten SDI-Programms, gehen wir davon aus. Auch hierbei sollten sie nicht damit rechnen, uns einzuschüchtern oder zu unnötigen Ausgaben zu bewegen. Wir werden, wenn notwendig, schnell eine Antwort finden. Und es wird nicht die Antwort sein, die man in den USA erwartet. Doch es wird eine Antwort sein, die das Programm der "Sternenkriege" wertlos macht. Ich sage das mit einem einzigen Ziel: Möge die amerikanische Administration den realen Wert der neuen Militärprogramme und des Wettrüstens insgesamt hinsichtlich der Interessen der USA und deren Sicherheit wieder und wieder überdenken. Denn im Grunde genommen ist das SDI-Programm doch vor allem deshalb schädlich, weil es die Perspektiven der Verhandlungen untergräbt und die Zone des Mißtrauens erweitert. Darin besteht das ganze Problem. Das ist nicht weniger ein politisches als ein militärisches Problem. Deshalb rufen wir erneut dazu auf, sich von einer extrem bewaffneten Welt zu einer Welt ohne Waffen zu bewegen.

Das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU und die Regierung der Sowjetunion haben, nachdem sie alle Für und Wider allseitig und eingehend abgewogen haben, die von der Verantwortung für die Geschicke der Welt diktierte Entscheidung getroffen, das einseitige Moratorium für die Nuklearexplorationen bis zum 1. Januar 1987 zu verlängern.

Wir unternehmen diesen Schritt in dem Glauben, daß die Menschen in allen Ländern der Welt, die politischen Kreise und die internationale Öffentlichkeit die lange währende Stille auf den nuklearen

Versuchsgeländen der Sowjetunion richtig bewerten.

Im Namen des sowjetischen Volkes appelliere ich an die Vernunft und die Würde der Amerikaner, die historische Chance auf dem Weg zur Einstellung des Wettrüstens nicht noch einmal zu verpassen.

Ich appelliere an den Präsidenten der USA, Ronald Reagan, die entstandene Situation ein weiteres Mal unvoreingenommen einzuschätzen, alle angehäuften Vorurteile zu beseitigen, die Irrtümer in der Einstellung zur Sowjetunion und ihrer Außenpolitik zu überwinden.

Die Sowjetunion ist überzeugt, daß ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffentests schnell erreichbar ist und bereits in diesem Jahr bei einem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen unterzeichnet werden kann. Das wäre zweifellos das größte reale Ergebnis des Treffens, ein beachtlicher Schritt auf dem Weg zur Einstellung des Wettrüstens. Es wäre eine Art Prolog zu einem weiteren Fortschritt bei den Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen und deren Beseitigung und zu einer radikalen Gesundung der gesamten Situation in der Welt.

Das Moratorium der Sowjetunion für die Nuklearexplorationen, das eine Handlung und nicht bloß ein Vorschlag ist, beweist in der Tat den Ernst und die Aufrichtigkeit unseres Programms der nuklearen Abrüstung, unserer Aufrufe zu einer neuen Politik, der Politik des Realismus, des Friedens und der Zusammenarbeit.

Mehr als die Hälfte des Jahres 1986, das von der Organisation der Vereinten Nationen zum Jahr des Friedens erklärt wurde, liegt hinter uns. Mit der Verlängerung ihres einseitigen Moratoriums leistet die Sowjetunion einen weiteren gewichtigen Beitrag zum allgemeinen Streben, daß dieses Jahr als ein Jahr in die Geschichte eingehen möge, das seiner Bezeichnung würdig ist.

Das ist der Sinn der neuen politischen Initiative der Sowjetunion.

Das ist die Botschaft, die unser Land an die Regierungen und die Völker aller Länder und in erster Linie an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und an das amerikanische Volk richtet.

34 AUGUST  
1986

Gründungsjahr 1943

1  
Erklärung  
Michail Gorbatschows

6  
Aufruf  
der Sechs von Delhi

8  
Vor der VIII. Konferenz  
der Nichtpaktgebundenen

20  
UdSSR--Rumänien.  
Komponente  
des Wachstums

22  
Wie in der BRD  
Nazi-Verbrecher gedeckt  
werden

32  
Vom Revanchespiel  
in London

PANORAMA(11), IN-  
TERVIEW(14), POST,  
ECHO(16), BIOGRAPHI-  
SCHES(29)



Am 26. August wird in  
Simbabwe die Hauptstadt Harare die VIII. Konferenz  
der Nichtpaktgebundenen  
öffnen.

Siehe S. 8  
Foto: B. Piljazkin

NEUE ZEIT' 34.86

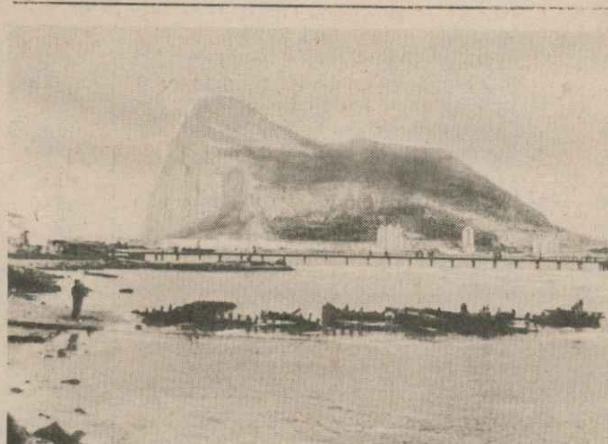
## ERINNERT EUCH AN BABYLON...

Von dem bekannten Schweizer Schriftsteller Friedrich DÜRENMATT stammt das Theaterstück "Der Engel kommt nach Babylon herab": Die Menschen haben keine gemeinsame Sprache gefunden, und eine globale Katastrophe bricht an. "Das Bild von Babylon", sagt Friedrich Dürrenmatt, "soll eine Mahnung an uns alle sein. Die Menschen müssen die Mauer des Mißtrauens und des Argwohns niederreißen,



müssen darüber nachdenken, in was wir unseren Planeten verwandeln."

S. 27



## FELSEN DES ANSTOSSES

Ein schmaler Kalkfelsen am Ausgang des Mittelmeeres in den Atlantik, Fläche

6,5 Quadratkilometer. Das ist die Halbinsel Gibraltar, die europäische Kolonie Großbritanniens. Über Jahrhunderte war Gibraltar ein Zankapfel, kam es zu Zusammenstößen. Was wird aus Gibraltar?

S. 30

## HOHE ZUWACHSRATEN

Berechnungen zufolge würde ohne die Umgestaltung der Wirtschaft der jährliche Zuwachs des Nationaleinkommens der UdSSR im 12. Planjahr fünf durchschnittlich 2,5%, im 13: — 2% und im 14. Planjahr fünf 1,5% nicht übersteigen. Das vom jetzigen Plan vorgesehene Wachstumstempo ist bedeutend höher. Sind die vor der Sowjetunion stehenden Aufgaben realisierbar? Wie sollen sie gelöst werden? Außer einem hohen Tempo ist auch ein neues Herangehen an die Leitung der Volkswirtschaft erforderlich.

S. 18

## WARUM DIE 007 VOM KURS ABKAM

Vor drei Jahren wurde ein südkoreanisches Linienflugzeug mit einem Spionageauftrag in sowjetischen Luftraum geschickt. Den Drahtziehern dieser Provokation darf der Tod der ahnungslosen Passagiere nicht verziehen werden. Neue Beweise für das verbrecherische Komplott enthält ein Bericht unseres Korrespondenten in New York.

S. 25

Chefredakteur: V. IGNATENKO  
Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur),  
J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI  
Gestaltung: A. GARANIN  
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

# Die Sechs von Delhi:

## „Wir schätzen die Verantwortung, die die Sowjetunion zeigt, hoch“

Früher hatte kaum jemand von dem Kurort Ixtapa an der Pazifikküste Mexikos gehört — jetzt ist Ixtapa in vieler Munde. Dort fand Anfang August das Treffen der führenden Repräsentanten der Sechs von Delhi — Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Tansanias und Schwedens — statt, die sich aktiv gegen die Nukleartests, gegen die Atomkriegsgefahr engagieren. Sie unterzeichneten die Deklaration von Mexiko — ein bedeutendes antimilitaristisches Manifest, das die zunehmende Besorgnis um die Zukunft der menschlichen Zivilisation zum Ausdruck bringt.

### „Frieden, Abrüstung

### und Entwicklung“

Unter dieser Devise stand am Vormittag des Treffens der führenden Repräsentanten der sechs Länder in Mexico ein Forum von Vertretern der Weltöffentlichkeit — von Wissenschaftlern, Kulturschaffenden, Politikern und Publizisten —, an dem auch eine sowjetische Delegation teilnahm. Das Emblem des Rundtischgesprächs — zwei aufeinander zukommende Hände in einem Indianerhandschuh — symbolisierte gleichsam das Ziel des Forums. Bei allen Differenzen zu einer Reihe von Fragen stimmten seine Teilnehmer im Wichtigsten überein: Notwendig ist die größtmögliche Unterstützung für die Friedensinitiativen der Sechs von Delhi.

Der Außenminister Mexikos, Bernardo Sepulveda, der das Rundtischgespräch eröffnete, unterstrich, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die Weltöffentlichkeit Verantwortung für den Frieden tragen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Suche nach Wegen, für die Verhinderung eines Nuklearkrieges und die Bewahrung des Friedens. Davon, daß es in einem Nuklearkrieg keine Sieger geben kann, sprachen der Wissenschaftsberater der US-Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, Jerome Wiesner, der namhafte indische Experte für die friedliche Nutzung der Atomenergie, M. K. Menon, und der Vorsitzende der Bewegung „Ärzte der Welt für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges“, Bernhard Lown.

Im Grunde alle Teilnehmer des Rundtischgesprächs hoben die Bedeutung des sowjetischen Moratoriums für alle Nuklearexplorationen hervor. „Die Sowjetunion kann nicht unendlich ihr einseitiges Moratorium verlängern, notwendig ist ein Entgegenkommen der USA“, sagte Prof. Yoshikazu Sakamoto (Universität Tokio) zu Recht. Washington sucht seine Weigerung, sich dem Moratorium anzuschließen, bekanntlich mit Zweifeln an der Verifizierbarkeit von Abkommen über ein Verbot der unterirdischen Nuklearexplorationen zu begründen. Dieses Argument wurde von dem amerikanischen Physiker Thomas Cochran, der an der Aufstellung seismischer Geräte im Raum von Semipalatinsk (UdSSR) teilgenommen hatte, völlig zerstört. Er sagte mit Bezug auf seine kürzliche Teilnahme am Treffen Michail Gorbatschows mit Vertretern des internationalen Wissenschaftlerforums für die Einstellung der Nukleartests: „Im Nuklearzeitalter darf man nicht in alten Kategorien denken, notwendig ist eine neue Friedensphilosophie. Das versteht der führende Repräsentant der Sowjetunion sehr wohl, doch leider begreift das der US-Präsident nicht.“

Viele Teilnehmer des Gesprächs kritisierten das Star-War-Programm scharf. „SDI ist eine Erstschlagswaffe, und bei einer Militarisierung des Weltraums wird die Sowjetunion gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen“, erklärte der Verteidigungsminister Perus, General Edgardo Mercado Jarrin. „Es sei daran erinnert, daß die UdSSR am 15. Januar einen komplexen Plan für die Beseitigung der Nuklearwaffen in aller Welt bis zum Jahre 2000 vorlegte.“

### Der Appell aus Ixtapa

Die führenden Repräsentanten der Sechs von Delhi wurden im Hotel Cristal in Ixtapa untergebracht. In seinem Konferenzsaal fand die feierliche Eröffnung des Treffens statt, an dem der erste Präsident Tansanias, Julius Nyerere, der Premierminister Indiens, Rajiv Gandhi, der Präsident Argentiniens, Raul Alfonsin, der Präsident Mexikos, Miguel de la Madrid, der Ministerpräsident Griechenlands, Andreas Papandreou,

und der Ministerpräsident Schwedens, Ingvar Carlsson, teilnahmen.

Eine Gruppe von Kindern in Nationaltrachten der Teilnehmerländer der Sechs von Delhi stürmte in den Saal. Melisa Garcia, ein kleines Mädchen aus Ixtapa, begrüßte die Staatsmänner mit den Worten: „Wir alle lieben die Sonne und die Blumen und wollen leben, ohne Angst haben zu müssen, getötet zu werden.“

Der bekannte amerikanische Science-Fiction-Schriftsteller Carl Sagan führte erschreckende Zahlen an: Selbst wenn nur ein Drittel der Nukleararsenale eingesetzt werden sollte, würden sofort ein bis zwei Milliarden Menschen sterben. „Würde ein Bewohner des Mars oder eines anderen Planeten unsere Erde besuchen, er würde zu dem Schluß kommen, daß die Menschheit verrückt geworden ist!“ rief er aus. Doch die Menschheit hat eine vernünftige Alternative. Das Abkommen von 1963 über das Verbot der Kernwaffentests in drei Medien zeugt davon, daß eine Vereinbarung zwischen den Nuklearmächten möglich ist.

Sehr leidenschaftlich sprach der große kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez davon, daß sich das Leben der Völker in den Entwicklungsländern in vielem ändern würde, wenn zumindest ein Teil jener astronomischen Summen, die das Weltfrüsten verschlingt, der Lösung der akuten Probleme ihrer ökonomischen Entwicklung, der Beseitigung von Hunger und Krankheiten dienen würde. Lateinamerika macht seine enorme Auslandsverschuldung sehr zu schaffen. Und wenn man die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden würde? Gabriel Garcia Marquez führte einen beeindruckenden Vergleich an. Für das Geld, das nur zwei Flugzeugträger des „Nimitz“-Typs von jenen 15, die die USA bis zum Jahr 2000 zu bauen gedenken, kosten würden, könnte man ein prophylaktisches Programm verwirklichen, das in den gleichen Jahren über eine Milliard Menschen vor Malaria schützen und mehr als 14 Millionen Kinder in Afrika vor dem Tod retten würde. Für das Geld, das nur zwei Atom-U-Boote erfordern könnte man das Analphabetentum weltweit beseitigen.

„Es war symbolisch, daß die Sechs von Delhi ihr Treffen am 41. Jahresta-

des ersten amerikanischen Atombombenabwurfs begannen.

Julius Nyerere betonte mir gegenüber, daß in der Frage der Einstellung der Kernwaffentests Washington sich nun zu äußern, vor allem aber zu handeln hat. "Und diese Entscheidung wird nur dann Gestalt annehmen", betonte er, "wenn die US-Administration — die jetzige oder eine andere — begreifen wird, daß sie die öffentliche Meinung keineswegs ignorieren kann." Doch die öffentliche Meinung in den USA ist ein Opfer diverser Desinformationen. Unter Hinweis auf seine amerikanischen Gesprächspartner betonte er, daß in den USA kaum jemand weiß, daß die Sowjetunion einseitig ein Moratorium für Kernwaffentests einhält.

Ich hatte auch ein Gespräch mit dem Präsidenten Argentiniens, Raul Alfonsin. Er sagte, er sei von der aufrichtigen Friedensliebe der sowjetischen Führung überzeugt, und betonte, ein Moratorium für Nuklearexplosionen sei eine entscheidende Voraussetzung für die Beseitigung der Atomwaffen. Raul Alfonsin verurteilte scharf die Politik der USA in Mittelamerika und qualifizierte die Bewilligung von 100 Mio Dollar für die Verbrechen der Contras als grobe Einmischung in die Angelegenheiten des souveränen Nikaragua.

...Und erneut sind wir im Konferenzsaal des Hotels Cristal. Das von den Sechs erarbeitete Dokument, die Deklaration von Mexiko, wird verlesen. Die glasklaren Sätze dieses bedeutenden Dokuments hallen durch den Saal: "Wir sind entschlossen darauf bedacht, daß Länder wie die unsrigen, die keine Kernwaffenarsenale besitzen, aktiv in alle Aspekte der Abrüstung einbezogen werden. Der Schutz dieses Planeten ist Sache aller Völker, die auf ihm leben... Wir bleiben bei der Überzeugung, daß heute keine Frage dringlicher und entscheidender ist als die Herbeiführung einer Beendigung aller Kerntests... Wir fordern weiterhin dazu auf, daß das einseitige Moratorium einer der beiden Nuklearmächte in ein bilaterales Moratorium verwandelt wird... Wir bekräftigen unsere Forderung, daß ein Wettrüsten im Weltraum verhindert werden muß." Die führenden Repräsentanten der sechs Länder unterzeichnen die Deklaration von Mexiko und dann ergreift einer nach dem anderen das Wort. Die Kernwaffentests einzustellen, eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern und unseren Planeten vor einem nuklearen Inferno zu retten — das war das Leitmotiv ihrer Reden.

Die Teilnehmer des Treffens in Ixtapa gaben eine hohe Einschätzung der von der Sorge um das Wohl der Menschheit getragenen Friedenspolitik der UdSSR. Als Antwort auf unseren Aufruf verkündete die Sowjetunion einseitig ein Moratorium für Nukleartests und verlängerte es zweimal. Wir äußern uns lobend über die Sowjetunion und schätzen die Verantwortung, die sie zeigt, hoch ein",

erklärte Rajiv Gandhi. "Wir würdigen gebührend das einseitige Moratorium, das wiederholt von der Sowjetunion verlängert wurde", unterstrich Julius Nyerere.

Auf der Pressekonferenz zum Abschluß des Gipfels antwortete der Ministerpräsident Griechenlands, Andreas Papandreou, so auf die Frage nach dem,

kanischer Beamter den Aufruf der Führer der sechs Länder: "Unserer Meinung nach wird der Vorschlag der Sechs von Delhi für die Verkündung eines Moratoriums die Stabilität nicht festigen und das Risiko des Beginns eines Krieges nicht verringern."

Im Weißen Haus versteht man die "Festigung der Stabilität" so: Fortfüh-



Bei der feierlichen Eröffnung des Treffens der Sechs von Delhi in Ixtapa. Am Rednerpult der Schriftsteller Gabriel García Marquez, der eine Grußansprache hält  
Telefoto: AP--TASS

was am notwendigsten wäre, um die internationalen Spannungen abzubauen und unseren Planeten vor der drohenden Katastrophe zu schützen: "Gegenwärtig ist der wichtigste Schritt die Einstellung der Kernwaffentests, untermauert durch ein entsprechendes Kontrollsysteem." Es wurde bekanntgegeben, daß die Sechs von Delhi Botschaften an Michail Gorbatschow und Ronald Reagan richteten und ihre Dienste für die Schaffung eines Kontrollmechanismus zur Einhaltung eines Verbots der Kernwaffentests anboten.

## Zwei entgegengesetzte Haltungen

Kaum hatte das Flugzeug mit dem Emblem des mexikanischen Präsidenten uns in knapp einer Stunde aus Ixtapa nach Mexico gebracht, da wurde bekannt, daß Washington die konstruktiven Vorschläge der Sechs von Delhi brusk ablehnte. Der Sprecher des State Department erklärte verschwommen: "Was die Frage eines Vertrags über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffentests angeht, so bleibt sein Abschluß ein langfristiges Ziel der Vereinigten Staaten." Kein Nahziel, wie das die ganze Menschheit verlangt, sondern eine ferne Perspektive! Mit imperialer Arroganz parierte ein ameri-

kanischer Beamter den Aufruf der Führer der sechs Länder: "Unserer Meinung nach wird der Vorschlag der Sechs von Delhi für die Verkündung eines Moratoriums die Stabilität nicht festigen und das Risiko des Beginns eines Krieges nicht verringern."

Die nuklearen Ambitionen des Militär-Industrie-Komplexes der USA verbinden sich mit Aggressionsakten im Geiste der Doktrin des Neoliberalismus. Als bewußte Provokation nehmen sich die gleich nach dem Treffen in Ixtapa verübten Anschläge gegen Länder der dritten Welt aus: die Förderung der Diversionsakte des israelischen Aggressors, die Überfälle der rassistischen RSA auf Angola und die vom US-Senat abgesegnete Militärhilfe an die Contras.

Auch auf die Sechs von Delhi wird Druck ausgeübt. So stattete der Präsident Mexikos gleich nach dem Treffen in Ixtapa Washington einen früher geplanten Besuch ab. Dort verhehlt man sein Wunschziel nicht: die riesige Auslandsverschuldung Mexikos zu benutzen, um dessen unabhängigen außenpolitischen Kurs zu ändern.

Druck und Erpressung werden mit beleidigenden Ausfällen gegen das Nachbarland verbunden. In der Heimat der Azteken lösten die vom Erzbischof und Interventionisten Jesse Helms im US-Senat organisierten schändlichen antimexikanischen "Hearings" eine scharfe Reaktion aus. Dem amerikanischen

Spießer wird suggeriert: Mexiko bedrohe die USA, und die schutzlosen mexikanischen "Gastarbeiter" in den USA würden den "100prozentigen Yankees" ein Stück Brot wegnehmen...

Doch gleichzeitig wirken in den USA auch andere gesellschaftliche Kräfte, die die offenkundige Tatsache nicht ignorieren können, daß sich Washington durch seine demonstrativ obstruktionistische Politik gegenüber den Sechs von Delhi noch mehr in der dritten Welt diskreditiert, besonders am Vorabend der Konferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen in Harare.

Die Ergebnisse des Treffens in Ixtapa fanden ein starkes positives Echo in den Entwicklungsländern. Dort wird die diametral entgegengesetzte Haltung der Sowjetunion und der USA zu den Initiativen der Sechs von Delhi unterstrichen.

Die realistische Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder harmoniert mit den begrüßenswerten Initiativen der Verfasser der Deklaration von Mexiko.

Michail Gorbatschow betonte in seiner Rede am 18. August im UdSSR-Fernsehen: Unsere Außenpolitik erhält ihre Impulse dadurch, daß sich überall in der Welt, im Bewußtsein der Völker, der politischen und gesellschaftlichen Kräfte unterschiedlichster Orientierungen und Weltanschauungen immer fester die Überzeugung durchsetzt: Die Existenz der Menschheit steht auf dem Spiel, es ist Zeit, entschlossen und verantwortungsvoll zu handeln. Sie erfordert eine umfassende Mobilisierung der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. "Das Problem der internationalen Sicherheit ist ein gemeinsames Problem", sagte er, "und das bedeutet, daß es gemeinsame Sorge und gemeinsame Verantwortung voraussetzt." Die der Sowjetunion nicht leichtgefallene Entscheidung, das einseitige Moratorium für Nuklearexplosionen ein weiteres Mal zu verlängern, — diesmal bis zum 1. Januar 1987, — berücksichtigt die Friedenshoffnungen der Menschheit, darunter der Sechs von Delhi und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen insgesamt.

In der heutigen komplizierten, vielfältigen und widersprüchlichen, doch zugleich immer stärker interdependenten und ganzheitlichen Welt führt der Weg zur Überwindung der Sackgassen der Konfrontation nur über Dialoge und Kontakte, Diskussionen und Verhandlungen. Nur auf diese Weise, erklärte Michail Gorbatschow, kann man das Eis des gegenseitigen Mißtrauens zum Schmelzen bringen und praktische Ergebnisse erzielen. Diese Wahrheit bekräftigen sowohl das Treffen in Ixtapa als auch die weltweite Reaktion auf die Tätigkeit der Sechs von Delhi.

Prof. K. CHATSCHATUROW

Mexico--Ixtapa--Moskau

Im August

## BEWEGUNG DER NICHTPAKTGEBUNDENEN

# Harare: Alles bereit zum Treffen



Der August in Simbabwe ist der letzte Wintermonat. Morgens ist es in Harare, der Hauptstadt des jüngsten unabhängigen Staates Afrikas, immer noch recht kühl, bisweilen Bodenfrost. Doch die Stadt ist in Grün eingebettet, in den zahlreichen Grünanlagen und Parks blühenden Rosen, Gartenkamillen und Aloen. Ein wahres Fest der Farben steht mit Anbruch des Frühlings, im September, bevor. Gerade Ende August/Anfang September soll in der Hauptstadt Simbabwes die VIII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder stattfinden.

Die Wahl Harares demonstriert überzeugend das hohe Ansehen Simbabwes in der Weltarena, unter den Entwicklungsländern. Gewürdigt wird die Engagiertheit der jungen Republik im Kampf für Frieden und Abrüstung, besonders für die Befreiung der afrikanischen Völker, gegen Apartheid und Rassismus, die Standfestigkeit und der Mut angesichts der nicht nachlassenden Versuche der Imperialisten und der Rassisten, sich in die Angelegenheiten der unabhängigen Staaten einzumischen.

Da Simbabwe ein Frontstaat ist, unmittelbar an die rassistische RSA grenzend, die subversive Aktionen gegen die benachbarten souveränen Länder verübt, prägt das Leben der Hauptstadt, verlangt besondere Wachsamkeit. So erhielten in den letzten Wochen Geschäfte und Institutionen anonyme telefonische Bombendrohungen. Feindliche Agenten suchen auf diese Weise, Unruhe und Nervosität vor dem Forum der Nichtpaktgebundenen zu verbreiten.

Doch die Vorbereitung auf das Forum lief die ganze Zeit auf vollen Touren und ist jetzt praktisch abgeschlossen. Das Regierungskomitee, das die gesamte Vorbereitungsarbeit leitete, hat effektiv gearbeitet.

Wie der Außenminister Simbabwes, Witness Mangwende, sagte, wird das bevorstehende Ereignis im Grunde für alle Einwohner Harares ein Erlebnis sein. Und wie kann man auch abseits stehen, wenn Schätzungen zufolge an die

6000 Delegierte, 8000 Begleitpersonen und über 1000 Journalisten in die Hauptstadt kommen werden. Die Unterbringung und Betreuung so vieler Menschen ist keine leichte Aufgabe für die Stadt mit einer Bevölkerung von ca. 650 000 Menschen.

Die hiesigen Behörden haben viel getan, um Harare auf die Ankunft der Gäste vorzubereiten. Die Fassaden einiger Verwaltungsgebäude wurden renoviert, mehr Taxen in Dienst gestellt. In der Angwa Street beendeten Arbeiter die Reparatur des Hauses, das im Mai bei einem RSA-Überfall stark beschädigt worden war. Auf Beschuß des Stadtrats von Harare wird die Ausstellung von Skulpturen im Park neben der Nationalgalerie vergrößert. In der Galerie selbst wird am 25. August eine Ausstellung mit Werken von 400 Künstlern Simbabwes eröffnet.

Die Regierung tut alles, um günstige Bedingungen für die Arbeit des Forums zu schaffen. Ein modernes, hervorragend ausgestattetes internationales Konferenzzentrum wurde errichtet. Es schließt sich direkt an das größte und komfortabelste Hotel der Hauptstadt, das Sheraton, an, das mit Hilfe jugoslawischer Bauarbeiter errichtet wurde. Der originell gestaltete Konferenzsaal hat 5200 Plätze — ohne die Galerie und die Presso- gen.

Aus dem Pressezentrum neben dem Konferenzsaal sollen die direkten Fernseh- und Rundfunksendungen per Satellit und die internationalen Telefon Gespräche übertragen werden. Der technische Konferenzdienst wird die erforderlichen Dokumente verbreiten, die Materialien übersetzen und vervielfältigen.

Um die Delegierten unterzubringen reservierte die Regierung für Ende August/Anfang September alle Hotel der Hauptstadt. Für die Staats- und Regierungschefs wurden in einem Vorort Harares 32 Villen errichtet und 69 gemietet.

All das ist von Bedeutung, doch es ist nur die organisatorische Seite der Vor-

bereitung des Forums. Am wichtigsten ist es natürlich, den vollen politischen Erfolg dieses bedeutenden Forums zu sichern. Eben das betonte kürzlich der Premierminister der Republik, Robert Mugabe, vor dem Parlament Simbabwes.

In diesem Sinne wird in Simbabwe die Bedeutung des bevorstehenden Forums für die Völker der Nichtpaktgebundenen, seine Rolle in der 25jährigen Geschichte der Bewegung erläutert. In vielen Städten des Landes werden Vorträge gehalten und Fotoausstellungen gezeigt, die von der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, ihrer Geschichte und ihrem Beitrag zum Kampf gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges, für Frieden und Abrüstung, für die Beseitigung der letzten Bastionen des Kolonialismus und Rassismus auf amerikanischem Boden berichten.

Im Mittelpunkt des Forums soll neben

den Problemen von Krieg und Frieden die Lage im südlichen Afrika stehen: der gerechte Kampf der Afrikaner in der RSA gegen die Apartheid und der Kampf für die Unabhängigkeit Namibias. Sicher werden die Teilnehmer des Gipfels konkrete Formen der materiellen und finanziellen Hilfe für den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), die die Befreiungsbewegung in der Region leiten, sowie verschiedene Sanktionen gegen das Regime in Pretoria erörtern.

Erklärungen von Staatsmännern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Presseerklärungen zufolge versteht man hier, daß die reaktionären Kreise alles daran setzen werden, die insgesamt antiimperialistische Ausrichtung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu schwächen und sie dazu zu

bringen, von prinzipiellen Positionen abzugehen. Eben deshalb ist es die Aufgabe Simbabwes, Prinzipienfestigkeit als Antwort auf den imperialistischen Druck zu zeigen und die historischen Errungenschaften der Nichtpaktgebundenen zu verteidigen.

"Für Simbabwe ist es eine große Ehre, daß es zum Austragungsland des Gipfels der Nichtpaktgebundenenbewegung gewählt wurde", erklärte der Minister für Information, Post und Telekommunikation, Nathan Shamuyarira, vor Journalisten. "Wird ja das Land, das erst vor sechs Jahren die Unabhängigkeit erlangte, in den kommenden drei Jahren zum Führer dieser Bewegung werden. Und es wird alles tun", versicherte er, "um die Staffel der Bewegung würdig weiterzutragen."

N. MALYSCHEWA

Harare, im August

# Vergangenheit und Zukunft

Notizen vom Seminar in Delhi

"Möge es keine Hiroshimas mehr geben. Die Opfer von Nagasaki verlangen von den imperialistischen Mächten, zu antworten, wie lange die Menschen noch Tränen vergießen werden, wann endlich ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. Für mich ist das imperialistische Spiel mit dem Tod unfaßbar. Ich appelliere an alle, sich zu erheben, um die Menschheit vor einer Nuklearkriegskatastrophe zu retten, die, sollte sie geschehen, das Menschen- geschlecht vom Erdboden hinwegfegen wird. Die Zeit ist gekommen, die angehäuften Nuklearwaffen zu vernichten..."

In der Rohübersetzung aus dem Hindi nehmen sich diese Zeilen vielleicht nicht sonderlich poetisch aus. Doch sie stammen aus einem Gedicht mit der Überschrift "Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen". Prof. Hari Murmahi (Universität Agra) trug die im traditionellen indischen Stil vorgenommene Vertonung auf dem internationalen Seminar von Wissenschaftlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vor, das Anfang August in Delhi auf Initiative des Indischen Instituts für Probleme der Nichtpaktgebundenen veranstaltet wurde.

Diese unerwartete Form des Auftritts, der durch seine politische Aussagekraft

und die Aufrichtigkeit beeindruckte, fand Beifall bei allen Teilnehmern der Diskussion aus mehr als 30 Ländern zum Thema "Die Nichtpaktgebundenheit in Vergangenheit und Zukunft".

In der Konzeption der Nichtpaktgebundenheit, die Mitte der 40er Jahre vom ersten Premierminister des unabhängigen Indien, Jawaharlal Nehru, verkündet wurde, und in der auf ihrer Grundlage vor einem Vierteljahrhundert entstandenen Bewegung der Nichtpaktgebundenheit wurde der Wille der jungen Nationalstaaten, die das Kolonialjoch abgeschüttelt hatten, deutlich, nicht nur ihre politische Selbständigkeit zu behaupten, indem sie die Blockpolitik des Imperialismus ablehnten, sondern auch das Leben auf Erden zu behaupten. Als ich Prof. Murmahi zuhörte, mußte ich mich an die eben hier in der indischen Hauptstadt vor ca. 40 Jahren gehaltene programmatische Rede Jawaharlal Nehrus erinnern, in der er, bald nach der Tragödie der beiden japanischen Städte, sagte: "Die Welt steht vor einer Wahl, mit der sie früher nie konfrontiert wurde. Das ist die Wahl zwischen Selbstvernichtung und Überleben." In dieser Rede stellte er eine direkte Verbindung zwischen dem Kurs der Nichtpaktgebundenen und dem Kampf gegen die Nuklearkriegsgefahr her: Es sei erforderlich, "all unsere

Energie und all unsere Kräfte auf die Verhinderung einer solchen Katastrophe zu lenken".

In den Versen des Wissenschaftlers aus der Stadt des berühmten Taj Mahal, in seinem leidenschaftlichen Aufruf kam nicht nur das Streben zum Ausdruck, dieses Wunder der menschlichen Zivilisation zu retten. Darin fand die Hauptrichtung der politischen Tätigkeit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Ausdruck. Bereits auf der ersten Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen (Belgrad, 1961) — damals gehörten ihr 25 Mitglieder an — wurde unterstrichen: Die einzige Alternative zu einem nuklearen Inferno ist die friedliche Koexistenz. Seitdem sind die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die unerschütterliche politisch-rechtliche Grundlage der Bewegung, ebenso wie ihr Antinuklearkurs unabänderlich ist. In der Politischen Deklaration der VII. Gipfelkonferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen (Delhi, 1983) wurde einstimmig festgehalten: "Größte Bedrohung für den Frieden ist heute die Gefahr der Vernichtung der Menschheit in einem Nuklearkrieg. Die Abrüstung, insbesondere die nukleare Abrüstung, ist schon nicht mehr ein ethisches Problem, sie wurde zu einer Überlebensfrage der Menschheit."

Diese klare Haltung verkörpert sich in den praktischen politischen Schritten der Bewegung, die heute 102 Mitglieder hat. Von ihr stammen Vorschläge für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen und von Zonen des Friedens. Bekannt sind ihre wiederholten Forderungen, das nukleare Wettrüsten zu beenden, mit der Abrüstung zu beginnen, die Kernwaffentests einzustellen und eine Militarisie-

rung des Weltraums nicht zuzulassen. Weltbekannt sind auch die diesbezüglichen Anstrengungen, die die Sechs von Delhi seit 1984 unternommen haben. Die Hälfte der Sechs sind führende Repräsentanten nichtpaktgebundener Länder, darunter der jetzige Vorsitzende und Koordinator der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der Premierminister Indiens, Rajiv Gandhi. All diese Anstrengungen und Schritte harmonieren mit den Friedensinitiativen und der praktischen Friedenspolitik der Sowjetunion, gehen in die gleiche Richtung.

Die NZ verschickte zur Konferenz in Harare an all ihre sowjetischen und ausländischen Abonnenten die Sonderbeilage "Bewegung der Nichtpaktgebundenen: Ziele, Prinzipien, Praxis". Darin fanden unsere Leser Beiträge, die die Geschichte dieses Zusammenschlusses der jungen Nationalstaaten, seine positive Rolle im heutigen internationalen Leben und die vom Imperialismus gegen die Bewegung betriebene Wühltätigkeit ausführlich beleuchten. Die Beilage enthält viele Informationsmaterialien.

Deshalb möchte ich zum Seminar in Delhi zurückkehren, das am Vorabend der VIII. Gipfelkonferenz der Bewegung in Harare stattfand, da es ein Urteil ermöglicht, in welchen Richtungen sich das schöpferische Denken in den nichtpaktgebundenen Ländern entwickelt. Völlig zu Recht, im Geist der Zeit und der Tradition der Bewegung, wurde als erstes die Frage der Festigung des Friedens sowie der Abrüstung zur Erörterung gestellt. K. Subramanyam, ein bekannter indischer Politologe, Direktor des Instituts für Verteidigungsstudien, unterbreite einen konkreten Vorschlag: Die bevorstehende Konferenz in Harare solle die Initiative für den Abschluß einer internationalen Konvention zum Verbot der Nuklearwaffen und zu deren vollständiger Beseitigung ergreifen. In der Diskussion wurde die große Bedeutung des einseitigen sowjetischen Moratoriums für Nuklearexpllosionen betont. K. P. Mukerjee, Nestor der indischen Politologie und ehemaliger Rektor der Universität Patna, sagte in seiner Rede: "Ich bin Michail Gorbatschow sehr dankbar, daß er auf die Stimme der Sechs gehört und das Moratorium für Nuklearexpllosionen verlängert hat." Zugleich betonte er: "Einseitige Handlungen können nicht endlos sein. Man muß ein Entgegenkommen Reagans erreichen."

Auf dem repräsentativen internationalen Seminar, das der Vizepräsident Indiens, Ramaswami Venkataraman, eröffnete, war die Stimme jener Kräfte laut zu vernehmen, die die Gewähr für den Erfolg der Bewegung der Nichtpaktgebundenen in der Stärkung ihres Zusammenwirkens mit allen Fried-

denskräften sehen. "Nichtpaktgebundenheit ist nicht Äquidistanz, sondern Einheit mit allen antiimperialistischen Kräften", erklärte der Generalsekretär der Krishna-Menon-Gesellschaft, R. K. Garg, wenn auch gewisse Kräfte versuchten, die "beiden Supermächte" gleichzusetzen. Verstärken ja gerade die Imperialisten den Druck auf die nichtpaktgebundenen Länder und die subversiven Aktivitäten gegen sie, wobei sie selbst vor offenen Aggressionshandlungen nicht zurückscheuen.

Immer aktiver wird jetzt die Frage der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Asien, im Raum des Indiks und des Pazifiks erörtert. Asien braucht sein Helsinki. Diese Frage, sagte z. B. der indische Parlamentsabgeordnete S. M. Misra, müsse in Harare aufgegriffen werden, wobei er vorschlug, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum einzuberufen. So wurde deutlich, daß die von Michail Gorbatschow in Wladiwostok geäußerte Idee der Einberufung eines solchen Forums auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

"Ohne Frieden werden all unsere Träume von einer Entwicklung zerstören" — diese Worte Jawaharlal Nehrus wurden auf der VII. Konferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen von Indira Gandhi zitiert. Deshalb war natürlich auf dem Seminar das Streben spürbar, nach Wegen zu suchen, die wirtschaftliche Rückständigkeit und Abhängigkeit zu überwinden, ohne dabei die politische Hauptorientierung zu verlieren — die Unabhängigkeit der jungen Nationalstaaten zu festigen, was ohne einen dauerhaften Weltfrieden unmöglich ist. Die meisten Delegierten, die sich zu Entwicklungsfragen äußerten, gestanden ein, daß die Hoffnungen der Entwicklungsländer auf ein Verständnis ihrer Probleme seitens der führenden kapitalistischen Mächte nicht in Erfüllung gingen und der Nord-Süd-Dialog gescheitert sei. Es sei notwendig, konstruktiv die Süd-Süd-Zusammenarbeit anzubauen und zu festigen, d. h. das Zusammenwirken der jungen Nationalstaaten selbst, was der Westen mit verschiedenen Mitteln zu untergraben sucht. Der bekannte indische Wirtschaftswissenschaftler und Parlamentsabgeordnete L. K. Jha sagte: "Festigen wir uns selbst, und dann wird man mit uns rechnen."

Doch wie soll das geschehen? In der Diskussion wurde folgender Gedanke geäußert: Um eine neue internationale Wirtschaftsordnung durchzusetzen, muß jedes nichtpaktgebundene Land bei sich eine gerechte sozialökonomische Ordnung schaffen, denn beides ist eng miteinander verbunden und voneinander abhängig. Würde diese These der Wissenschaftler zum Instrument der

realen Politik der Nichtpaktgebundenen, dann würde dem Neokolonialismus, dem ökonomischen Diktat des Imperialismus der entscheidende Schlag versetzt sein.

Unter diesem Aspekt wurde auch das Problem der Auslandsverschuldung behandelt. Als positive Erfahrung der fruchtbaren Zusammenarbeit eines jungen Nationalstaates mit einem Industrieland, die nicht in die Schuldnechtschaft führt, wurde wiederholt das Beispiel der indisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen angeführt, bei denen die Zahlungen in indischen Rupien erfolgen.

Eine charakteristische und verständliche Besonderheit der Erörterung der Wirtschaftsprobleme der nichtpaktgebundenen Länder war, daß je konkreter die eine oder andere Frage aufgeworfen wurde, desto deutlicher das Haupthindernis bei dessen Lösung wurde — der Imperialismus. Die Wahrheit ist stets konkret.

Das gilt voll und ganz auch für die Behandlung des Problems des Kampfs gegen den Informationsimperialismus auf dem Seminar. Der erste Vorsitzende des Pools der Nachrichtenagenturen der nichtpaktgebundenen Länder, D. R. Manekkar, und der Vorsitzende des Komitees der Nichtpaktgebundenen für Verbindungen der Nachrichtenagenturen, N. Chakravarty, entlarvten nicht nur überzeugend den imperialistischen Charakter des Informationsmonopols des Westens, sondern konstatierten auch bedauernd, daß der Kampf gegen dieses Monopol noch nicht effektiv genug geführt wird und die Möglichkeiten des Pools noch recht schwach genutzt werden.

Der Informationsimperialismus will die Herzen und Hirne der Menschen in den jungen Nationalstaaten versklaven. Der Kampf gegen ihn ist auch ein Kampf für die Menschenrechte. Nicht von ungefähr verlangten deshalb einige Seminarteilnehmer, eine Konzeption für eine neue internationale Ordnung im Bereich der Menschenrechte (der "menschlichen Ordnung") zu erarbeiten. In den Rahmen dieser Idee fügte sich der Vorschlag des angesehenen indischen Schriftstellers und Demokraten Mulk Raj Anand, regelmäßig Konferenzen der Intelligenz der jungen Nationalstaaten durchzuführen.

Insgesamt demonstrierte das internationale Seminar anlässlich des 25. Jahrestages der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, daß man sich in wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen der nichtpaktgebundenen Länder der Notwendigkeit bewußt wird, dem Imperialismus noch entschiedener Widerstand zu leisten.

Prof. R. TUSMUCHAMEDOW

Delhi—Moskau

"NEUE ZEIT" 34.86

## PANORAMA

UdSSR--  
SUDAN

### Wichtige Etappe

Der offizielle UdSSR-Besuch des Regierungschefs des Sudan Mitte August war eine wichtige Etappe, ja eine Wende in der Entwicklung der sowjetisch-sudanesischen Beziehungen. Obwohl diplomatische Beziehungen zwischen unseren Ländern schon 1956, gleich nach der Verkündung der Unabhängigkeit der Republik Sudan aufgenommen worden waren, lief in diesen 30 Jahren nicht alles glatt. Es gab eine langjährige Unterbrechung in den bilateralen Beziehungen. Ihre Ursachen sind nicht in irgendwelchen Veränderungen der sowjetischen Politik zu suchen. Schuld daran war vielmehr der Kurs, den das Regime von General Nimeri, der 1969 in Khartum an die Macht gekommen war, verfolgte — der Kurs auf ein militärisch-politisches Bündnis mit den USA.

Die Allianz mit den Vereinigten Staaten untergrub die internationale Rolle des Sudan und führte zur Zuspitzung der Beziehungen dieses flächengrößten afrikanischen Landes zu einer Reihe von Nachbarstaaten... Als "völliges Fiasco" werden heute in Khartum auch die innenpolitischen Folgen der Generalsherrschaft bezeichnet. Die Einführung der Gesetze der Sharia rief Unzufriedenheit im Südsudan hervor, wo negroide Stämme leben, die sich zum Christentum und zum Animalismus bekennen (die anderen Landesteile sind von Arabern, Moslems, besiedelt). 1983 begannen die Aufständischen dort ihre militärischen Operationen.

Am 6. April 1985 wurde Präsident Nimeri von den Militärs gestürzt. Der Militärische Übergangsrat hielt sein Versprechen: Ein Jahr später hielt er allgemeine Wahlen ab

und übergab die Macht an eine Zivilregierung. Premierminister und Verteidigungsminister wurde der Führer der zentralistischen Al-Umma-Partei, Sadek El Mahdi, einer der Führer der Opposition gegen die gestürzte Diktatur.

Der neue Premierminister annullierte die strengen islamischen Gesetze und rief zu einer nationalen Lösung der Wirtschaftsprobleme auf. Ein konstruktiver Dialog mit den Aufständischen im Süden begann, wenn dieser Dialog auch bisweilen durch ein Wiederaufflackern der Gewalt unterbrochen wird. Die Beziehungen zu den Nachbarländern Libyen und Äthiopien werden normalisiert. So führte Sadek El Mahdi Anfang August in Libyen Gespräche mit Muammar al-Gaddafi über Zusammenarbeit und Einheit. Khartum wendet sich jetzt gegen Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid, gegen die Schaffung beliebiger militärisch-politischer Achsen und Blöcke und erklärte die Nichtpaktgebundenheit zur Grundlage seines außenpoli-

tischen Kurses. 1985 weigerte sich der Sudan erstmals, an den Pentagon-Manövern "Bright Star" im Nahen Osten teilzunehmen.

Bereits auf seiner ersten Pressekonferenz als Regierungschef sprach Sadek El Mahdi von der Notwendigkeit, die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern zu entwickeln, um die "frühere einseitige Ausrichtung der Außenpolitik des Sudan zu korrigieren". Und nun stattete er Moskau einen Besuch ab und führte Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Ryshkov. Ihr Hauptergebnis: Moskau und Khartum treten für die "Wiederherstellung des freundschaftlichen Charakters der Beziehungen zwischen beiden Ländern" ein.

Der Sudan ist ein arabisches und afrikanisches Land, und er kann der Lage im Nahen Osten und im südlichen Afrika, dazu, daß Israel und die RSA mit Unterstützung der USA dort gefährliche Krisensituationen geschaffen haben, nicht

gleichgültig gegenüberstehen. In dem gemeinsamen Abschlußkommuniqué hieß es: Notwendig ist die baldigste Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter Teilnahme aller interessierten Seiten. Die UdSSR und Sudan verlangten die schnellstmögliche Beseitigung des schändlichen Apartheidsstems in der RSA.

Die USA haben 19 unabhängige asiatische und afrikanische Länder, darunter den Sudan, willkürlich in den Aktionsradius von Central Command einbezogen. Die UdSSR, heißt es in dem Kommuniqué, "unterstützt die Anstrengungen der Staaten Afrikas, diesen Kontinent in eine von Nuklearwaffen und ausländischen Militärstützpunkten freie Zone zu verwandeln". Der heutige Sudan seinerseits ruft dazu auf, das Weitrüsten zu beenden und eine vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Abrüstung organisch mit der Überführung der riesigen Rüstungsausgaben für Entwicklungszwecke zu verbinden.

L. JELIN

#### PAKISTAN

Demonstrationen und Polizeiwillkür — so sah der August in Pakistan aus. Die Behörden verhafteten Hunderte Führer und Aktivisten der Bewegung für die Wiederherstellung der De-

mokratie, einer Allianz oppositioneller Parteien. Unter den Verhafteten ist die Kovorsitzende der größten Oppositionspartei, der Pakistanischen Volkspartei, Benazir Bhutto, die 33jährige Tochter des ehemaligen Premierministers Zulfikar Bhutto, der vom Milli-

färregime Zia ul-Haqs 1979 hingerichtet worden war. Die Anhänger der Allianz gingen aus Protest auf die Straßen. Sie forderten ein Ende der Hinrichtungen und der grausamen Strafen — wie diese auf dem Foto. Die Demonstranten verlangten von der Regierung, bis zum 20. September das Datum für allgemeine Wahlen in diesem Jahr bekanntzugeben.

Gegen die Demonstranten wüteten die Polizei und reguläre Armee-Einheiten. Knüppel und Tränengasgranaten kamen zum Einsatz. In Karatschi und Lahore eröffneten Soldaten das Feuer. Es gab Tote und viele Verletzte.

Am 18. August fand in Pakistan der gesamtnationale Protesttag statt. Die Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie ruft zum Sturz des Zia-ul-Haq-Regimes auf.



## FRANKREICH

### Fernsehen zu verkaufen

Der "franko-französische Krieg" dauert an unter den Bedingungen einer grundsätzlich friedlichen, zeitweilig aber auch spannungsgeladenen Koexistenz zwischen dem sozialistischen Präsidenten und der Rechtsparteienregierung. Die Märzrevanche der Großbourgeoisie, die für ihre Repräsentanten eine bequeme Mehrheit in der Nationalversammlung herausschlagen konnte, führte bereits zu deutlich spürbaren Veränderungen in der politischen Landschaft. Die Ansicht Premierminister Jacques Chirac: "...Eine neue Lage entsteht. Bis Ende des Jahres hat Frankreich ein neues Wertesystem."

Diese Prognose ist wohl begründet. Die Verabschiedung des Gesetzes über "die Freiheit der Informationsmedien", von der Regierung Chirac erlassen und von der Mehrheit in Nationalversammlung und Senat gebilligt, ist ein ernstgemeinter Schritt in Richtung auf ein "neues Wertesystem" und zeigt, was darunter zu verstehen ist. Das neue Mediengesetz soll unverzüglich konkrete Ergebnisse bringen, und zwar kommt die Fernsehgesellschaft TF1, die vom Staat kontrolliert und durch die Gebühren der Zuschauer finanziert wird, in private Hand. Wessen Hand?

Es gibt zwei solvante Käufer. Robert Hersant, ehemaliger Kollaborateur und heute Abgeordneter der Nationalversammlung, "Pressezar", der über Dutzende Zeitungen und Zeitschriften in der Hauptstadt und in der Provinz gebietet, darunter die auflagenstarken "France-Soir", "Le Figaro" und seine Wochenschrift "Le Figaro-Magazine". Schon unken manche: Wenn Hersant TF1 kauft, muß man die Abkürzung "Television Figaro" statt

"Television Francaise" lesen. Jeder französische Fernsehzuschauer hätte damit eine störungsfreie Lieferung der "neuen Werte" frei Haus gewonnen. Den gefährlichsten Konkurrenten hat Hersant in dem Verlagsmonopol "Hachette", das mit einer anderen finanziellen, nicht politischen, Interessengruppe liiert ist. Interesse bekundeten ebenfalls James Goldsmith, Chef des in Regierungskreisen allseits beliebten "L'Express", und der italienische Medienmann Silvio Berlusconi, der auf der Appeninenhalbinsel das Fernsehen kontrolliert und schon einen Teil des französischen kommerziellen Fernsehens erobert hat. Er ist dafür bekannt, daß er den westeuropäischen Telefunkmarkt mit US-Produktion abfüllt.

Den französischen Fernsehzuschauern ist klar, daß, wer auch immer TF1 kauft, Frankreich und die Franzosen, von denen 70% das Gesetz über "die Freiheit der Informationsmedien" ablehnten, die Verlierer sein werden. Sie meinen, daß man das Fernsehen nicht an die Bourgeoisie ausverkaufen darf. Der ehemalige kommunistische Minister Jack Ralite: "Das Fernsehen zu privatisieren ist so, als würde man den Louvre versteigern, die Comedie Francaise oder Versailles." Wochen vor Verabschiedung des Gesetzes war die Massenbewegung "Das Fernsehen gehört uns" entstanden, an der sich weite Kreise der demokratischen Öffentlichkeit beteiligten. Es gab Protestmärsche, zornige Kundgebungen und Streiks der beim Fernsehen Beschäftigten. Das undemokratische Gesetz wurde trotzdem gebilligt. Sein Urheber ist der Generalsekretär der Republikanischen Partei und Kulturmister Francois Leotard. Alle Rechten, inklusive Rechtsaußen Jean-Marie Le Pen und seine Nationale Front solidarisierten sich mit Leotard, der nicht davon ausgeht, daß "das Fernsehen ihnen gehört", den Franzosen also. Was ist mit den Gebühren, mit denen sie den Haushalt von TF1 bestreiten? Kontert der Minister: "Das ist, als würde

man sich zum Wirt der Bar erklären, in der man täglich seinen Kaffee trinkt."

Der Minister sagt natürlich nicht, daß man die Bar je nach Gemütslage auswählt, daß man nicht einmal unbedingt hineingehen muß. Bei TF1, der wichtigsten Fernsehstation, fällt von nun an für den Konsumenten, unabhängig davon, welcher Millionär sie an Land zieht, jede Auswahl flach. Jetzt gibt's nur noch, was der Chef serviert. Nichts da, Pluralismus! Hier ist der totalitäre Einheitsbrei des Privatkapitals angezeigt, das sich nach der Privatisierung Dutzender Großunternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften bereits wieder etabliert.

Das neue Gesetz erlaubt dem vom Staat entfremdeten Fernsehen nach Art kommerzieller Reklame die amerikanisch gestylte politische Parteipropaganda. Das heißt dann spot. Der amerikanische Einsilbler wurde unlängst in die französische Sprache integriert. Spot heißt ein Reklamefilm. Ein teurer dazu. Eine Spotminute kostet die Partei oder den Einzelpolitiker, den es nach Ruhm gelüstet, 460 000 Franc. Nur Parteien, die sich ihre Kasse bei großen Banken und Konsortien auffüllen lassen, können sich in Zukunft den spot leisten.

Wer den hat, kann andern das Maul stopfen. Das "andere Wertesystem" schottet die TF1-Studios ab gegen Gewerkschaften, andere demokratische Organisationen und versteht sich, gegen die französischen Kommunisten. Die FKP ist heute immerhin die einzige Partei, die sich unbirrt und konsequent für die Interessen der Werktätigen einsetzt, die ihr geistiges und materielles Wertesystem verteidigt. Es geht hierbei um das legitimierte Scherbengericht gegen die Kommunisten und ihre unter den Fernsehzuschauern nach Millionen zählenden Sympathisanten.

Die kommunistischen Abgeordneten stimmten gegen das undemokratische Gesetz. Die Sozialisten auch. Der Sozialist Jack Lang, vor Leotard Kulturmister, gab dem

"Monde" dazu ein langes Interview. Es endete mit einem im Geist der "Koexistenz" gehaltenen Appell an die Rechtsparteien: "...setzen wir uns an einen Tisch und arbeiten gemeinsam ein freiheitliches Audivisionssystem aus. Wie wär's, meine Herrschaften aus der Regierung, erweisen Sie sich einmal als echte Liberale!"

Die Einladung verhallte im leeren Raum. Die Herrschaften aus der Regierung, denen dafür Hersant wie Le Pen freundlichen Applaus spenden, halten ihren undemokratischen Kurs nämlich bereits für die Inkarnation des echten Liberalismus.

V. ZOPPI

## EL SALVADOR

### Duarter

### "Olivenzweig"

Der Präsident El Salvadors J. N. Duarte, schlägt für den 29. August Verhandlungen vor zwischen salvadorianischen Regierungsvertretern auf der einen und der Nationalen Befreiungsfront "Farabundo Marti" (FMLN) und der Revolutionären Demokratischen Front (FDR) auf der anderen Seite.

Damit wird die 3. Runde der Verhandlungen über sechseinhalb Jahre Krieg angekündigt, der bereits über 60 000 Menschenleben hinauftraf. Am 15. Oktober 1984, als sie aufgenommen wurden, waren Duarte und sein Verteidigungsminister Casanova in der Kirche des abgelegenen salvadorianischen La Palma, einer kleinen Stadt in den Bergen unweit von Honduras, mit den Führern der beiden patriotischen Organisationen zusammengetroffen.

Bis dahin hatten die salvadorianischen Patrioten mehrfach vorgeschlagen, politische Lösungen für eine Been-

digung des blutigen Krieges und für die Bereinigung des Konfliktes im Innern zu suchen. Auf dringendes Antraten des Weißen Hauses jedoch wies man diese Vorschläge jedesmal ab. Als jedoch gegen Mitte 1984 das Kräfteverhältnis auf dem Schlachtfeld nicht mehr zu Gunsten der Regierungstruppen ausfiel, mußten die salvadorianischen Offizieren dem Dialog zustimmen. Hier war auch der Einfluß der Contadora-Gruppe spürbar, deren Mitgliedsländer eine friedliche Beilegung der Konflikte in Mittelamerika befürworten.

Die Begegnung in La Palma verlief ergebnislos. Duarte, unter dem Druck rechter Kreise El Salvadors und an Washingtons Händeleine, lehnte es ab, den Forderungen der Patrioten stattzugeben, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, in der alle demokratischen Kräfte des Landes vertreten sein sollten.

Die zweite Verhandlungs runde fand Ende November 1984 in der Ortschaft Ayagualo nicht weit von San Salvador statt. Wieder lehnte der Präsident die berechtigten und realistischen Vorschläge der FMLN/FDR ab. Sie sahen vor, die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten El Salvadors und die Unterdrückung oppositioneller Kräfte unverzüglich einzustellen, den Repressionsapparat und die "Todesschwadronen" aufzulösen und eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden.

Jetzt nennt Duarte das konkrete Datum für die dritte Verhandlungs runde.

Was hat der salvadorianische Präsident den Aufständischen Neues zu bieten? Nichts, wie es scheint. Den Vorschlag der FMLN/FDR, eine vorübergehende provisorische Regierung aufzustellen, die im Land allgemeine Wahlen durchführt, nannte er "verfassungswidrig". Er besteht nach wie vor auf der einseitigen Entwaffnung der Aufständischentruppen. Die Machthaber wollen sie weiterhin militärisch unterwerfen. An-

fang August hatte die Regierung mit 16 Mio Dollar aus der Kasse des US-Amtes für internationale Entwicklung eine "Nationale Wiederaufbaupolitik" durchgeführt. Hinter diesem harmlosen Slogan verbirgt sich eine Operation der "Säuberung des Territoriums" von Partisaneneinheiten.

Es hat den Anschein, als brauche Präsident Duarte das dritte Treffen mit der gegnerischen Seite für seine Imagekosmetik. Er wird jedoch nicht umhin können, die Stimmungen der Salvadorianer zu berücksichtigen, die mit Nachdruck fordern, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen. Den Patrioten aber geht es darum, auf dem Verhandlungsweg wirklich friedliche Regelungen der inneren Probleme zu erzielen.

A. BARYSCHEW

## NAMIBIA

### Immer stärkere Schläge

Die Lage in Namibia ist kompliziert. Das gestand unlängst sogar RSA-Präsident Pieter Botha ein. Die Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN) führt immer stärkere Schläge gegen die Okkupanten. Die Stärke der Patrioten liegt in ihrer engen Verbindung mit der einheimischen Bevölkerung.

"Die Menschen helfen uns materiell und moralisch, obwohl ihnen Repressalien und selbst der Tod drohen", sagte mir der Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Sam Nujoma. Wir sprachen mit ihm während der Internationalen Namibia-Konferenz in Wien.

Selbst den Meldungen zufolge, die durch das enge Netz der Zensur gelangen, kann man über die immer aktiveren Handlungen der Patrioten urteilen: 1984 at-

tackierten PLAN-Kämpfer 96 Mal die reguläre Rassistenarmee, 1985 aber 123 Mal.

Nun schon 20 Jahre führen die namibischen Patrioten den bewaffneten Kampf für die Befreiung ihrer Heimat von den RSA-Besatzern. Jeder Tag des Krieges kostet Pretoria 3 Mio Rand. Die Rassistenbehörden verhängten den Kriegszustand auf einem Territorium, wo 80% der Gesamtbevölkerung leben. Über 100 000 RSA-Soldaten sind in Namibia stationiert. Hinzu kommen die Söldner aus westlichen Ländern und aus Israel.

Die Rassisten benutzen Namibia als militärisches Sprungbrett für Schläge gegen die Nachbarstaaten Sambia, Simbabwe und Botswana. Von hier aus wurde ein weiterer Oberfall auf Angola verübt; RSA-Truppen drangen 300 km tief in angolanisches Territorium ein. Gekämpft wird bei der angolanischen Stadt Quito-Qanawale.

Zudem zimmerten die RSA-Behörden, um den ungerechten Strafzettel gegen das Volk, das es wagte, Unabhängigkeit zu verlangen, zu "namibisieren", aus degradierten Elementen "Territorialtruppen Südwestafrikas" und eine "Polizei Südwestafrikas" zusammen, die bis an die Zähne bewaffnet sind. Infolgedessen kommt in der "riesigen Kaserne", wie Namibia in Afrika genannt wird, auf sechs Zivilisten ein Soldat.

"Ich habe gesehen, wie in den Gefängnissen von Windhoek gefoltert wird", berichtete mir in Wien der namhafte namibische Jurist Anton Lubowsky, der schon fünfmal wegen Protesten gegen die Greuel der Besatzer in einem Rassistengefängnis war. "Die Verhafteten werden an den Armen aufgehängt. Den Frauen werden die Brüste mit Strom verbrannt."

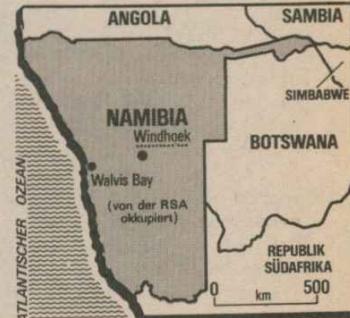
Die Afrikaner Namibias leben unter extrem schweren Bedingungen. Das Durchschnittseinkommen eines Weißen ist 24mal so hoch wie das eines Schwarzen. 5000 weißen Farmern gehören mehr als 80% der fruchtbaren Bö-

den, auf die 120 000 afrikanischen Familien aber entfallen nur 6%.

Im Juni 1985 bildete Pretoria aus seinen Marionetten in Windhoek eine "provisorische Regierung". In dieser Marionettenstruktur träumen die Rassisten und ihre westlichen Verbündeten, vor allem die USA, den Prototyp eines künftigen pseudounabhängigen Namibia zu sehen.

Doch das Volk läßt sich nicht durch Tricks mit einer solchen "internen Regelung" betrügen. Es unterstützt fest die SWAPO, seinen einzigen legitimen Vertreter, und verlangt die reale Unabhängigkeit. Das Ansehen der SWAPO ist umstritten.

Die Festigung der Positionen der SWAPO verspürt man sowohl in Pretoria als auch in den westlichen Hauptstädten. Gerade aus diesem Grund widersetzen sich die RSA, die



USA und die anderen Verbündeten der Rassisten gemeinsam auf jegliche Weise der Durchführung der vom UNO-Sicherheitsrat 1978 verabschiedeten Resolution Nr. 435, die den Übergang Namibias zur Unabhängigkeit durch gerechte, freie Wahlen unter Kontrolle der UNO vorsieht. Der destruktiven Haltung des Westens setzt die SWAPO eine flexible Position entgegen: Sie ist bereit, das Namibiaproblem nicht nur mit militärischen, sondern auch mit friedlichen Mitteln zu lösen — durch eine Feuereinstellung und Verhandlungen mit den Besetzungsbehörden.

W. KOROTSCHEW

# „Ich träume von einem gemeinsamen Flug zum Mars“

Wir bringen ein Exklusivinterview, das Oberst Jean-Loup Chretien, Jagd- und Testflieger, Träger des Ordens der Ehrenlegion und Held der Sowjetunion, unserer Zeitschrift gab. J.-L. Chretien ist der erste Franzose, der 1982 beim gemeinsamen sowjetisch-französischen Raumflug im All war. Gegenwärtig ist er erneut als Anwärter für einen zweiten gemeinsamen Flug, der für 1988 geplant ist, benannt worden.

**„Neue Zeit“:** Es heißt, Berufsflieger hätten eine Art Krankheit: Wer auch nur einmal geflogen ist, den hat der Himmel für immer gefangengenommen. Sie haben acht Tage im Weltraum verbracht. Obt auch er diese Anziehungskraft aus?

**J.-L. Chretien:** Ich würde zwei Momente hervorheben. Der Jagdflieger z. B. sitzt allein in seinem Flugzeug, und

er hat den egoistischen Wunsch, beim Fliegen wieder allein zu sein. Während eines Raumflugs ist man ein Mitglied der Besatzung, und das gibt ein erschütterndes Gefühl der Zusammengehörigkeit — nicht nur mit den anderen Besatzungsmitgliedern, sondern auch mit denen, denen man im „Sternenstädltchen“ begegnet war. Deshalb

wünsche ich mir nichts so sehr, als noch einen gemeinsamen Flug zu unternehmen. Wenn ich mich mit denen treffe, mit denen ich damals flog — Wolodja Dshanibekow und Sascha Iwantschenkow — sowie mit der Besatzung von „Salut“, Lebedew und Beresowoi, empfinden wir das Gleiche. Zwischen uns bestehen feste Bande, wir möchten erneut etwas gemeinsam unternehmen, etwas noch Bedeutsameres, Grandioseres. Nach dem ersten Flug erklärten wir, daß wir bereit sind, gemeinsam zum Mars zu fliegen. Ich träume davon auch wirklich.

**„NZ“:** 1986 jährt sich das sowjetisch-französische Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zum 20. Male. Beide Seiten nannten es ausgewogen und vorteilhaft. Neuerdings werden hier und da Stimmen laut, die diese Zusammenarbeit kritisieren und als „Einbahnstraße“ bezeichnen. Die staatlichen Interessen und einfach der gesunde Menschenverstand gewinnen trotzdem die Oberhand. Der gemeinsame sowjetisch-französische Raumflug

**Die drei kosmischen Musketiere Dshanibekow, Iwantschenkow und Chretien [v. l. n. r.]**

Foto: TASS



zeugt bereit von der Lebenskraft unserer wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Was bedeutet dieser konkrete Aspekt der Zusammenarbeit für die Franzosen?

**J.-L. Chretien:** Ich hole vielleicht etwas weit aus, aber einer von denen, die an der Wiege dieser Zusammenarbeit französischerseits standen, war der Mann, den ich bewundere und der in meiner Lebensphilosophie einen wichtigen Platz einnimmt: General de Gaulle. Als er unser Staatschef war, traf er zuweilen Entscheidungen, die auf Ablehnung stießen. Das Leben aber zeigte, daß er recht hatte.

Man muß weit voraussehen und seinen Standpunkt behaupten können. Dann findet man überall — bei den Franzosen, Amerikanern oder Russen — Verständnis. Als vor sechs Jahren das Projekt eines gemeinsamen sowjetisch-französischen Raumflugs ausgearbeitet wurde, gab es ebenfalls Leute, die unkten und ihn zu verhindern trachteten. Man wollte uns mit der eventuellen negativen Haltung der Amerikaner angst machen. Später arbeiteten wir mit der NASA zusammen und hatten keine Probleme, weil die Amerikaner, wenn auch nicht alle, begriffen und anerkannt haben, daß die Zusammenarbeit im Weltraum nicht von Problemen in den zwischenstaatlichen Beziehungen beeinflußt werden darf.

Aber zurück zur Erde. Es liegt auf der Hand, daß es Westeuropa allein schwierige, Erfolge bei der Raumerschließung zu erzielen. Eine weltweite Kooperation tut not. In technischer Hinsicht ist die Zusammenarbeit mit der UdSSR für uns sehr günstig. Seinerzeit sprach ich als erster davon, daß alles, was wir in der Sowjetunion gelernt haben, für unsere Zukunft außerordentlich wertvoll ist. Gerade dank der internationalen Zusammenarbeit könnten wir unser Zurückbleiben in ein paar Jahren aufholen.

**"NZ":** Was dachten, was fühlten Sie, Flieger von Beruf, bei dem Blick auf den "Planeten der Menschen" aus dem Weltraum?

**J.-L. Chretien:** Ich werde wohl kaum etwas Originelles sagen. Vor dem Flug wurde mir viel davon erzählt, wie die Erde aussieht, und ich empfand keine besondere Erschütterung. Doch wenn man von oben diese Kugel sieht, die in der Tat nicht sonderlich groß ist, wenn man in nur einer Stunde das Territorium aller Staaten überfliegt, ohne die Grenzen zwischen ihnen zu unterscheiden, begreift man besser, wie absurd diese Teilungssucht ist, die bei dem eigenen Vorgarten, dem eigenen Städtchen oder Dorf beginnt. Die Vereinigung der Menschheit bricht sich Bahn, ob gewisse Leute das nun wollen oder nicht, und entgegen ihren Versuchen, diese Entwicklung zu bremsen.

**"NZ":** Im vorigen Jahr fand in Cernay, unweit von Paris, der Gründungskongreß der Assoziation von Raumfliegern statt. Erzählen Sie bitte über die Aufgaben der

Assoziation und Ihren Beitrag zu dieser Tätigkeit.

**J.-L. Chretien:** Die Assoziation ist noch sehr jung, und es wäre verfrüh, von einem detaillierten Programm zu sprechen. Vor allem beschäftigt sie sich damit, Treffen der Kosmonauten verschiedener Länder zu fördern. Auf uns liegt eine besondere Verantwortung. Unsere Begegnungen müssen dem Austausch von Ideen und Erfahrungen dienen, wir möchten eine einheitliche Philosophie der Tätigkeit des Menschen im Weltraum ausarbeiten. Das ist außerordentlich wichtig. Wir haben viele gemeinsame Ideen, während Meinungsverschiedenheiten selten sind und meist Einzelheiten betreffen. Außerdem soll die Assoziation bei der Jugend das Interesse für die Weltraumerschließung wecken.

Die Assoziation wurde eigentlich von allen mitgegründet: von Leonow, seinem amerikanischen Freund Stafford, von Kubassow und von mir. Als Präsident Reagan sich gegen solche Treffen in den USA aussprach, trug ich dazu bei, daß sie in Frankreich fortgesetzt wurden.

**"NZ":** Wie denken Sie über den vor kurzem formulierten Vorschlag der UdSSR über die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im Weltraum und die Gründung einer globalen Weltraumorganisation? Könnten die Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich, also zwei zu verschiedenen sozialpolitischen Systemen gehörenden Ländern, Ihrer Meinung nach hier nicht als Modell oder wenigstens als gutes Beispiel dienen?

**J.-L. Chretien:** Ich bin durchaus für diesen Vorschlag, da er den Interessen der Entwicklung der Menschheit entspricht.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage betrifft, so kann ich sagen: Vor meiner Reise in die UdSSR sagte man mir, jenseits des "eisernen Vorhangs" sei der Feind.

Nach unserer gemeinsamen Arbeit begriff ich, daß ich keine Feinde habe und auch keine haben will. In welchem Land ich jetzt auch ankomme, ich möchte vor allem ein Freund dieses Landes sein. Wir müssen freundschaftlich miteinander verkehren, selbst wenn wir verschiedene Überzeugungen haben.

**"NZ":** Was erwarten Sie von dem für 1988 geplanten neuen sowjetisch-französischen Raumflug?

**J.-L. Chretien:** Ich hoffe, daß alles während des Besuchs von Hrn. Gorbatschow in Frankreich in der Hauptsache beschlossen worden ist und das Projekt, wie man so sagt, auf den Beinen steht. Damals hatte ich mehrere kurze, informelle Begegnungen mit Herrn Gorbatschow. Während eines Empfangs in der sowjetischen Botschaft trat er auf mich zu und fragte: "Wollen Sie auch weiter mit uns gemeinsam fliegen?" (Diesen Satz spricht J.-L. Chretien russisch.) Dann blickte er auf Herrn Mitterrand und sagte mir: "Ihr Präsident und ich, wir haben schon alles

beschlossen." Herrn Gorbatschows Herzlichkeit und Freundlichkeit haben mich beeindruckt.

**"NZ":** Sie waren der erste Franzose im Weltraum. Nun gibt es auch einen zweiten. Gewiß werden andere Flüge stattfinden, doch wird es keinen ersten mehr geben. Was bedeutet das für Sie? Wie hat sich das auf Ihr tägliches Leben ausgewirkt?

**J.-L. Chretien:** Ich habe mir Mühe gegeben, von den Massenmedien nicht allzusehr strapaziert zu werden, auch nicht für die Werbung. Ich wollte kein "Star" sein. Zugleich möchte ich auf die Rolle und Verantwortung eines Raumfahrers bei der Zusammenarbeit in der Weltraumerschließung, für eine bessere Völkerverständigung und die Heranziehung der Jugend zu unserer Arbeit hinweisen.

**"NZ":** Bei der Flugvorbereitung haben Sie in der Sowjetunion mit kurzen Unterbrechungen insgesamt zwei Jahre verlebt. Was half Ihnen, die Trennung von der Heimat zu ertragen?

**J.-L. Chretien:** Vor allem die Empfindung, daß ich Mitglied der großen Familie "Sternenstädte" war, aber auch die Bemühungen meiner Kollegen Dshanibekow und Iwantschenkow, mir meine Trennung von der Familie, die in Frankreich geblieben war, zu erleichtern. Fast jeden Abend war ich in der Familie Dshanibekow, die im "Sternenstädte" lebte, ich schaute bei ihnen auf eine Tasse Tee oder auf einen Plausch vorbei. Das war auch meine Familie. Die Babuschka der Familie Dshanibekow war auch meine Oma. Wenn ich mich lange Zeit mit den Familien Iwantschenkow und Dshanibekow nicht treffe, sehe ich mich nach ihnen. Eine solche einfache und unaufdringliche Freundschaft war von hohem Wert. In Moskau fehlte mir Frankreich, jetzt fehlt mir das "Sternenstädte".

**"NZ":** Haben Sie ein Lieblingsgericht der russischen Küche?

**J.-L. Chretien:** Sogar mehrere. Beispielsweise Plinsen mit Kaviar oder Konfitüre und dann den Borstsch. Ich verbrachte meine Jugend in einem bretonischen Dorf unweit der Stadt Morlaix (wo die Mitglieder meiner Besatzung nach dem Flug einem Dorffest bewohnten). Ich weiß noch, wie wir dort während des Kriegs und danach Kohluppe mit Fleisch, eine Art bretonischen Borstsch, aßen. Ich mag alle herkömmlichen russischen Gerichte. Sie alle erinnern mich an meine Bretagne.

**"NZ":** Und die letzte, traditionelle Frage. Möchten Sie Ihren sowjetischen Freunden etwas übermitteln?

**J.-L. Chretien:** Meine Frau ist Amerikanerin. Im Zuge der Vorbereitung auf unsere Reise in die UdSSR lernte sie intensiv russisch. Sie sagt: Wenn wir beide, ein Franzose und eine Amerikanerin, ein Kind bekommen, mag es doch in der UdSSR, auf russischem Boden, das Licht der Welt erblicken.

**Das Gespräch führte A. KUDRJAWZEW**  
Paris

## POLEMIK

### „EINEN DRITTEN WEG SUCHEN...“

Sehr geehrter Herr Redakteur, jetzt schon ist mir völlig klar geworden, daß eine gegenseitig annehmbare Lösung für die Kräfte, die die Interessen der Volksmassen vertreten, und die Kräfte, die die Interessen der traditionell herrschenden Ausbeuterklassen repräsentieren, völlig ausgeschlossen ist. Der Krieg zwischen diesen beiden Blöcken wird unausweichlich mit der eigenen Vernichtung enden. Doch in gleichem Maß sind die Hoffnungen auf Volksrevolutionen inakzeptabel, da sie angesichts der enormen Anhäufung modernster Waffen zu entsetzlichen menschlichen Opfern und Verstörungen führen würden.

Wir müssen uns der Tatsache bewußt werden, daß den Fortschrittskräften eine erbarmungslose, zu keinerlei Kompromissen bereite Weltbourgeoisie gegenübersteht, die meint, daß es "Schlimmestes als den Krieg gibt". Gemeint ist damit, daß wenn ihr die Möglichkeit zu parasitärer Existenz, die geradezu königlichen Privilegien und die Stellung genommen werden, die ihr erlaubt, das Schicksal der Menschen, ja ganzer Völker zu dirigieren, wenn sie zudem gezwungen sein wird, ebenso wie alle anderen zu arbeiten, um zu leben, dies für sie schlimmer als ein Krieg sein würde. Die unbesiegbare Profitgier ist stärker als der Geschlechtstrieb. Wir haben es mit einer Klassenposition zu tun, die man mit dem Spruch "Nach uns die Sintflut" charakterisieren könnte.

Wie groß diese Klassenhindernisse auch sein mögen, sie können den objektiven Prozeß der menschlichen Entwicklung nicht stoppen. Wenn wir eingestehen, daß aus bestimmten Gründen eine nationale oder eine Klassenkonfrontation zu vermeiden ist, müssen wir nach einem dritten Weg suchen. Obwohl der gesunde Menschenverstand Terroranschläge als Produkt kleinlicher Rache verurteilen läßt, wenn zufällige Personen ermordet werden, ohne daß dadurch irgendwelche Probleme gelöst werden, so haben sie doch nichtsdestoweniger eine gewisse Logik. Das Hauptprinzip des Terrorismus (zuschlagen und dann untertauchen) kann, wenn es stark äußerlich verändert und vervollkommen wird, zum wichtigsten strategischen Element im revolutionären Prozeß werden. Und mögen die Profis seine Möglichkeiten einschätzen und weiterentwickeln. Demonstrierten ja die USA eine überzogene Reaktion

auf den Terrorismus — möglicherweise wegen des unfaßbaren Charakters von Operationen. Wenn Ihr für ein neues politisches Denken im Nuklearzeitalter eintretet, sprecht Ihr Euch in Euren Erklärungen für die Anwendung der klassischen Methoden der ge-

ellschaftlichen Umgestaltung aus. Das aber ruft eine gewisse Enttäuschung hervor, da niemand zur "Zielscheibe" für bewaffnete Banditen werden will.

Aufrichtig Ihr  
Joseph SPARACINO  
Gibsons, Kanada

### WARUM IN DIE SACKGASSE LOCKEN?

Geehrter Herr Sparacino, irgendwie verständlich wäre mir schon Ihr Aufruf, individuellen Terror zum Hauptmittel des revolutionären Prozesses zu machen, wenn wir z. B. in der Mitte des 19. Jh. lebten. Damals erkundeten die unterdrückten Klassen erst Wege zu ihrer Befreiung. Diese Suche war quälend, da die Unterdrückung unerträglich war, die Wege, um sie abzuschütteln, aber noch nicht gefunden waren. "Ungezügelt" — so nannte der bekannte sowjetische Schriftsteller Juri Trifonow seinen Roman, der den Helden der russischen revolutionären Organisation "Narodnaja Wolja" ("Volkswille") gewidmet war, die mit Mitteln

des individuellen Terrors das Joch des Zarismus abwerfen wollte. Ja, heiliger Zorn ließ die Anhänger dieser Organisation handeln und sich aufopfern, wenn das auch, wie sich herausstellte, nicht zu der gewünschten Wirkung führte. Nicht von ungefähr schrieb die russische Revolutionärin Wera Sarschanskaja, die ihren Weg mit einem Schuß auf den Stadthauptmann Treppow begann, später in Lenins "Iskra": "...Und wir sind gerade deshalb gegen den Terrorismus, weil er nicht revolutionär ist."

Doch das, was im 19. Jh. eine Verirrung war, wurde im 20. Jh. ein verhängnisvoller Fehler. Die Erfah-

### FORTSETZUNG DES TH

"Non placet" — "ich bin dagegen". Unter diesem Spruch der alten Römer könnte man die Briefe stellen, die in der Redaktion auf die Veröffentlichung des Schreibens von Wolfgang Schmieder aus der BRD (Heft 28/86) eintrafen. Wir erinnern: Er meint, daß der Frieden, der 40 Nachkriegsjahre in Europa besteht, nur "dank der Abschreckungstaktik der NATO" erhalten wird.

### AUF WAHRHEITSSUCHE

Zu behaupten, eine Welt ohne Waffen sei eine Utopie, wie das W. Schmieder tut, ist meiner Meinung nach unseriös. Noch absurd ist es, davon zu sprechen, der Friedenskampf sei kommunistische Propaganda. Alle brauchen den Frieden: sowohl wir Kommunisten als auch jene, die sich zu anderen politischen Überzeugungen bekennen. Doch wir wollen den Frieden auf verschiedene Weise erhalten. Wir in den Ländern des Sozialismus wollen auf alle Waffen verzichten, sie aber verstärken ihre "Abwehrsysteme" und Raketen in der Hoffnung auf deren Overkill-

Kapazität. Diese Motive kennen wir sehr wohl. Bekanntlich tönte Hitler am Vorabend des zweiten Weltkrieges, die Hochrüstung Deutschlands sei die Gewähr seiner Sicherheit. Wir kämpfen für den Frieden. Deshalb schlagen wir Maßnahmen vor, die nicht nur unser, sondern auch Euer Leben schützen können. Doch statt entschiedener Friedensschritte eurerseits wird uns kommunistische Propaganda vorgeworfen, der Wunsch, unseren Willen und unsere Überzeugungen anderen aufzuzwingen.

Michail MANDRAKOW  
Nordossetische ASSR

### WER DIE SCHULD HAT

Sagt Ihnen Reagans Vorschlag eines "kosmischen Schildes" zu? Doch wo ist die Gewähr, daß, wenn ein solcher "Schild" geschaffen sein wird, seine Besitzer nicht den Wunsch verspüren werden — Ihrer Logik zufolge, von ihm geschützt und folglich auf Straflosigkeit hoffend —

"NEUE ZEIT"

nd eindeut-  
e einzel-  
en Prozeß  
er bewußte  
von einer  
te dieses

en bei der  
enlosigkeit  
, die sich  
einlassen  
e ist be-  
um ihre

gkeit der  
verschie-  
Formen.  
ner Terror,  
zu müssen  
heute nicht  
Vertreter  
vir uns an  
en Mord-  
(stro) ge-  
gen jene  
aggers, die  
en Ideen  
ammenar-  
s Friedens  
oro, Olof  
hi). Und  
wendung  
gegen die  
en Krei-  
von den

Massen zu isolieren, als "Mörder" usw. hinzustellen.

Eine neue Art des Terrorismus, der Staatsterrorismus, ist aufgetaucht. Zu ihm greifen die reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie, die die Politik vieler imperialistischer Staaten bestimmen. Der von den USA, Israel und der RSA praktizierte Staatsterrorismus verfolgt das Ziel, den Fortschritt der Geschichte aufzuhalten. Eine weitere, doch gefährliche Illusion!

Die Geschichte läßt sich nicht durch Terror stoppen. Doch sie kann durch derartige Mittel auch nicht vorangebracht werden.

Nein, ich kann Ihre Vorschläge für einen "dritten Weg" keineswegs annehmen. Denken Sie etwa, man könnte die gesellschaftliche Entwicklung durch irgendwelche "Profis", die "zuschlagen" und dann "untertauchen", voranbringen? Der Terror ist kein "dritter Weg", sondern der Weg in die Sackgasse.

Sie haben recht, daß sich in der Welt zwei gesellschaftliche Blöcke gegenüberstehen. Mit Ihren Worten, die "Kräfte, die die Interessen der Volksmassen vertreten", und die "Kräfte, die die Interessen der traditionell herrschenden Ausbeuterklassen repräsentieren". Wie würde eine solche Konfrontation ausgehen?

Knüppel  
om Ge-  
alers ist  
möglich;  
chmieder,  
lear- und  
er ist unser  
zu klein.  
Gedanken

OKAREW  
w, RSFSR  
gungsini-  
wenige  
eben wir

efrüstens  
würde  
sätzliche  
es auch  
ter" an-  
ng von  
n würde  
ren für

UE ZEIT"

Rüstungsbegrenzungs- und Ab-  
rüstungsmaßnahmen unrealistisch  
werden lassen. Sie würde auch die  
Vorwarnzeiten drastisch reduzieren  
und militärisch-politische Entschei-  
dungen über den Fortbestand der  
Menschheit von möglicherweise feh-  
lerhaften Signalen der elektronischen  
Aufklärung abhängig machen.

Das Wettrüsten und seine Erweite-  
rung in den Kosmos untergräbt die  
Stabilität der strategischen Situation,  
die derzeit den Krieg verhindert.  
Stabilität wird aber von der Reagan-  
Administration gar nicht gewollt.

"Stabilität führt zu Stagnation und  
Stagnation führt zum Rückzug. Um  
unsere Freiheit zu bewahren, müssen  
wir vorwärtsgehen", erklärte Pentag-  
on-Staatssekretär Ikle kürzlich in  
München. Armand Hammer be-  
zeichnete einmal die Entspannungs-  
und Rüstungsbegrenzungspolitik der  
70er Jahre als einen großen Sieg aller  
Kräfte der Vernunft, des guten  
Willens und des Realismus. Die  
Realisierung der SDI-Pläne wäre ein  
furchtbarer Sieg der Unvernunft...  
Dies gilt es zu verhindern.

Bernhard PRIESMEIER,  
Rinteln (BRD)

Sie konstatieren zu Recht, daß ein Nuklearkrieg zwischen ihnen mit der eigenen Vernichtung enden würde. Einverstanden. Doch warum muß ihre Konfrontation unbedingt zu einem Krieg eskalieren? Eben darin besteht das neue politische Denken, das wir der Menschheit vorschlagen: zu begreifen, daß ein Nuklearkrieg mit einer Katastrophe für beide "gesellschaftlichen Blöcke", ja auch für all jene, die diesen Blöcken nicht angehören, enden würde. Wir schlagen vor, die militärischen Mittel aus dem Arsenal der Politik herauszunehmen.

Ich will meinen Gedanken fortführen. Gesellschaftliche Umgestaltungen werden nicht durch zahlreiche Überlegenheit erzielt, sie

werden auch nicht durch militärisches Übergewicht erreicht. Die Zeit des Speers und der Muskete ist vorbei. Dem ist so. Doch auch die Atombombe ist kein Mittel der revolutionären Entwicklung. Im Gegenteil!

Und wir, die wir im Nuklearzeitalter leben? Wir schlagen den Weg des friedlichen Wettbewerbs der beiden Systeme vor. Man kann darüber streiten, ob irgendeine "beiderseitig annehmbare Lösung" erreichbar ist? Doch zumindest muß die beiderseitig unannehbare Lösung, d. h. eine Nuklearkriegskatastrophe, ausgeschlossen werden.

Lew BESYMENSKI  
politischer NZ-Kommentator

## UNSERE LESEN ALS REPORTER



Bernhard Priesmeier steht nicht allein. Proteste gegen die "Sternenkriegs"-Pläne und Aufrufe zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker — unter diesen Lösungen stehen die großen Friedensdemonstrationen in der BRD. Das Foto, das unser Leser Klaus Rose schickte, zeigt eine junge Teilnehmerin des Ostermarsches 1986.

# Idee und Verwirklichung

Boris BOLOTIN

Beschleunigung bedeutet nicht einfach höheres wirtschaftliches Wachstumstempo. Vielmehr handelt es sich dabei um ein neues Herangehen an die Leitung der Volkswirtschaft und um eine sozial-ökonomische Umstellung, die die Lebensweise, die Produktion, die Einstellung der Menschen zur Arbeit und die Einstellung zum arbeitenden Menschen verändert.

## Soziale Prioritäten

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk erklärte die KPdSU: Keines unserer sozialen Probleme darf ungelöst ins 21. Jahrhundert hinübergeschleppt werden. Auf dem XXVII. Parteitag wurde hervorgehoben, daß das gesamte Leben der Gesellschaft auf dem Hauptprinzip des Sozialismus — jedem nach seiner Leistung — beruhen muß.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, die ungenügende materielle Sicherstellung eines Teils der sowjetischen Bevölkerung ein für allemal zu beseitigen. Durch Vervollkommenung der Löhne und Gehälter allein ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Hier gilt es, zusätzliche soziale Hebel anzusetzen, nämlich die Renten und Kinderbeihilfen zu erhöhen.

Zusammen werden die höhere Entlohnung der besseren Arbeit und die Erweiterung der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds für die Beseitigung der ungenügenden materiellen Versorgung helfen, das Gefälle in den Einkünften der Sowjetbürger auf ein Minimum zu reduzieren und unsere Gesellschaft sozial homogen zu gestalten.

Im Unterschied zur unfernen Vergangenheit müssen der Erhöhung der Geldeinkünfte der Sowjetbürger die Vergrößerung der Masse gediegener moderner Waren und die Erweiterung des Dienstleistungswesens vorausgehen. Beides ermöglicht es, die Freizeit besser, vernünftiger zu nutzen. Hierin liegt der Sinn eines vor kurzem angenommenen einschlägigen Programms.

Eine weitere wichtige soziale Aufgabe lautet: die Gesundheit des Volkes zu verbessern und so zu beweisen, daß gerade der Sozialismus jenen Gesundheitsschäden und Krankheiten vor-

beugen kann, die nicht selten als angeblich unvermeidlicher Lohn für die industrielle Zivilisation und die moderne Urbanisierung angesehen werden. Deshalb wird das Ziel gesetzt, nicht nur die Medizin als Wissenschaft und den Gesundheitsschutz als Bestandteil der sozialen Infrastruktur auf jede Weise auszubauen und ihre materielle Basis zu festigen und allseitig zu verbessern, sondern auch die Arbeitsverhältnisse und die Lebensweise in jeder Hinsicht gesunder zu machen. Die Rede ist von komplexen Maßnahmen zum Schutz des Lebensmilieus, davon, die Ernährung vollwertig und vielfältig zu gestalten, die Freizeit auszudehnen sowie der Mehrheit der Bevölkerung die Möglichkeit der sportlichen Betätigung zu bieten.

Es wird ferner die Aufgabe gestellt, das ganze System der Volksbildung und -aufklärung umzubauen und zu verbessern. Dies nicht nur um des rein praktischen Ziels willen, die heutige Jugend auf die neuen Arbeitsverhältnisse in 15 Jahren vorzubereiten. Es geht vielmehr darum, zu erreichen, daß das Lernen und die Selbstvervollkommenung zu einem Bedürfnis des Menschen auf seinem ganzen Lebensweg werden, daß sie für ihn in der Wertskala zuerst ebenso hoch stehen wie der materielle Wohlstand, dann aber in den Vordergrund rücken.

Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit stellen sich die sowjetischen Kommunisten auch die Aufgabe, das Wohnungsproblem in vollem Umfang zu lösen.

Zu den hier genannten sozialen Aufgaben der Beschleunigungsstrategie gehören selbstverständlich auch die Pläne, manuelle Arbeit zu mechanisieren. Das wird einen rein ökonomischen Effekt bringen, aber darüber hinaus die Qualifikation und die Löhne von mehr als 20 Millionen Menschen erhöhen. Wichtig in sozialer Hinsicht ist ferner die geplante Erweiterung des Straßenbaus. Dadurch werden Transportverluste bei Agrarerzeugnissen sinken und außerdem die fast 100 Millionen Menschen, die auf dem Land leben, den Kulturwerten der Städte nähergebracht.

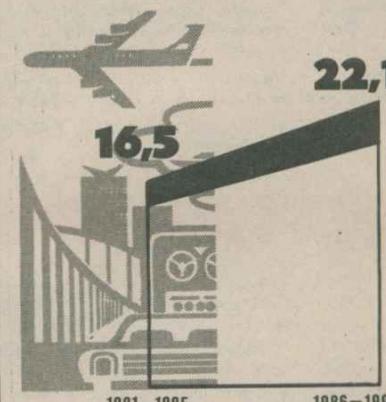
Das sind die sozialen Hauptaspekte der Beschleunigung, die, wie es im Politischen Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag treffend heißt, darauf abzielt, daß "unser Leben besser, lauter und gerechter wird".

## Reicht das Tempo?

Dem Format der gestellten sozialen Aufgaben entspricht auch der Umfang der für ihre Erfüllung bereitgestellten materiellen Ressourcen. Bis zum Jahr 2000 sollen für die Sozialprogramme doppelt so viele Mittel verausgabt werden wie 1971–1985. Gerade daher röhrt der Kurs auf die Verdoppelung des Nationaleinkommens der UdSSR bis Ende des Jahrhunderts.

Damit sich das Nationaleinkommen innerhalb von 15 Jahren verdoppelt, muß die wirtschaftliche Jahreszuwachsrate

**NATIONALEINKOMMEN**  
**Zuwachs in 5 Jahren**  
(in Prozent)



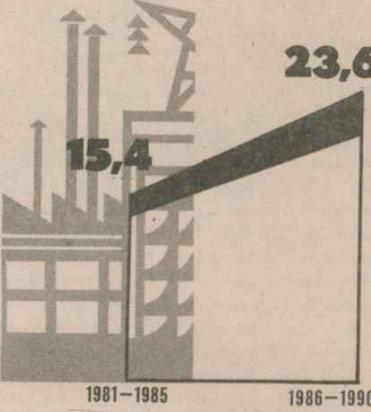
mindestens 4,7% betragen. Die Raten werden sukzessive erhöht werden. Laut dem vom Obersten Sowjet der UdSSR im Juni angenommenen Plan werden die Zuwachsrate im 12. Planjahr fünf, auf das Jahr umgerechnet, 4,1% betragen. Das bedeutet, daß das Nationaleinkommen in den darauffolgenden 10 Jahren (1991–2000) im Durchschnitt um 5% jährlich steigen muß, etwa um 4,7% im 13. und um 5,3% im 14. Planjahr fünf.

Ist das real? Einige Wirtschaftsfachleute sehen hier überhaupt keine Probleme. In den früheren 15-Jahres-Perioden stieg das Nationaleinkommen der UdSSR ja nicht auf das Doppelte, sondern auf weit mehr: 1951–1965 z. B. auf das 3,5fache (Jahreszuwachsrate von 8,7%) und 1966–1980 auf das 2,3fache (Jahreszuwachsrate von 5,7%). Gegenüber diesem Tempo wirkt die gegenwärtige Aufgabe sogar bescheiden — aber nur

auf den ersten Blick. Unser bisheriges hohes wirtschaftliches Wachstumstempo ergab sich aus Bedingungen der erweiterten Reproduktion, die jetzt leider nicht mehr vorhanden sind. Vor allem bestand früher die Möglichkeit, immer mehr Beschäftigte und immer neue Quellen billiger Rohstoffe in die Produktion einzubeziehen. Um diesen qualitativen Unterschied zu sehen, vergleichen wir die für das 12. Planjahrhundert vorgenommenen Zuwachsraten mit denen, die die Statistik im vorigen Planjahrhundert

#### KAPITALINVESTITIONEN

Zuwachs in 5 Jahren  
(in Prozent)



nischen und chemischen Technologien durch biologische, neue Werkstoffe, die den natürlichen bei weitem überlegen sind, die Meisterung der Fusionenergie — all das schafft Voraussetzungen für ein beispielloses Anwachsen der Arbeitsproduktivität. In der kapitalistischen Welt berauschen sich Millionen Menschen am wissenschaftlich-technischen Fortschritt, fürchten ihn aber zugleich, weil sie für sich keinen Platz neben der modernen Technik sehen. Der Sozialismus ist berufen, diese Ängste zu vertreiben und alle Errungenschaften der modernen Wissenschaft dem Menschen dienstbar zu machen. Wir beabsichtigen nicht, dem Wettbewerb mit dem Kapitalismus in dieser heute entscheidenden Sphäre der Entwicklung der Produktivkräfte auszuweichen, ja wir können das gar nicht.

#### Wirtschaftliche Rechnungsführung

Nur oberflächliche Menschen können annehmen, daß der Kurs der sowjetischen Kommunisten auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt dem blinden Glauben an die Allmacht der Technik, an die Möglichkeit rein technischer Lösung der herangereiften sozialen und wirtschaftlichen Probleme entspringt — als ließen sich radikale Veränderungen in den Produktionsverhältnissen vermeiden! Die Partei ist sich darüber im klaren, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ohne solche Veränderungen nicht beschleunigt werden kann und daß es schwerfiele, die unmittelbaren Produzenten daran zu interessieren.

Von der Notwendigkeit, die Betriebe zur Produktion und Anwendung neuer Technik zu bewegen, wurde auch früher gesprochen. Wie es beispielsweise im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag hieß, "müssen Bedingungen geschaffen werden, die die Betriebe zwingen, neueste Erzeugnismuster herauszubringen, wissenschaftlich-technischen Neuheiten buchstäblich nachzujagen, statt vor ihnen zurückzuschrecken wie — bildhaft gesprochen — der Teufel vor dem Weihwasser". Doch in der Praxis lief alles darauf hinaus, daß in den Plan neue Kennziffern aufgenommen wurden, die den Zweck hatten, die Produktionsauflagen (ihre Erfüllung wurde sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf administrativem Wege gesichert) direkt mit den Maßnahmen zur Einführung neuer Technik zu verknüpfen. Das wäre vielleicht fruchtbar gewesen, wenn alle Betriebe hart an ihrer Leistungsgrenze gearbeitet hätten: In diesem Fall hätten sie, um vom Erreichten aus aufwärts zu produzieren, rasch neue, moderne Technik "beschaffen" und sie ebenso rasch meistern müssen. Doch im realen Leben haben viele Betriebe so große "stille" Leistungsreserven, daß sie den Plan auch bei rein formeller Durchfüh-

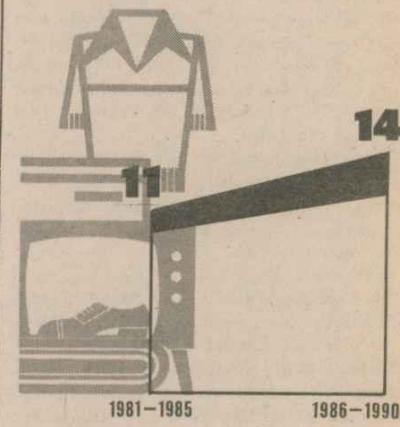
rung der sogenannten technischen Maßnahmen bewältigen.

Wenn die KPdSU heute von wirksamen Stimuli zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt spricht, baut sie nicht auf die Kraft der administrativen

#### PRO-KOPF-REALEINKÜNFTE

Zuwachs in 5 Jahren

(in Prozent)



Verantwortlichkeit für die Planerfüllung, sondern auf das konsequente Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Der materielle Hauptstimulus für die Arbeitskollektive müssen erstmalig jene Mittel werden, die die Betriebe wirklich selbst erwirtschaftet haben, d. h. jener Gewinnteil, der ihnen nach genau festgesetzten Abführungen an den Staatshaushalt verbleibt. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Partei begrenzt allmählich die Reservenverteilung nach den Fonds, entwickelt den Großhandel mit den Produktionsmitteln, fördert die direkten zwischenbetrieblichen Beziehungen und orientiert die Betriebe auf die Marktnachfrage, auf den Endverbraucher, wodurch in der Volkswirtschaft eine qualitativ neue Situation entsteht.

Zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist auch eine organisatorische Umstellung nötig. Die Forschungs-Produktions-Vereinigungen müssen im Grunde zu Forschungs- und Entwicklungsstätten werden, deren Hauptaufgabe der Durchbruch zu grundsätzlich neuen technischen Lösungen sein wird. Solche Vereinigungen werden die Funktionen von beratenden Ingenieurzentren erhalten, die die Verantwortung für die Meisterung neuer Technik durch den Auftraggeber tragen. Die Erfahrungen des von Akademiemitglied Boris Paton geleiteten wissenschaftlich-technischen Komplexes in Kiew zeigen, wie kurz der Weg von der Grundlagenforschung bis zu einer ingenieurtechnischen Konzeption und deren gegenständlicher Verwirklichung sein kann.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt kann des weiteren ohne eine

fixierte (Jahresdurchschnitt von 3,1%). Der Vergleich zeigt: Die für 1986—1990 geplanten Zuwachsraten sind um rd. 33% und die für 1991—2000 um 60% höher als in der ersten Hälfte der 80er Jahre.

Ohne die für die nächsten 15 Jahre geplante Umstrukturierung der Wirtschaft hätten wir, wie Berechnungen ergeben, im 12. Planjahrhundert eine Jahreszuwachsrate des Nationaleinkommens von höchstens 2,5%, im 13. Planjahrhundert von 2,0% und im 14. von 1,5%. Folglich werden die für das laufende Planjahrhundert vorgesehenen Zuwachsraten im Vergleich zu den "Trägheitsbedingten" mindestens anderthalbmal, im 13. Planjahrhundert 2,3mal und im 14. Planjahrhundert 3,5mal so hoch sein. Das ist das wahre Maß der wirtschaftlichen Beschleunigung, und es zeigt, wie kompliziert die gestellten Aufgaben sind, welche Anstrengungen ihre Lösung erfordert und welche tiefliegende Reserven dabei erschlossen werden müssen.

Bei der Bestimmung der Beschleunigungsreserven nennt die KPdSU den wissenschaftlich-technischen Fortschritt an erster Stelle. Das ist begreiflich. Die ganze Geschichte der Menschheit bezeugt, daß der Fortschritt der Zivilisation auf der Vervollkommenung von Produktionsmitteln und -methoden beruht.

Die Einführung der Elektronik in die Produktion, die Ergänzung der mecha-

grundlegende Verbesserung im Investitionsbau nicht beschleunigt werden. Was nützt es, daß ein Betrieb an neuer Technik interessiert ist, wenn er keine Finanzen für Investitionen hat und keine Firma findet, die diese Technik zu montieren imstande ist? Die sowjetische Wirtschaft verfügt über einen modernen weitverzweigten Komplex, der Baustoffe und -konstruktionen herstellt und alle Bau- und Montagearbeiten ausführt. Nach meinen Berechnungen hat unser Baukomplex keine geringere Kapazität als der amerikanische. Doch wir bauen viel langsamer, als es in den USA geschieht, dies vor allem deshalb, weil wir zu viele Objekte auf einmal in Angriff nehmen und Baufachleute, Werkstoffe und Technik verzeihen.

Die Hauptursache für die zu breite Investitionsfreuung ist, daß die staatlichen Haushaltszuweisungen für den Investbau "unentgeltlich" sind. Erst vor kurzem galt die Fähigkeit eines Betriebspraktikers, solche Bewilligungen "herauszuschlagen", als Sache seines Prestiges. Jetzt wird mit solchen Praktiken Schluß gemacht. Die Zahl von Objekten, die gleichzeitig gebaut werden, wird drastisch verringert (einige von ihnen müßten zeitweilig stillgelegt, andere gänzlich aufgegeben werden). Auch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln erfolgt jetzt anders.

Künftig sollen aus dem Staatshaushalt nur neue Betriebe in neuen (bzw. ungenügend entwickelten) Zweigen finanziert werden. Die bestehenden Betriebe werden Investitionen nicht "herauszuschlagen", sondern durch den Absatz guter Erzeugnisse erwirtschaften, erforderlichenfalls unter Inanspruchnahme von Bankkrediten. Diese werden recht hoch verzinst und nur dann gewährt werden, wenn der Betrieb das Anlaufen der kreditierten Objekte und die termingerechte Kreditrückzahlung garantiert. Anders gesagt wird das Hinauszögern der Inbetriebnahme strafbar sein, denn nicht termingerecht gezahlte Kreditzinsen werden vorbehaltlos von jenem Gewinnteil abgezogen werden, der dem Betrieb verbleibt und für die Stimulierung seiner Beschäftigten bestimmt ist.

Eine solche Eigenfinanzierung wurde bereits in der Maschinenbauvereinigung "Frunse" in der Stadt Sumy sowie in der Wolga-Automobilbauvereinigung erprobt. In den nächsten Monaten sollen weitere 200 Großbetriebe verschiedener Zweige zu diesem Finanzierungsverfahren übergehen.

Die große Interessiertheit an der Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik in Verbindung mit rascher Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und mit kurzen Bauterminen bilden eine zuverlässige Grundlage für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Wie wir sehen, geht es nicht um organisatorische Teilmäßigkeiten, sondern um eine radikale Umstrukturierung des Wirtschaftsmechanismus.

23. August—Nationalfeiertag der Sozialistischen Republik Rumänien

## Komponente des Wachstums

In der Strategie der sozialen und ökonomischen Entwicklung der RGW-Länder bildet die Intensivierung der Zusammenarbeit auf bilateraler und kollektiver Grundlage einen wichtigen Bestandteil. Durch gemeinsame Anstrengungen können die Vorteile des Sozialismus umfassender genutzt und die Aufgaben beim sozialistischen Aufbau in jedem der Bruderländer schneller und besser gelöst werden. Von erstrangiger Bedeutung ist dabei die Verwirklichung der Grundsätze des Programms des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, das Ende 1985 verabschiedet wurde. Beim jüngsten Treffen vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dem Generalsekretär der RKP, Präsident Ceausescu, wurde in Moskau die Arbeit zur Festlegung der Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den RGW-Ländern bis zum Jahre 2000 abgeschlossen. Das von sowjetischen und rumänischen führenden Repräsentanten unterzeichnete Langfristige Programm für die Entwicklung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zwischen der UdSSR und SRR für den Zeitraum bis zum Jahre 2000 ist ein sehr bedeutsames Dokument.

Vor allem wurde die vertragsrechtliche Grundlage der weiteren Annäherung beider Länder ausgebaut, was durch die Gemeinsamkeit ihrer sozialen und politischen Ordnung und der Ideologie objektiv bedingt wurde. Zugleich enthält das Dokument Grundsätze, die allgemeine Bedeutung für die ganze sozialistische Gemeinschaft haben. Sie markieren ihre wichtigsten Entwicklungstendenzen in der heutigen Etappe und die allgemeinen Richtungen der Wirtschaftsstrategie der Bruderländer.

Das von der Sowjetunion und Rumänien unterzeichnete Langfristige Programm umfaßt praktisch alle wichtigen Bereiche der materiellen Produktion. Ihre Realisierung wird die Verbindungen zwischen den Volkswirtschaften der beiden Länder auf ein höheres Niveau heben und zur Lösung großer Aufgaben nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der sozialen Entwicklung unserer Länder beitragen. Sowjetischerseits

wurde die Verwirklichung des Programms für einen Zeitraum berechnet, in dem die UdSSR ihr Wirtschaftspotential verdoppeln muß.

Auch die Werktätigen Rumäniens nehmen große soziale und ökonomische Aufgaben in Angriff. Im laufenden Planjahr fünf muß die Republik — so wurde in den Dokumenten von Partei und Staat festgelegt — ein Land mit einem mittleren Entwicklungsniveau werden, damit es im Jahre 2000 zu den am meisten entwickelten Industriestaaten der Welt gehört. Dieses Ziel steuert Rumänien nicht im Alleingang an, es kann sich auf die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern stützen. Das jüngste Programm ist für Rumänien auch deswegen wichtig, weil die UdSSR sein Hauptpartner in Wirtschaft und Handel ist.

Der Anteil der Sowjetunion am Außenhandelsumsatz der SRR ist in den letzten Jahren merklich gestiegen und beläuft sich gegenwärtig auf mehr als 25%. Durch UdSSR-Importe deckt Rumänien zum großen Teil seinen Bedarf an Brenn-, Rohstoff und Energie. Es ist besonders an den Lieferungen von sowjetischem Erdöl interessiert, weil aus eigener Förderung (ca. 11 Mio t im Jahr) lediglich ein Drittel der vorhandenen Erdölverarbeitenden Kapazitäten abgedeckt werden können, während für den Erwerb von Erdöl auf dem kapitalistischen Markt enorme Valutamittel erforderlich wären. Die sowjetischen Öllieferungen für Rumänien (genauso wie für die anderen sozialistischen Länder) werden dagegen im Rahmen des allgemeinen Warenaustausches vorgenommen, im Austausch gegen rumänische Waren, die die Volkswirtschaft der Sowjetunion benötigt. Bedeutende Erhöhung der sowjetischen Erdöllieferungen in den letzten Jahren sowie Lieferungen von festen Brennstoffen (20%-Erhöhung im letzten Planjahr fünf), von Erdgas und der Elektroenergie konnten das Energieproblem Rumäniens wesentlich mindern. Keine geringe Bedeutung für die rumänische Industrie hat die Einfuhr von Eisenerz, Roheisen, Koks, Ferrolegierungen und Baumwolle aus der UdSSR.

Natürlich werden aus der Sowjetunion nicht nur Rohstoffe nach Rumänien

geliefert. Für die Wirtschaft sind Import sowjetischer Ausrüstungen — Maschinenbau-, Energie-, Bergbau-, Schiffbauausrüstungen sowie Anlagen für die chemische, die Nahrungsmittel- und Textilindustrie und nicht zuletzt auch Flugzeugtechnik sowie Import von Massenbedarfsgütern von nicht geringer Bedeutung.

tion, von gegenseitigen Lieferungen entsprechender Erzeugnisse abhängt.

Die extensiven Formen der Zusammenarbeit bei der Steigerung des Warenumsatzes auf der Grundlage sowjetischer Lieferungen von Energieträgern und Rohstoffen im Austausch gegen Industrieerzeugnisse und Konsumgüter sind praktisch erschöpft. Der Hauptweg

sie sind bei der Erzeugung von Elektroenergie, Koks sowie in der Hütten-, Maschinenbau- und Chemieindustrie des Landes führend.

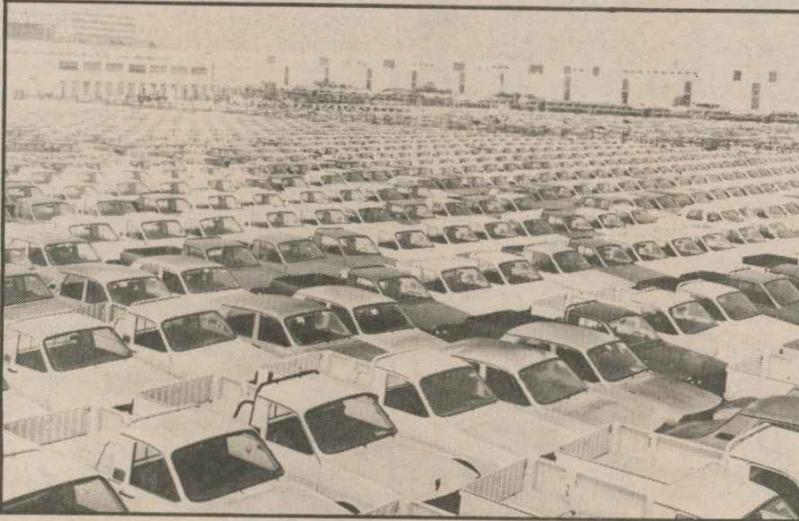
Die SRR, die sich ihrerseits auf der Kooperationsgrundlage an der Erweiterung der sowjetischen Kapazitäten für die Erzeugung von eisenhaltigen Rohstoffen, Ferrolegierungen, Asbest, Zellstoff sowie am Bau der Gaspipeline "Soyus" beteiligt hat, erhält nun die entsprechenden Produkte aus der UdSSR. In diesem Jahr wird der Bau des Atomkraftwerkes "Juschno-Ukrainskaja" und einer Hochspannungsüberlandleitung LEP-750, die von diesem AKW nach Rumänien und Bulgarien führt, abgeschlossen. Ab 1988 wird Rumänien 5 Md. Kilowattstunden jährlich geliefert bekommen. Rumänische Beteiligung an der Erschließung des Erdgasvorkommens in Sowjetobad (Turkmenische SSR) wird in erhöhtem Umfang durch die Lieferungen des sowjetischen Erdgases in die SRR bezahlt. Kurz vor dem Abschluß stehen die Verhandlungen über die Teilnahme Rumäniens an der Erschließung des Erdgasvorkommens in Jamburg und am Bau der Pipeline Jamburg-Westgenze der UdSSR sowie an der Errichtung des Aufbereitungskomplexes in Kriwoi Rog.

Die Sowjetunion und die SRR messen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als dem entscheidenden Faktor bei der Intensivierung der Wirtschaft erstrangige Bedeutung bei. Es geht dabei um die Zusammenarbeit in wichtigsten Richtungen, die im Langfristigen Komplexprogramm für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der RGW-Länder festgelegt sind. Wir rechnen damit, daß im laufenden Jahr fünf durch gemeinsame Anstrengungen etwa 50 Typen neuer Maschinen, Ausrüstungen und Apparate sowie 52 neue und modernisierte Technologien entwickelt werden.

Soweit die Übersicht über die wichtigsten Seiten der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Die Wirtschaft ist allerdings nicht das einzige Gebiet der Annäherung unserer Länder und Völker. Genauso wichtig ist es, dieses Ziel auch auf dem politischen Gebiet und in anderen Bereichen anzustreben. In jüngster Zeit wurden neue Schritte auch dabei unternommen.

Die Festigung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, SRR und den anderen sozialistischen Ländern auf dem Weltmarkt, ihre Geschlossenheit und Einheit gewinnen in der gegenwärtigen internationalen Situation immer mehr an Bedeutung. Die Sowjetunion und Rumänien bekunden ihre Entschlossenheit, auch weiterhin gemeinsam mit den anderen verbündeten sozialistischen Staaten die abgestimmte Politik des Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit aktiv und zielstrebig zu verfolgen.

W. ANDREJEW



Mehr als eine Million "Dacia"-Wagen haben bisher das Werk in Pitesti verlassen. In der SRR, aber auch im Ausland, sind sie sehr gefragt

Foto: Agerpres-TASS

Gleichzeitig geht ein bedeutender Teil der Industrieproduktion Rumäniens in die Sowjetunion: Maschinen und Ausrüstungen für Erdöl- und Erdgas-, für Leicht- und Nahrungsmittelindustrie, Eisenbahnwaggons, See- und Flusschiffe, Werkzeug- und Landmaschinen, Elektromotoren. Insgesamt gehen rund 45% des Exports Rumäniens in die UdSSR. Folglich ist in Rumänien ein großes Industriepotential entstanden, und die sowjetisch-rumänischen Verbindungen in Handel und Wirtschaft sind effektiv.

Für die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit zwischen der UdSSR und Rumänien ist beschleunigte Entwicklung kennzeichnend. Hohes Wachstumstempo beim Warenumsatz und immer breitere Einbeziehung der Produktion verschiedener Industriezweige in diesen Warenaustausch legen Zeugnis dafür ab. Entsprechend der langfristigen Vereinbarungen werden die gegenseitigen Warenlieferungen bis auf 30 Md. Rubel im laufenden Jahr fünf anwachsen. Dabei wird das Niveau von 1981-1985 um fast 70% übertragen.

Die Dynamik ist eindeutig. Man muß aber befürchten (und dies ist das A und O in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Rumänien und gilt auch für die anderen Bruderländer), daß heute die weitere Festigung unserer Zusammenarbeit vor allem von der Vertiefung der Spezialisierung und der Kooperation der Produk-

ist nunmehr die **zweigebundene Spezialisierung und Kooperation der Produktion**, die Anbahnung direkter Verbindungen zwischen den Betrieben und Organisationen unserer Länder zwecks **spezialisierter Lieferungen** von Baugruppen und Einzelteilen sowie Technologien und nötigenfalls die Schaffung gemeinsamer Forschungs-, Industrie- und Absatzvereinigungen und Betriebe. In erster Linie gilt das für den Maschinenbau, der die Dynamik der Wirtschaftsverbindungen SRR-UdSSR in großem Maße bestimmt. In diesem Bereich erreichte die Spezialisierung und Kooperation noch keinen gebührenden Entwicklungsstand, obwohl der Anteil gegenseitiger Lieferungen derartiger Erzeugnisse schon 18% des gesamten sowjetisch-rumänischen Warenumsatzes ausmacht.

Die erfolgreiche Entwicklung des Handels ist undenkbar, wenn nicht die nötige Qualität der Waren gesichert wird. Hier gilt es, noch viel zu tun. Die Seiten vereinbarten u. a., die Qualität der zu liefernden Maschinen dem Niveau der Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts anzugeleichen.

Unsere Länder verfügen über reiche Erfahrungen bei der Lösung großer Volkswirtschaftsprobleme von gegenseitigem Interesse... In den Jahren des sozialistischen Aufbaus wurden in Rumänien mit technischer Unterstützung der Sowjetunion über 130 Industrie- und andere Objekte errichtet und moderni-

# Die Regel und die Ausnahme,

## oder wie in der BRD Naziverbrecher ihrer gerechten Strafe entzogen werden

Die letzte Sitzung des Krefelder Gerichts über den Mord an dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands und Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann in Buchenwald: Rechts vom Richtertisch auf der Anklagebank Wolfgang Otto, ehemaliger SS-Stabsscharführer. Er gehörte zu dem SS-Kommando, das in der Nacht auf den 18. August 1944 den Führer der deutschen Kommunisten ermordete. Auf Ottos Gesicht ist kein Anzeichen von Beunruhigung zu sehen. Er ist überzeugt, daß er auch dieses Mal um eine Strafe herumkommt. Sogar die ihm gegenüberstehenden Staatsanwälte hatten seine Beteiligung für "unerwiesen" gehalten und auf Freispruch plädiert.

Zahlreiche Fotojournalisten und Kameraleute verlassen den Saal. Drückende Stille macht sich breit. Die Richter treten ein, und alle stehen auf.

Der Gerichtsvorsitzende Heinz Joseph Paul verkündet das Urteil: "Im Namen des Volkes, der Angeklagte Wolfgang Otto, der Begünstigung zum Mord an dem ehemaligen Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, beschuldigt, wird zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt."

Nach kurzer Pause bricht Beifall aus und erstirbt sofort wieder. Der Mörder Thälmann ist endlich verurteilt! Ist das Urteil nicht zu milde ausgefallen? Mußte man nicht allzu lange darauf warten?

### 40 Jahre zu spät

Die Namen der Thälmannmörder sind seit 1947 bekannt. Damals hatte ein ehemaliger Buchenwaldhäftling, Marian Zgoda, in der Presse seine Aussagen veröffentlicht.

Im Frühling 1961 hatte der damalige Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten, Landesverband Niedersachsen, Ludwig Landwehr festgestellt, daß mindestens noch zwei Mörder Thälmanns frei herumlaufen: Otto, Lehrer an einer katholischen Schule im rheinischen Geldern, und Berger, Bankangestellter in Rottweil. Landwehr stellte Strafantrag. Verhaftet wurden nicht etwa

Otto und Berger, sondern er selbst, Landwehr. Als man seine Wohnung durchsuchte, verschwanden alle Unterlagen über den Mord an Thälmann.

Im April 1962 wandte sich der Rechtsanwalt Karl Friedrich Kaul im Auftrag der Witwe Thälmanns, Rosa Thälmann, an die Staatsanwaltschaft der Bundesrepublik und forderte, die Nazihenker zur Verantwortung zu ziehen. Sein Antrag gelangte an die Staatsanwaltschaft Kleve. Ihr Leiter hatte seinerzeit in einem faschistischen Standgericht gedient. Das Verfahren in Sachen Otto und Berger wurde wegen "Mangels an Beweisen" eingestellt.

Hitlers Komplizen hatten in der Bundesrepublik noch nie etwas zu befürchten. Schon Kanzler Adenauer hatte erklärt, daß die Wiederbewaffnung der BRD erst möglich wird, wenn man aufhört, die Verbrecher des zweiten Weltkriegs vor Gericht zu zerren. Ehemaligen SS-Offizieren wurde der Dienst in der Bundeswehr gestattet. Der Kommentator der Rassengesetze, Globke, konnte Staatssekretär werden. Die Kommunistische Partei, die sich konsequent gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik einsetzte, wurde in die Illegalität getrieben. Unter diesen Bedingungen wäre ein Gerichtsverfahren gegen die Mörder Ernst Thälmanns den Behörden äußerst ungelegen gekommen.

"Das ist eine historische Entscheidung", sagte der hinter mir sitzende Kurt Bachmann, der durch viele Konzentrationslager geschleppt worden war und heute Vorstandsmitglied der Deutschen Kommunistischen Partei ist, als der Richter das Urteil verlesen hatte.

Natürlich hatte Bachmann nicht die Höhe des Urteils gemeint. Der Publizist Emil Carlebach, der in der gestreiften Jacke der Buchenwaldhäftlinge zum Prozeß erschien, hatte recht, als er sagte: "Wir werden nicht über die Höhe des Urteils rechten. Im Grunde kann kein Urteil die Verbrechen des Faschismus sühnen."

Man muß sehen, daß das Krefelder Gericht mit der langjährigen Tradition gebrochen hat, Naziverbrecher zu decken, indem man diejenigen, die ganz

oben gesessen und Befehle erteilt hatten, völlig unschuldige Menschen hinrichten, freisprach, weil sie selbst schließlich niemanden umgebracht hatten, und die Ausführenden ihrer Strafverfolgung entzog, weil sie nur auf Befehl gehandelt hatten.

Nach diesem zynischen Schema gingen in Krefeld Verteidiger und Staatsanwälte vor, die die Rolle des Rechtsanwalts übernommen hatten. Es seien immerhin über 40 Jahre seit dem Verbrechen vergangen und viele Zeugen, wie z. B. auch Zgoda, seien nicht mehr unter den Lebenden, und heute könne man unmöglich nachweisen, ob Otto persönlich an der Exekution Thälmanns teilgenommen hat. Das Gericht folgte der Argumentation von Verteidigern und Staatsanwälten nicht. Es stand außer Zweifel, daß Otto über die Vorbereitungen der Exekution Bescheid wußte. Über ihn ließen immerhin alle Anordnungen der Reichskanzlei, mit denen Hinrichtungen sowjetischer und polnischer Kriegsgefangener erklärt wurden, auch den Befehl, Thälmann zu ermorden. Als engster Vertrauter des KZ-Kommandanten soll Otto nicht an den Vorbereitungen zum Mord teilgenommen haben!

In der Anklageschrift hieß es, daß Otto nur einer unter vielen Mitverantwortlichen für Naziverbrechen sei und daß viele ebenso, ohne verurteilt zu werden, davonkamen.

Im Thälmann-Prozeß mußte auch der Beitrag der Kommunisten zum Widerstand, mußten ihre Opfer zur Sprache kommen. Die bürgerliche Propaganda verschweigt nicht nur diesen Beitrag, sondern stellt Kommunisten und Faschisten dreist auf eine Stufe, indem sie beide der Wühltätigkeit gegen die Weimarer Republik beschuldigt. Heinrich Hannover, der vor Gericht die Interessen von Thälmanns Tochter Irma wahrnahm, sagte: "Wer weiß denn heute noch, daß es vor allem Kommunisten und linke Sozialdemokraten waren, die Widerstand gegen den Faschismus geleistet und massenhaft in Konzentrationslagern...einen gewaltigen Tod erlitten haben. Das wird im öffentlichen Bewußtsein seit Jahrzehnten unterdrückt, weil es nicht in eine politische Landschaft paßt, in der die antikommunistische Kreuzzugsmentalität der Hitlerzeit mit neuer Etikettierung überleben konnte."

Das Gericht erkannte an, daß die Kommunisten und ihr Vorsitzender Ernst Thälmann als erste gegen die faschistische Herrschaft kämpften. Eine solche Darstellung erfolgte erstmalig durch ein Gericht der Bundesrepublik. Das meinte Kurt Bachmann, als er von der historischen Bedeutung des in Krefeld verkündeten Urteils sprach.

Als Antwort auf die Frage, welchen Sinn ein Prozeß gegen die Thälmann-Mörder heute noch haben könnte, antwortete Richter Paul, daß die Verbrechen der Faschisten nicht vergessen werden dürfen, daß man aus der Vergangenheit Lehren ziehen müsse. Das wurde zum ersten Mal erklärt. Bi-

jetzt hat die bundesdeutsche Rechtsprechung jedenfalls alles dafür getan, damit diese Vergangenheit vergessen wurde.

Der "Stern" nannte die endlose Verzögerung des Thälmann-Prozesses einen "Justizskandal ohne Beispiel in der Nachkriegsgeschichte", einen "politischen Skandal obendrein". Bis auf die Worte "ohne Beispiel" könnte man sich dieser Einschätzung anschließen. Es gibt einfach zu viele Beispiele dafür, wie sich Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland ihrer Verurteilung entziehen.

## Tribunal in Hamburg

Im Hamburger Hafenviertel am Bullenhuser Damm steht ein düsterer vierstöckiger roter Ziegelbau aus der Kaiserzeit. Gegenüber die trostlose Wand einer Brauerei. Nebenan ein von Schäferhunden bewachter Platz, auf dem gebrauchte LKWs verkauft werden. Äußerlich erinnert das Gebäude an ein Gefängnis. Es ist eine Schule. Während des Krieges befand sich hier eine von 70 Außenstellen des Konzentrationslagers Neuengamme. Die SS hatte sich diesen Platz für ihre scheußlichsten Verbrechen ausgesucht. In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945 erhängten sie im Schulkeller 20 Kinder zwischen 5 und 12 Jahren, zwei französische Ärzte, zwei holländische Sanitäter und 24 sowjetische Kriegsgefangene. Die Faschisten hatten ihre Spuren verwischt. In Neuengamme nahmen sadistische Ärzte abscheuliche Experimente an Kindern vor. Sie infizierten sie mit Tuberkulose. Genau 41 Jahre später kamen aus dem

Ausland führende Juristen, Verwandte der Ermordeten und ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme in der Elbestadt zusammen. In der Schule am Bullenhuser Damm fägte ein internationales öffentliches Tribunal, um die Frage zu klären, warum in der BRD SS-Mörder nicht verurteilt werden.

Direkt nach dem Krieg verhafteten britische Militärbehörden die meisten Kriegsverbrecher. 1946 trat in Hamburg das Gericht zusammen. Damals machten die westlichen Alliierten noch nicht viel Federlesens mit den Nazis. Alle Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Drei fehlten auf der Anklagebank: der SS-Arzt Kurt Heißmeyer, der mit Kindern experimentiert hatte, sein Gehilfe Hans Klein und der Leiter der Hamburger KZ-Außenstelle, der ehemalige SS-Obersturmführer Arnold Strippel.

Heißmeyer wurde 1964 in Magdeburg verhaftet. Im Unterschied zur BRD erkannte die DDR die Prinzipien des Internationalen Nürnberger Militärgerichtshofs als für ihre innere Rechtsprechung verbindlich an. Heißmeyer wurde nicht als gewöhnlicher Krimineller wegen Mordes verurteilt, wie Naziverbrecher in der BRD. Das Bezirksgericht Magdeburg erkannte ihn für schuldig, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, und verurteilte ihn zu lebenslanger Haft. Klein, damals in der BRD, wurde niemals wegen seiner Experimente an Menschen zur Verantwortung gezogen. Bis kurz vor seinem Tod vor anderthalb Jahren lehrte er Gerichtsmedizin an der Universität Heidelberg.

Strippel verzehrt heute seine Pension in Frankfurt am Main.

Die BRD-Justiz rührte keinen Finger, um Verbrecher zu ermitteln. Die Morde am Bullenhuser Damm versuchte man, in Vergessenheit geraten zu lassen. Daß daraus nichts wurde, liegt an den Bemühungen von Antifaschisten, ehemaligen Häftlingen und Verwandten der Opfer. Sie konnten durchsetzen, daß an der Schulfassade und im Foyer Gedenktafeln angebracht wurden. Im Keller wurde eine ständige Fotoausstellung eingerichtet. Das stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. Im April 1980 ging am Schuleingang eine selbstgebastelte Bombe hoch. Glücklicherweise kam niemand zu Schaden. Neofaschisten hatten die Bombe gelegt. Die örtlichen Gerichte verfahren mit den neuen Faschisten ebenso mild wie mit den alten. Nach kurzer Untersuchungshaft waren die Terroristen wieder frei.

Der "Stern"-Reporter Günther Schwarberg stellte jahrelange Recherchen über das Verbrechen am Bullenhuser Damm an. 1979 veröffentlichte er sein Material im "Stern" unter dem Titel: "Der SS-Arzt und die Kinder". Danach brachte er ein Buch darüber heraus. Schwarberg fand auch Verwandte der von den Faschisten ermordeten Kinder.

Bedauerlicherweise ist nichts über die mit den Kindern hingerichteten sowjetischen Kriegsgefangenen bekannt. Vor dem britischen Kriegsgericht hatten die Beschuldigten ausgesagt, daß die Gefangenen ihnen Widerstand geleistet hätten. Nachdem man sie zum Schulgebäude geschafft hatte, hätten sie sich mit "Hurra" auf ihre Henker gestürzt. Ihre einzige Waffe: Salz, das sie den SS-Wächtern in die Augen warfen. Ein ungleicher Kampf. Drei Kriegsgefangene wurden getötet. Sechs oder sieben konnten fliehen.

Der Vizepräsident des Internationalen Komitees ehemaliger Neuengamme-Häftlinge, der Rigaer Ingenieur Leonid Maiski, sagte auf dem Hamburger Tribunal als Zeuge aus. Alle seine Versuche, etwas über das Schicksal der damals geretteten Häftlinge in Erfahrung zu bringen, seien bislang erfolglos verlaufen. Möglicherweise sind einige am Leben geblieben und konnten sich in die Heimat durchschlagen. Wenn sie zufällig diese Zeilen lesen, sollen sie von sich hören lassen. Das wäre für eine restlose Klärung der Umstände von Bedeutung, unter denen die Unfaten am Bullenhuser Damm verübt wurden.

## Ein typischer Fall

Der Thälmann-Mörder Otto und Strippel sind sich wahrscheinlich im KZ Buchenwald begegnet. Beide bekleideten führende Funktionen in der damaligen Lagerhierarchie. Im Unterschied zu Otto hielt es Strippel nie lange an einem Ort. Als besonders rühriger Organisator von Massenexekutionen beorderte die Leitung ihn von einem Lager zum

SS-Obersturmführer A. Strippel begann seine Karriere als Aufseher im KZ Sachsenburg. Heute ist er ein "anständiger" Frankfurter.



andern. Elsaß, Maidanek, Peenemünde, Vught im besetzten Holland, Hamburg: Überall hinterließ Strippel seine blutbefleckte Visitenkarte.

Als die Engländer in Hamburg einzückten, tauschte der SS-Obersturmführer seine Uniform gegen die eines Wehrmachtsoldaten und setzte sich nach Schleswig-Holstein ab. Drei Jahre verkroch er sich bei Freunden. 1948 schien Strippel die Luft rein zu sein. In einem amerikanischen Internierungslager erhielt er problemlos alle für ein Leben als freier Mann erforderlichen Papiere. Ein paar Tage später aber stand er in Frankfurt a. M. einem ehemaligen Buchenwaldhäftling gegenüber.

Strippel wurde verurteilt, aber nur für die in Buchenwald begangenen Verbrechen. Er bekam 21mal Lebenslänglich für die Beteiligung am Mord an 21 Häftlingen und weitere 10 Jahre für "schwere Körperverletzung in nicht näher feststellbarer Größenordnung". Im Gefängnis Butzbach stand Strippel eine komfortable Zelle zur Verfügung, in der er im trauten Kameradenkreis auch Hitlers Geburtstag feiern durfte.

Im Mai 1965 suchte ihn hier der Hamburger Oberstaatsanwalt, Helmut Münzberg auf. Die Staatsanwaltschaft hatte einen Brief Rudolf Gottschalks, Vorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft Buchenwald" erhalten, in dem dieser anfragte, ob gegen Strippel Ermittlungen ließen wegen Verdachts auf Mittäterschaft am Mord an Kindern in einer Hamburger Schule, und wenn ja, zu welchem Ergebnis sie geführt hätten. Ermittlungen ließen, wie man sich denken kann, keine. Münzberg, der sein ganzes Leben in Hamburg verbracht hatte, waren keine Verbrechen am Bullenhuser Damm bekannt. Außerdem verfügte die Staatsanwaltschaft über keinerlei Unterlagen über das KZ Neuengamme, in dem über 55 000 Menschen vernichtet worden waren. Was aus den Protokollen des britischen Kriegsgerichts geworden war, blieb solange ungeklärt, bis Münzberg sie im Keller der britischen Botschaft in Bad Godesberg fand.

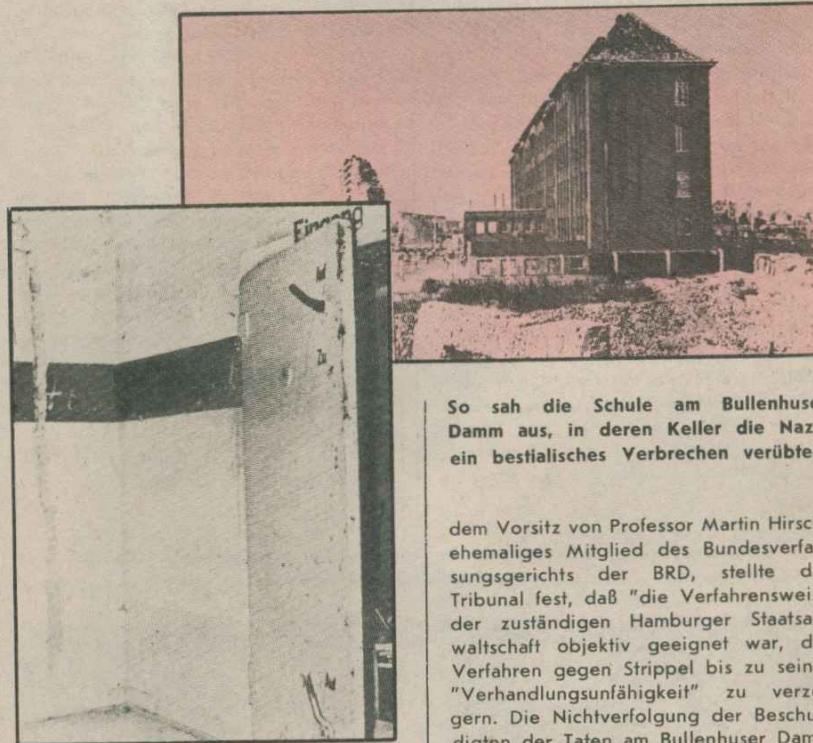
Strippel versicherte Dr. Münzberg, daß er über den Kindermord erst nach dem Krieg erfahren hätte. Die Aussagen der Angeklagten im Hamburger Prozeß von 1946, die auf seine unmittelbare Beteiligung an dem Verbrechen hinwiesen, erklärte Strippel mit dem Bemühen seiner früheren Untergaben, die ganze Schuld auf ihn abzuwälzen. Münzberg schenkte dem ehemaligen Obersturmführer Glauben. In sein Abschlußgutachten schrieb er, daß Strippels Schuld nicht nachweisbar sei, da kein anderer Mittäter mehr am Leben sei. Münzbergs Meinung über die Hinrichtung der "Russen": Sie seien "möglicherweise rechtmäßig zum Tode verurteilt worden". (Auch Otto hielt Massenerschießungen sowjetischer Kriegsgefangener in Buchenwald nicht

für ein Verbrechen, sondern für "Rache für die Ermordung deutscher Soldaten an der Ostfront".) Daß Kinder abgeschlachtet wurden, sei auch wieder nicht so grausam, weil ihnen "über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt wurde" (!). Diese an Zynismus nicht mehr zu überbietenden Argumente erachtete die Staatsanwaltschaft für stichhaltig und schloß die Ermittlungen ab.

Inzwischen nahmen Frankfurter Gerichte den Fall Strippel wieder auf. Die 10 Jahre für schwere Körperverletzung milderten sie ab auf 5, und die 21mal Lebenslänglich änderteren sie um in 6 Jahre Gefängnis. Somit ergab sich, daß Strippel in Butzbach 11 Jahre und 8 Tage "zuviel" abgesessen hatte. Der ehemalige SS-Obersturmführer strich

Untersuchungsrichter mußten sich wohl oder übel mit der Sache befassen. Damit hätten sie sich vielleicht bis heute Zeit gelassen, wenn 1973 der Senat der Hansestadt nicht empfohlen hätte, Anklage zu erheben. Jetzt begann das Gericht, Zeit zu schinden. Urplötzlich waren die Richter nicht mehr mit den Übersetzungen der mehrbändigen englischen Prozeßakten von 1946 zufrieden. Sie forderten neue an. Sie verzögerten die Angelegenheit solange, bis Strippel schließlich Anfang 1986 ein ärztliches Attest über seine "Verhandlungsunfähigkeit" präsentieren konnte.

Diese hier nur gedrängt wiedergegebene Geschichte bekamen die Teilnehmer der Tagung des Internationalen Tribunals in Hamburg zu hören. Unter



So sah die Schule am Bullenhuser Damm aus, in deren Keller die Nazis ein bestialisches Verbrechen verübtet

121 500 DM Entschädigung ein und ist frei.

1975 beginnt in Düsseldorf ein Prozeß gegen SS-Offiziere, die im KZ-Maidanek 250 000 Menschen vernichtet hatten. Strippel sitzt wieder auf der Anklagebank. Ihm lastet man allerdings nur den Mord an 42 sowjetischen Kriegsgefangenen an. Der Prozeß dauert 6 Jahre. Strippel wird zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Mal brauchte er nicht einen einzigen Tag abzusitzen. Das Gericht befand ihn bei zu "schwacher Gesundheit".

Nachdem Schwarberg seine Unterlagen im "Stern" veröffentlicht hatte, legten Verwandte der Kinder vom Bullenhuser Damm bei der Staatsanwaltschaft Hamburg Beschwerde ein. Die

dem Vorsitz von Professor Martin Hirsch, ehemaliges Mitglied des Bundesverfassungsgerichts der BRD, stellte das Tribunal fest, daß "die Verfahrensweise der zuständigen Hamburger Staatsanwaltschaft objektiv geeignet war, da Verfahren gegen Strippel bis zu seiner 'Verhandlungsunfähigkeit' zu verzögern. Die Nichtverfolgung der Beschuldigten der Taten am Bullenhuser Damm ist kein Einzelfall, sondern beispielhaft für den Umgang der bundesdeutschen Justiz mit Naziverbrechern. Ein Staat, der die Verbrechen des Naziregimes unbestraft läßt, ist anfällig für neue Faschismus."

Der Vorgang um Strippel ist bezeichnend für die Bundesrepublik Deutschland. Das Urteil gegen Otto ist die Ausnahme. Es kommt außerdem 4 Jahre zu spät. Obrigens haben Otto Verteidiger und die Staatsanwaltschaft bei der nächsthöheren Instanz bereits Berufung eingelegt. Die bundesdeutsche "Zeit" schreibt dazu, daß "Otto selbst bei der Zurückweisung einer Revision seines hohen Alters wegen wohl doch nie hinter Gitter kommen wird."

A. TOLPEGI  
NZ-Korrespondent  
Hamburg-Krefeld-Bonn

# Warum schwieg die „Boeing“

Von unserem Korrespondenten  
Andrej ARCHIPOW

Vor drei Jahren drang ein südkoreanisches Flugzeug der Luftfahrtgesellschaft KAL in sowjetischen Luftraum ein. So begann eine durchorganisierte Spionageoperation gegen die UdSSR. Ihr Szenarium war in Washington ausgearbeitet worden. Womit diese Provokation endete, ist allgemein bekannt.

Viele Menschen im Westen konnten sich damals nicht von antisowjetischer Hysterie frei machen. Der US-Präsident schürte selbst fleißig mit, und natürlich sein Verteidigungsminister Weinberger, sein Außenminister Shultz und das Heer ihrer Berater.

Damals sprach die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), offensichtlich unter dem Druck interessierter Seiten, von der Möglichkeit, daß die 500 km Kursabweichung der südkoreanischen Maschine durch einen Fehler in der automatischen Steuerung oder durch eine zufällige Fehlinformation im Computer zustande gekommen sei.

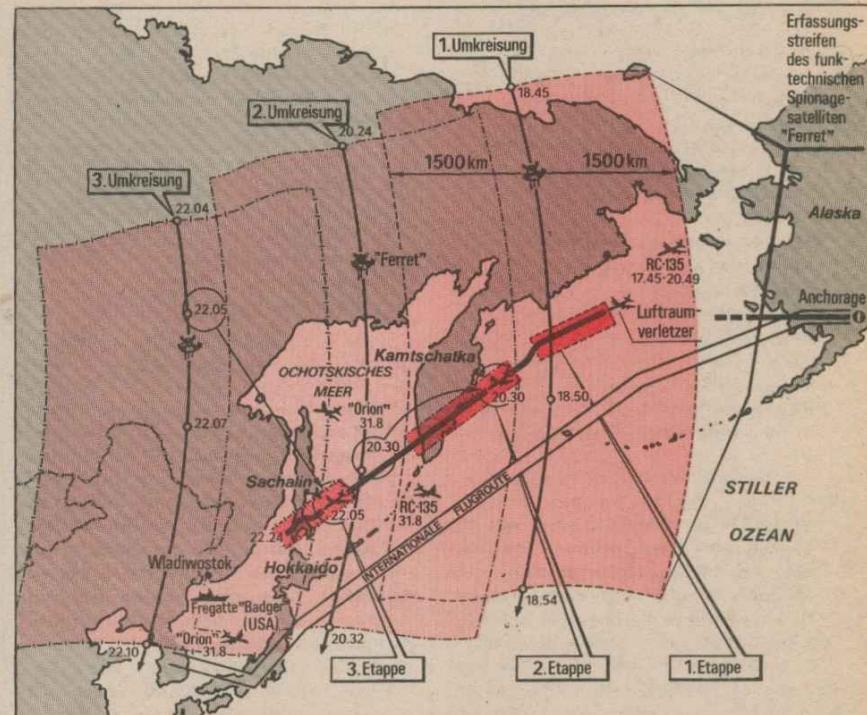
Langsam und sicher kam jedoch die Wahrheit an den Tag. Neben sowjetischen wiesen auch viele westliche Fachleute überzeugend nach, wessen Handschrift diese Aktion trug und wem sie nützte. Deshalb werden auch in den USA diejenigen immer weniger, die der Version einer zufälligen Abweichung vom Kurs Glauben schenken.

Heute gibt das Luftfahrtsekretariat der ICAO lakonisch zu: "Keine dieser Versionen ist haltbar." Die japanischen "Selbstverteidigungsstreitkräfte" legten einem Parlamentsabgeordneten ihre Radarsuchungen vor, in denen sie die Route der KAL 007 aufgezeichnet hatten. Ihre Aufschlüsselung ergab, daß die Flugzeugbesatzung den sowjetischen Organen absichtlich ihre Staatsangehörigkeit verheimlicht hatte. Alle Informationen, die von Bord der Maschine auf die Erde gelangten, waren erlogen. Das

schreibt ein ehemaliger Mitarbeiter aus der Leitung der "Selbstverteidigungsstreitkräfte" Japans in der Wochenschrift "Shukan Shincho".

Heute gibt es die Aussage einer führenden Spürnase der US-amerikanischen elektronischen Aufklärung, des Heeresnachrichtendienstes (ANS), James Bamford: Der ANS mußte den Flug der

Auf der Karte sind die Komponenten des amerikanischen Spionagenetzes vermerkt, das für den Spionageflug der KAL 007 aufgeboten wurde. An dieser großangelegten Aktion waren beteiligt: 2 RC-135-Spionageflugzeuge, eines folgte der südkoreanischen Boeing, das zweite kreuzte über den Kurileninseln, "Orion"- Spionageflugzeuge über dem Ochotskischen und dem Japanischen Meer, der Spionagesatellit "Ferret", die Fregatte "Badger" im Japanischen Meer, Landabhörstationen.



KAL 007 im Auge behalten und Washington über alles informieren.

Das sind die Fakten. Irgend jemand wollte sie offensichtlich verdecken. Langsam setzt sich ein wahres Bild zusammen, das alle Regierungserklärungen eindeutig widerlegt. Die Amerikaner fordern nachdrücklich eine klare Antwort von Regierung und Kongreß.

John Keppel berichtet. Daß gerade er sich die Tatsachen, die mit dem Flug der KAL 007 zusammenhängen, vorknöpfte, ist kein Zufall. Davon konnte ich mich überzeugen, als ich mich mit John Keppel unterhielt. Jetzt ist er im Ruhestand und lebt im Staat Connecticut.

"Ich hab jahrelang im State Department gearbeitet und auch in Moskau gedient. Ich war einer von denen, die dem amerikanischen Präsidenten die Version empfohlen haben, mit der er den Flug des Spionageflugzeugs U2 tarnen sollte. Damals habe ich mich auf eine unsaubere Sache eingelassen."

"Warum haben Sie überhaupt Nachforschungen angestellt?"

"Ich hielt das für wichtig. Ich erfuhr

von dem Vorfall aus der Presse, und mir kam die Version (der amerikanischen Regierung — die Red.) von Anfang an nicht besonders überzeugend vor. Die Fluggäste hätten diesem Risiko nicht ausgesetzt werden dürfen."

Der "Fonds für eine konstitutionelle Regierung", eine gesellschaftliche Organisation, die die Untersuchungen unterstützt, hatte Keppel beauftragt, den amerikanischen Part in der Tragödie um die südkoreanische Maschine unter die Lupe zu nehmen. Ich machte mich mit den Ergebnissen der Nachforschungen vertraut, die als Antworten auf vier Kernfragen formuliert sind.

#### Hat sich die amerikanische Regierung an der Verdunkelung von Fakten beteiligt?

Es scheint, daß die amerikanische Regierung von Anfang an alles unternahm, um die Wahrheitsfindung zu behindern. Sie verbreitete die Lüge, daß die südkoreanische Maschine auf Sachalin gelandet sei, und gewann Zeit, um die Situation propagandistisch auszuschlagen und zu entscheiden, welche Informationen man verheimlichen müsse und welche zum gegebenen Zeitpunkt gefälscht werden müßten.

Darüber hinaus unternahm die US-Regierung den unerhörten Schritt, den Rat für nationale Transportsicherheit, eine Organisation, die am ehesten geeignet wäre, Ursachen für Luftraukatastrophen zu untersuchen, von den Nachforschungen auszuschließen. Die US-Regierung forderte, daß alle mit dem Flug zusammenhängenden Dokumente dem State Department abzuliefern seien. Die US-Regierung sorgte mit Nachdruck dafür, daß die ICAO zwei hypothetische Erklärungen für den abweichenden Kurs in ihren Bericht aufnahm, die mit den bekannten Tatsachen nicht übereinstimmten. Die US-Regierung vernichtete die wichtigste Radaraufzeichnung der Luftstreitkräfte der USA, ohne sich um den geltenden Befehl zu kümmern, alle Aufnahmen mit Informationen über alle Vorkommnisse und Unregelmäßigkeiten zu speichern. Die US-Regierung verbot ihren Militärs und dem Personal der Bundesflugleitung, Fakten, die mit dem Flug in Zusammenhang standen, zu erörtern. Die US-Regierung mischte sich permanent ein, um Veröffentlichungen wichtiger Informationen zu verhindern. Die US-Regierung griff zu abwegigen und verlogenen Behauptungen, um ihre Kritiker zu diffamieren.

Die US-Regierung leugnete anfangs, daß die sowjetischen Abfangjäger Warnschüsse abgefeuert hatten, danach aber gab sie diese Tatsache zu, war allerdings bemüht, zu behaupten, daß wegen der schlechten Aufnahmequalität keine Schüsse auf dem Tonband zu hören gewesen seien. Nachforschungen ergaben allerdings, daß man sie auf jedem normalen Tonbandgerät hätte hören können.

Darüber hinaus gibt es Beweise, daß das zweite wichtige Band mit Aufnahmen von Gesprächen der japanischen Dispatcherdienste mit KAL 007 und KAL 015 gefälscht war. (Das zweite südkoreanische Flugzeug benutzte die Trasse, die KAL 007 hätte benutzen müssen und übernahm die Funktion des "KAL-007-Unterstellten", um den Abfangdienst durcheinanderzubringen. Der Pilot der KAL 015 zog die Möglichkeit, die Wahrheit zu sagen und sich eine hochdotierte Arbeit auszubedingen vor, seinen Abschied einzureichen und befindet sich jetzt in Südkorea unter Hausrast. — die Red.) Ein Teil der Gespräche, die auf Band festgehalten sind, soll absichtlich verwirren, und die offizielle Übersetzung deutet diese Gespräche falsch.

#### Wußte die US-Regierung davon, daß sich KAL 007 gefährlich weit vom Kurs entfernt hatte?

Die Tonbandaufnahmen beweisen: In dem Augenblick, als die KAL 007 in die dem sowjetischen Luftraum vorgelagerte "Pufferzone" eindrang, empfahl jemand im amerikanischen Flugleitzentrum in Anchorage, den Piloten zu warnen. Das wurde unterlassen. Die Information, die der Dispatcher erhalten hatte, beruhte aller Wahrscheinlichkeit nach auf Radarangaben der Luftstreitkräfte an der Küste Alaskas, die entweder direkt oder per Telefon vom US-Luftwaffenstützpunkt Elmendorf an das Leitzentrum durchgegeben worden waren. Später erklärte der amerikanische UNO-Botschafter dem sowjetischen Delegierten: "Wir hatten den Flug und gleichzeitig Euch im Visier." Der US-Außenminister behauptete, daß die Russen die südkoreanische Maschine zweieinhalb Stunden lang geführt hätten. Diese Behauptung und viele andere von Fachleuten aufgedeckte Beweise beseitigen jeden Zweifel, daß die Amerikaner die genaue Position des Flugzeugs kannten.

Bei der Untersuchung wiesen ein Mitarbeiter der Radarstation auf der Insel Shemya und ein Besatzungsmitglied des amerikanischen Aufklärungsflugzeuges RC-135 darauf hin, daß sie das südkoreanische Flugzeug identifiziert und längere Zeit verfolgt hatten.

#### Gibt es Beweise dafür, daß die Aktion der KAL 007 vorausgeplant war?

Wenn man nach (offiziellen-die Red.) Angaben der Militär- und Zivilradars der USA den Kurs der KAL 007, auf dem sie von Anchorage nach Bethel flog, verfolgt, sieht man, daß er bedeutend weiter südlich verläuft, als der von der Maschine tatsächlich eingeschlagene Kurs. Der Schwenk nach Norden war im geplanten Kurs nicht vorgesehen und muß aufgrund technischer Ursachen absichtlich erfolgt sein. Das Weiße Haus und der UNO-Botschafter der USA beteuerten, daß die KAL 007 exakt den Kurs gehalten hätte. Nach Lage der Fakten

hätte sie, auf genauem Kurs liegend, südlich an der Sowjetunion vorbeifliegen müssen.

Die Besatzung des südkoreanischen Flugzeugs hatte die Warnschüsse gesehen. Die Maschine hätte mit den Flügeln wackeln oder durch Kabinebeleuchtung oder auf andere Weise signalisieren können, daß man bereit ist, der Order zu folgen. Statt dessen drosselte das Flugzeug nach den Warnschüssen seine Geschwindigkeit und beschleunigte nach 2 Minuten von 430 auf 450 Knoten. Der Pilot wußte, daß er ausgemacht worden war und vollführte dieses Manöver, um seine Verfolger zu täuschen.

#### Waren die USA an dieser Aktion beteiligt?

Wenn der Flug über sowjetisches Territorium vorsätzlich war, hätte die Initiative dafür bei der südkoreanischen oder bei der US-Regierung liegen müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß Söul der Initiator war.

Der Drahtzieher vergleichbarer Missionen mußte in der Lage sein, jede Etappe des Fluges zu überwachen. Die USA konnten das im Gegensatz zu Südkorea.

Offensichtlich zogen auch die USA und nicht Südkorea Nutzen aus dieser Operation. Unter den Nachforschungsmaterialien befindet sich die Aussage Stabschefs der Luftstreitkräfte der USA, General Charles Gabriel, über den aufklärerischen Wert des Fluges, der die Wirkungsweise des sowjetischen Nachrichten- und Luftabwehrsystems demonstriert hätte. (Das Eingeständnis des Generals war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. — die Red.) Er muß eine ausgezeichnete Vorstellung von dem Vorgefallenen gehabt haben. Vom ersten Moment, als die südkoreanische Maschine sowjetischen Luftraum verletzte, bis zu dem Moment, als der Luftraumverletzung ein Ende gesetzt wurde.

Die USA haften die Aktion minutiös vorgeplant. Nördlich von der Insel Shemya überschnitt sich der Kurs der KAL 007 mit dem Kurs des elektronischen Aufklärungsflugzeuges der USA RC-135, das zum gegebenen Zeitpunkt unter dem sowjetischen Radar durchtauchen mußte, um die Identifizierung des Flugzeugs zu erschweren, das in den Luftraum der UdSSR eindrang. Jetzt haben westliche Experten festgestellt, daß sich der amerikanische Satellit 1982 41C über dem Nordpol befand, wo er die Signale sowjetischer Radarstationen, die auf den Einflug der KAL 007 reagierten, auffangen konnte.

Aufnahmen der japanischen Flugleitung und der "Selbstverteidigungskräfte" von Gesprächen beider südkoreanischer Besatzungen mit sowjetischen Abfangjägern scheinen gefälscht zu sein. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: die japanische oder die amerikanische Regierung haben ihren Inhalt manipu-

liert. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß Japan an der Planung des Fluges beteiligt war. Also muß Tokio sich auch nicht mit gefälschten Tonbandaufnahmen aus der Affäre ziehen. Es scheint allerdings, daß Japan einen beachtlichen Teil der Beweisstücke für irgend jemand anderen beschlagnahmt hat. Die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea sind nicht danach, daß Söul dieser "jemand" sein könnte.

Das sind die beeindruckenden Antworten auf Keppels Fragen.

Diese Frage stellte ich Georgia Caldwell, die die Nachforschungen für den "Fonds für eine konstitutionelle Regierung" leitete: "Hat der Fonds sein Ziel erreicht?"

"Wir wollten uns nicht als Richter und Geschworene produzieren. Der Fonds suchte Beweise von einer solchen Aussagekraft, die für ein Strafverfahren ausreichten. Das hätte ernsthafte Nachforschungen des Kongresses erzwungen. Wir glauben, daß es mehr als genug Beweise gibt. Es würde dafür ausreichen, daß der Kongreß dieselben Fragen stellt. Sie zeigen ein objektives Bild der realen Vorgänge. Der Kongreß muß seine Vollmachten einsetzen, um die unmittelbar an der Aktion Beteiligten zur Aussage vorzuladen."

"Wie lange würde das dauern?"  
"Keine Ahnung."

Georgia Caldwell's Zweifel werden verständlich, wenn wir Oliver Clubb, dem Autor des vor kurzem in den USA erschienenen Buches "Flug der KAL 007. Verdeckte Aktion", folgend, Regierung und Kongreß der USA fragen: "Können Sie sich vorstellen, daß die Regierenden dieses Landes das tun könnten, was hier bewiesen wurde? Müssen wir unterstellen, daß führende amerikanische Politiker vorsätzlich mit dem Leben unschuldiger Menschen spielen?"

Clubb antwortet ganz klar: "Ja. Die Führer unserer Nation sind in Fällen, in denen es im Kampf gegen den kommunistischen Gegner um hohe Einsätze ging, mehrfach ähnlich verfahren."

Clubb regt an, an die 50er Jahre zurückzudenken, als amerikanische Soldaten in atomare Manöver gejagt wurden und tödlichen Dosen radioaktiver Strahlung ausgesetzt wurden. Denken Sie an die Entscheidung im Koreakrieg, den 38. Breitengrad zu überschreiten, denken Sie an die Bombardierung Nordvietnams und Kambodschas!

Warum läßt den Menschen der Vorfall um die KAL 007 keine Ruhe? Den Hintermännern dieser Provokation darf der Tod ahnungsloser Passagiere nicht verziehen werden, ebenso wenig wie die Tatsache, daß der mit Atomwaffen vollgestopfte Planet sich für einen Augenblick am Rande des Abgrunds befand.

New York

"NEUE ZEIT" 34.86

# Friedrich Dürrenmatt: Mahnung an Kopf und Herz

Friedrich Dürrenmatt verdankt seine Beliebtheit einer ungewöhnlichen Weltsicht, dem Wunsch, bis zum Wesen der Erscheinungen vorzudringen und dem Leser die ewige Antithese von Gut und Böse, Liebe und Haß vorzuführen. Die Palette des bedeutenden Schweizer Schriftstellers ist sehr reich: altes Hellas, tibetanische Heilkunde, umstrittene Werte des heutigen Lebens.

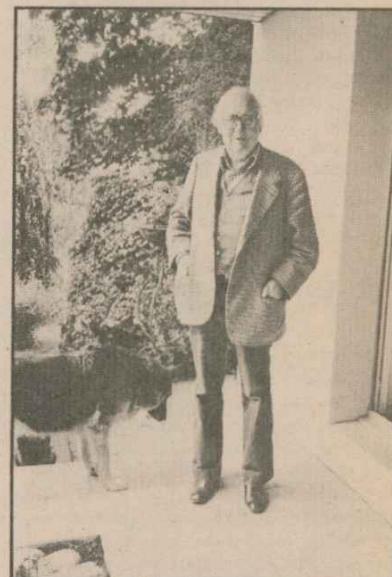
Friedrich Dürrenmatt ist ein rastloser Mensch, reist viel in der Welt herum, und es ist nicht leicht, eine Begegnung mit ihm zu vereinbaren. Als er eine "Lücke" von einigen Stunden hatte, meldete mich seine Sekretärin an und erklärte mir ausführlich, wie ich den Vorort von Neuchatel erreichen kann, wo der Schriftsteller zurückgezogen lebt.

Sein Arbeitszimmer ist schlicht eingerichtet: nur mit Dingen, die Dürrenmatt mag, oder solchen, die er bei seiner Arbeit braucht, etwa Lexika oder Enzyklopädien; in einer Ecke eine Musiktruhe mit einer aufgelegten Platte. Dürrenmatt legt bei der Arbeit ab und zu eine Pause mit klassischer Musik ein. Da steigt er auch schon selbst aus dem Dachgeschoß herunter. Vorsichtig setzt er Fuß vor Fuß: Vor kurzem hatte er einen Herzinfarkt erlitten. Hohe Denkerstirn, aufmerksamer Blick. Eine einladende Handbewegung: Stellen Sie Ihre Fragen.

"Laut britischer 'Financial Times' behauptet Ihr jüngstes Stück 'Achterloo', daß die Welt eine Irrenanstalt sei." Ich reiche ihm den betreffenden Zeitungsausschnitt.

"An 'Achterloo'", sagt Dürrenmatt bedächtig, als führte er ein Selbstgespräch, "arbeitete ich mit dem Gedanken, daß sich unsere Welt in einem Labyrinth der verschiedensten Gegensätze und Probleme verirrt hat. Die Menschen haben sich in Absurditäten, Vorurteilen, Mißtrauen verfangen, und sieht man dem zu, so möchte man am liebsten ausrufen: 'Hört doch auf, verfragt euch als normale Menschen!' Denken Sie daran zurück, was Hitler in Deutschland anstellte und wie er dann die ganze Welt in einen Nazi-Kasernenhof umzuwandeln versuchte. Menschenhaß, nationale Unduldsamkeit, Chauvinismus, Gewalt — also wenn das keine Anzeichen einer Irrenanstalt sind... Und da habe ich zur Groteske gegriffen, um

zu zeigen: Wenn sich so mancher Politiker als 'zweiter Napoleon' aufplustert und danach trachtet, die ganze Welt zu seinen Füßen zu sehen, sind solche Figuren natürlich lachhaft, zugleich aber auch in unserem Nuklearzeitalter außerordentlich gefährlich.



Friedrich Dürrenmatt in seinem Haus in Neuchatel

'Achterloo' ist ein Sinnbild des Zerfalls der Persönlichkeit, eine dunkle Welt, in welcher der Größenwahn und die Willkür von Diktatoren als Norm gelten, während normales Empfinden eine Ausnahme bildet. Ich wiederhole, das ist eine Groteske. Eine Mahnung an gewisse heutige Politiker, die mit Worten und mit den Geschicken der Völker spielen.

Unser durchschnittlicher Zeitgenosse stößt mit den akutesten globalen Problemen zusammen, sucht nach seinem täglich Brot, muß moralische und ethische Probleme lösen", setzt Dürrenmatt fort, "und ist beinahe in der gleichen Gemütsverfassung wie der Urmensch im Urwald (obwohl Parallelen immer bedingt sind). Die Predigt von Feindschaft,

Haß, der Ablehnung anderer Völker und ihrer Lebensnormen hat ihn mißtrauisch und argwöhnisch gemacht. Auch er kämpft ums Dasein, aber jetzt auf 'nuklearer Ebene'.

Warum finden einige Generale Spaß an der Vernichtung von ihresgleichen, obwohl sie doch keine Leichen fressen, zum Unterschied von Minotaurus in der antiken Sage? Warum ist Gewalt zur Norm, zur Lebensweise in der wahnsinnigen Welt von Diktatoren und manischen Generalen geworden? Schauen Sie sich den Bildschirm an: nur noch Gemetzel und Blut. So traurig es sein mag, behagt das offenbar dem kleinen Minotaurus von heute, dem Spießer, der es sich in Pantoffeln vor dem Fernseher bequem gemacht hat. Es gefällt ihm, in Gedanken andere Menschen niederzustrecken und sich mit dem Superman auf dem Bildschirm zu identifizieren."

"Glauben Sie, daß der Mensch jetzt schlümmer ist, als er im Urwald war?"

"Natürlich nicht. Doch ist der Mensch und sein Verhalten für mich ein wahres Rätsel und eine Quelle von Paradoxa. Das Leben der heutigen Menschheit strotzt von Kontrasten. Wir erleben heute sowohl atemberaubende Raumflüge als auch den Hunger in Afrika. Berge von Waffen sind gehortet worden — und es fehlen ein paar Cent für die Arznei, um das Leben eines Kindes zu retten."

## Eine Lehre für uns alle

"In Ihrem Drama 'Ein Engel kommt nach Babylon' kommt es trotz der guten Absichten der Menschen zu einer globalen Katastrophe, weil die Menschen keine gemeinsame Sprache finden..."

"Ja, Babel ist eine Lehre für uns alle. Die Menschen müssen die Wand des Mißtrauens und Argwohns niederreißen und darüber nachdenken, was wir aus unserem Planeten machen. Was ist Frieden heute? Nur daß kein Krieg tobts. Der Mensch muß erkennen: Entgegen der Maxime der Alten ist es natürlicher, nicht zum Krieg, sondern zum Frieden zu rüsten. Viele leiden Hunger, ich kehre zu diesem Thema immer wieder zurück, und doch werden in dieser selben Zeit aus dem Geld, das den Hungriigen weggenommen wurde, immer neue, immer teurere Vernichtungsmittel entwickelt. Ungefähr eine Billion Dollar jährlich gehen auf der Erde für Waffen drauf, und nur ein Bruchteil davon wird für die Bekämpfung des Hungers verwendet. Mit einer so absurdnen Lage der Dinge muß Schluß gemacht werden."

"Einmal haben Sie geschrieben, das Versehen eines einzigen Menschen könnte unseren ganzen Planeten zunichte machen..."

"Darüber habe ich mich oft mit Amerikanern unterhalten. Das Star-War-Programm ist überflüssig, seinem Wesen nach sinnlos. Die Illusion eines 'kosmischen Schildes' ist überaus gefährlich.

Eine Tragödie kann sich in wenigen Minuten und im 21. Jahrhundert erst schon in Sekundenschnelle abspielen. Wir sind mitten in einer neuen technologischen Revolution, da der Computer das allgemeine, auch von Militärs angebetete Idol ist. Ein Computerfehler — stellen Sie sich die Situation für einen Augenblick vor —, und die Kampfbereitschaft der Raketen gipfelt in einem sinnlosen Inferno, im Untergang der Zivilisation. Wie werden die Erkenntnisse des Intellekts verwendet, für oder gegen den Menschen? Stehen wir nicht am Abgrund des Nichtseins, vor der Apokalypse? Das sind die verfluchten Fragen. Auch die Urheber der Star-War-Konzeption müssen sich diese Fragen vorlegen. Es wäre naiv zu glauben, ein 'kosmischer Schild' werde den Amerikanern die Möglichkeit geben, sich ruhig abseits zu verhalten, während die anderen Völker zugrunde gehen. Es ist Heuchelei zu glauben, Präsident Reagan würde es gelingen, ein neugebackener Noah zu sein.

Ich habe viel über die Gefährlichkeit der abgekapselten Welt des 'kleinen Mannes', der durch Chauvinismus-Injektionen zu einem militanten Marodeur erzogen wird, geschrieben. Und doch ist sein Größenwahn nur ein Produkt der wahnwitzigen Träume jener, die in der Gesellschaft, in welcher ich lebe, am Staatsruder sind.

Die Welt steht jetzt im Zeichen eines heraufziehenden Gewitters. Das Sowjetvolk weiß, was Krieg ist. In den USA dagegen hat man keine Ahnung von seiner blutüberströmten Fratze. Der 'Durchschnittsamerikaner' denkt, ein Krieg sei etwas wie ein Tornado im Süden Floridas, Zerstörungen ließen sich schnell beseitigen, Verluste abschreiben, und alles werde nach wie vor sein. Viele in den USA geben sich der Illusion hin, der Krieg werde nicht zu ihnen über den Ozean schreiten, vielmehr sich auf die Alte Welt beschränken. Für viele Amerikaner, besonders aus der Provinz, sind die Mahnungen von Wissenschaftlern über die katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges nur Schall und Rauch. Auch im Pentagon nimmt man solche Mahnungen nicht ernst. Nun, gewisse Kreise in Übersee haben sich schon immer am Krieg bereichert. Aber kann man im Nuklearzeitalter den 'Feind' vernichten und dabei überleben? Solche Berechnungen der amerikanischen Strategen sind lächerlich und gefährlich. In einem nuklearen Weltenbrand werden Aggressor und Opfer gleich eingeschert werden..."

Friedrich Dürrenmatt liebt die altgriechische Kunst. Häufig verwendet er in seinen Werken antike Fabeln und Sagen. Doch kommt es ihm immer darauf an, eine Brücke zwischen dem Altertum und der Welt von heute zu schlagen. Er will verstehen, warum ein in seinem Wesen guter Mensch zu einem Verbrecher wird, was ihn dazu bewegt, die unsichtbare Grenze zwischen Gut und Böse zu überschreiten.

"Die Wurzeln des Übels verstehen, heißt, einen Ausweg aus der moralischen Sackgasse weisen", sagt der Schriftsteller, "heißt, der Gesellschaft, in welcher der Mensch des Menschen Wolf ist, eine Alternative vorschlagen, obwohl das 'Vermenschlichen des Wolfes' keineswegs leicht und dazu sehr langwierig ist."

## Was würde Sokrates sagen?

"Wenn schon die Rede von Ethik ist, kann ich nicht umhin, festzustellen: Wie modern nähme sich doch Sokrates heute aus! Ich sehe ihn nachgerade, wie er auf dem Agora ausruft: 'O Jüngling von Athen! Durch die Löcher deiner Toga guckt der Ehrgeiz hindurch.' Wie aktuell sind diese Worte jetzt, da einige ehrgeizige Politiker das Volk zum Spielball ihrer Prätentionen zu machen versuchen! Schauen Sie, wie modern doch die Gedanken des Sokrates an die Ethik und das menschliche Verhalten klingen. Und seine furchtlose Suche nach der Wahrheit, nach Mut und Tugend (wir wollen für einen Augenblick davon absehen, daß er ein Sklavenhalter war)? Obrigens forderte Sokrates im Unterschied zu Platon nie dazu auf, die Schriften seiner Gegner, der Materialisten, zu verbrennen. Denken Sie an seine philosophische Haltung gegenüber dem Ruhm und dem Tod. Und sein berühmtes 'Ich weiß nur, daß ich nichts weiß' — ist das denn kein Ariadnefaden für jeden, der ins Leben tritt? Über all das schreibe ich jetzt ein Stück. Nach meiner Version starb der schlaue Sokrates zweimal: einmal zum Schein in Athen, um die Reaktion seiner Schüler und der anderen Mitmenschen zu sehen, und dann schon in Syrakus. Das wird eine ironische Komödie, Platon und auch die damaligen 'schwarzen' Obristen werden's darin gehörig abkriegen."

"Dieses Thema haben Sie, glaube ich, schon im Stück 'Der Prozeß um des Esels Schatten' behandelt?"

"Die Ambitionen und Schlappen der altgriechischen Weissager bilden die Klassik der Heuchelei. Mögen doch einige gegenwärtige Politiker ja nicht glauben, sie wären Neuerer unter Weissagern. Auch vor ihnen gab es Parteien, die nur Seifenblasen waren, auch im Altertum bereicherten sich Waffenhändler am Ehrgeiz der Politiker."

"Gestatten Sie, daß ich ein Zitat aus diesem Stück anfühe: 'Die Thukydides Waffen AG in Korinth bietet Ihnen deshalb ihre Hilfe im Kampf um die höchsten Ideale und um den Frieden an. Und offeriert Ihnen prima Schwerter erster Qualität, besonders für Bürgerkriege und Straßenschlachten geeignet, zu den untenstehenden Extratreissen.'"

"Ja", lächelt Dürrenmatt, "das Waffengeschäft existierte noch vor den heutigen Rüstungsbaronen. Auch in der Antike sorgten sich die Produzenten von

Todeswaffen um ihre Gewinne, auch damals warben sie für ihre Ware, wie sie heute etwa für neue Kriegsführungsmethoden und neue Menschenvernichtungsmittel werben."

"Hauptmann Tiphs aus Ihrem Stück versicherte, Mazedonien könne nur mit Hilfe von Kamelen eine Großmacht werden. Wie er sagte, brauche man 'Kamele. Nur Kamele. Einen ganzen Haufen... Mit einer gut dressierten Kamelreiterei rennen die ganz Griechenland über den Haufen, weil die Kamele viel höher sind als die griechischen Pferde.' Könnte man einen Vergleich anstellen zwischen den 'Ideen' des Tiphs und den Plänen gewisser Militärs von heute, die davon träumen, sich mit Hilfe einer 'himmlischen Kamelreiterei' die ganze Welt zu unterwerfen? Zwar möchte eine solche Parallele vielleicht jemandem kurios scheinen..."

"Doch, man kann. Aber wissen Sie, für jedes Gift gibt es schließlich ein Gegengift. Zuerst war da die gewöhnliche Reiterei — sie wurde, sagen wir mal, von der Kamelreiterei überholt. Die Linienschiffe und Kreuzer riefen U-Boote ins Leben. Gegen die Flugzeuge erfand man Raketen. Auch für das Programm der 'Sternenkriege' wird sich ein Gegengift finden. Doch kann das nicht bis in alle Ewigkeit dauern. Die Geschichte der Menschheit bezeugt: Ein geladenes Gewehr schießt letzten Endes doch. Aber unsere Epoche unterscheidet sich von jener der alten Griechen dadurch, daß immerhin eine nukleare Salve die allerletzte, das Verhängnis schlechthin sein würde."

Sein oder Nichtsein — das ist jetzt die Frage nicht eines einzelnen, sondern der Menschheit. An sich ist das Problem von Sein und Nichtsein ein philosophisches. Deshalb erfordert es eine wissenschaftliche Behandlung, die im Kommunismus als idealem Gesellschaftssystem möglich wäre. Dieses System wird dem menschlichen Intellekt die maximale Freiheit sichern. Doch darf man nicht vergessen, wie schwer es ist, dieses System in die Tat umzusetzen. Die Menschen sind keineswegs ideal, der Übergang von einer sozialen Formation zu einer anderen ist ein überaus komplizierter Vorgang."

In Dürrenmatts Prosa und Dramen nimmt die Erforschung der Beziehung zwischen Geld und Macht einen großen Raum ein. Warum dieser scharfe Protest?

"Das Geld ernährt die Macht, und das Geld bringt die Korruption hervor", antwortet der Schriftsteller. "Das ist das Wesen der Gesellschaft, deren Gesetz 'Homo homini lupus est' lautet. Gegen solche grausamen Gesetze kämpfe ich."

"Wie definieren Sie Ihre schöpferische Methode?"

"Hätten Sie Mozart bei seinen Lebzeiten gefragt, worin das Geheimnis seiner Musik liege, hätte er Ihnen geantwortet: ein H, ein B und noch ein H. Genauso ist es bei den Schriftstellern: Buchstaben, Wörter, Zeilen... Im Ernst aber habe ich

viele meiner Sachen selbst nach ihrer Veröffentlichung in ständiger Arbeit. Ich korrigiere fortwährend daran herum und kann das nicht lassen."

## Der Schriftsteller zeichnet

Friedrich Dürrenmatt ist auch Zeichner. Vor kurzem wurden im Museum von Neuchatel seine Graphiken ausgestellt. "Ich wollte ja Maler werden", sagt Dürrenmatt. "Erst später entdeckte ich die Literatur für mich. Als dann das Drama an die Reihe kam, zeichnete ich meine Figuren, bevor ich den Text schrieb. Karikaturen sind meine Schwäche, ich male auch Bildnisse. Den Sinn der künstlerischen Beschäftigung mit diesen beiden Arten, denen ich nachgehe, sehe ich darin, dem Menschen nicht das Vernichten, sondern das Schöpfen beizubringen. Dazu muß man den Weg zu seinem Herzen und seinem Kopf suchen. Als ich z. B. für Zeitungen zeichnete, ging es mir darum, dem Leser von den Kernwaffen, von der monströsen Bombe, die unseren Planeten bedroht, eine visuelle Vorstellung zu vermitteln. Unser in Gefahr schwebender Planet ist ein Thema meiner in Neuchatel ausgestellten 130 Arbeiten."

"Gestatten Sie mir abschließend die

traditionelle Frage: Was möchten Sie Ihren Lesern in der UdSSR übermitteln?"

"Heute gibt es in der Welt mehr Sorgen als zu der Zeit, da ich zu schreiben begann. Mehr Kranke, Unglückliche, Hungrige. Aber ich verzeifle nicht, ganz im Gegenteil. Laßt uns gemeinsam über die gemeinsamen Geschicke der Völker nachdenken und es erreichen, daß der Alb eines dritten Weltkrieges nicht auf die Menschen drückt, daß sie ihren Kindern und Enkelkindern mehr Zeit widmen, mehr Zeit für ihre Freuden und ihre Leiden haben. Das Wichtigste ist jetzt, das Abgleiten zum Krieg abzufangen und es so weit zu bringen, daß die Raketen und Bomben für immer vernichtet werden."

Die russische und sowjetische Literatur war in ihrer Sorge um das Schicksal der Menschheit schon immer beispielgebend. Einst sprach ich darüber mit Ilja Ehrenburg, Gogol, Tolstoi, Dostojewski, Tschechow — das ist die Quintessenz der allgemeinmenschlichen Erfahrungen, ein Ozean des Wissens um Mensch und Gesellschaft.

Glück und Frieden, das möchte ich den Sowjetbürgern wünschen", sagt Friedrich Dürrenmatt beim Abschied.

W. KUSNEZOW

Neuchatel--Genf

## BIOGRAPHISCHES



## VORSITZENDER DES BUNDESEXEKUTIVRATES DER SFRJ BRANKO MIKULIC

nisten Jugoslawiens (BdKJ) Skupstina der Republik. 1969-1978 Vorsitzender bei.

Nach dem Krieg bekleidete Branko Mikulic verschiedene Posten in gesellschaftlichen und politischen Organisationen und in den Leitungsgremien von Bosnien und Herzegowina — er wurde zum Vorsitzenden des Volkskomitees in Bugojno, zum Sekretär der Kreisgremien des BdK in Bugojno, Jajce, Livno und Zenica gewählt sowie zum Vorsitzenden der Skupstina der Republik.

1964-1967 war Branko Mikulic Sekretär des ZK des BdK von Bosnien und Herzegowina und dann Sekretär des Exekutivkomitees des ZK des BdK der Republik. 1967 Vorsitzender des Exekutivrates der

des ZK des BdK von Bosnien und Herzegowina und — in dieser Stellung — Mitglied des Präsidiums des ZK des BdK. Auf dem XI. Parteitag des BdKJ (1978) erneut in das Präsidium des ZK des BdK und dann zum Vorsitzenden für ein Jahr gewählt. 1982 wurde Branko Mikulic zum Vorsitzenden des Präsidiums von Bosnien und Herzegowina gewählt. Seit 1984 Mitglied des Präsidiums der SFRJ.

Auf dem XIII. Parteitag des BdKJ (1986) in das ZK des BdK gewählt.

Branko Mikulic wurde mit einer Reihe hoher Regierungsauszeichnungen geehrt.

Auf der Tagung der Skupstina wurde Branko Mikulic zum Vorsitzenden des Bundessexekutivrates der SFRJ gewählt. Er wurde am 10. Juni 1928 in Gornji Vakuf (Bosnien und Herzegowina) geboren. Von Nationalität Kroate. Absolvierte die Wirtschaftshochschule in Zagreb. Seit 1943 nahm er am nationalen Befreiungskrieg teil. 1945 trat er dem Bund der Kommu-

# MAN FRAGT UNS...

Mir ist bekannt, daß zwischen Spanien und Großbritannien ein jahrelanger Zwist herrscht wegen der Souveränität über Gibraltar. Könnten Sie nicht etwas ausführlicher über die Geschichte des Konflikts und darüber schreiben, was es im Tauziehen zwischen Madrid und London Neues gibt?

Nikolai TUGARIN  
Sischelykowo, Gebiet Kostroma

## Der Schlüssel zum Mittelmeer

Gibraltar ist die einzige Kolonie Großbritanniens auf dem europäischen Kontinent und eine der wenigen in der Welt noch bestehenden Kolonien. Ein schmaler, nur 6,5 Quadratkilometer Fläche messender Kalkfelsen ist schon seit Jahrhunderten Gegenstand bewaffneter und diplomatischer Konflikte. Das lebhafte Interesse, das Spanien und Großbritannien und neuerdings die USA und andere NATO-Staaten für Gibraltar entwickeln, ist nichts weniger als zufällig. An der Ausfahrt aus dem Mittelmeer zum Atlantik gelegen, bildet Gibraltar faktisch eine Kommandohöhe, die die Möglichkeit gibt, die Straße von Gibraltar, einen der wichtigsten Abschnitte der Seestraßen der Welt, zu kontrollieren.

### Der Stein des Anstoßes

Als erste wußten die Araber die militärischen Vorteile Gibraltars zu schätzen. Im Jahre 711 drangen Truppen von Berbern und Arabern unter Tarik ibn Zaid in die Gebiete der Pyrenäenhalbinsel ein. Die Mauren ließen sich in Spanien nieder und verwigted das Andenken des in ihrem Dienst stehenden persischen Feldherrn im Namen der Spitze: Dschebel al-Tarik (Berg des Tarik). Mit den Jahren wurde das als Dschibraltar bzw. Gibraltar ausgesprochen.

Erst Mitte des 15. Jahrhunderts gelang es Spanien, das sich inzwischen vereinigt hatte, Gibraltar zurückzuerhalten. Isabella von Kastilien, Königin von Spanien, sah in Gibraltar den Schlüssel zu ihren Landen und trug ihren Nach-

kommen auf, Gibraltar gut zu bewachen. Doch 1704, während des spanischen Erbfolgekrieges, bemächtigten sich die Engländer der Festung von Gibraltar, die bis dahin als die unbesiegbare Europas gegolten hatte. Admiral George Rooke hißte den Union Jack über dem Felsen, und der Utrechter Frieden von 1713 verankerte



die Tatsache, daß Gibraltar eine Besitzung der britischen Krone sei. Seitdem hat Großbritannien Gibraltar zu einem mächtigen See- und später auch Luftstützpunkt ausgebaut. London benutzte es als Aufmarschgebiet für seine Expansion ostwärts. Auch heute spielt die Festung eine wichtige Rolle in der Mittelmeerstrategie von White Hall. Mehr noch, wie Margaret Thatcher erklärte, sei Gibraltar ein "würdiger Beitrag" Großbritanniens zur NATO.

Wiederholt versuchte Spanien bald mit diplomatischen bald mit militärischen Mitteln, sich diesen wichtigen befestigten Punkt zurückzuholen. Die letzte und in Gibraltars Geschichte schwerste Belagerung (1779–1783) wird in der

britischen Geschichtsschreibung "die große Belagerung" genannt. Doch auch sie brachte der spanischen Krone keinen Sieg.

1940 machte Spanien seine Rechte auf Gibraltar erneut geltend, doch der zweite Weltkrieg schob die Lösung des Problems auf. Die Bedeutung Gibraltars als günstiger strategischer Punkt und wichtige britische Basis nahm zu. Die Festung versperrte den Schiffen des Gegners die Durchfahrt, dort wurden transatlantische Konvois umgruppiert, sie diente ferner zur Versorgung und zur Reparatur von Schiffen. Von hier begann in der Nacht zum 8. November 1942 die Operation "Torch" (Fackel), d. h. die Landung britischer und amerikanischer Truppen an der Afrikaküste.

Auch die Spitzen des "Dritten Reichs" wußten um die entscheidende Bedeutung Gibraltars für den Mittelmeerraum. Geheime Dokumente aus den Archiven bezeugen, daß Hitler sich mit Plänen trug, die Halbinsel zu besetzen, und nur die Siege der Sowjetarmee an der Ostfront zwangen ihn zur Aufgabe.

Nach dem Krieg zerbröckelte Großbritanniens Kolonialreich. Im Mittelmeerraum wurde 1960 Zypern unabhängig, vier Jahre später auch Malta. Um so größere Bedeutung hatte Gibraltar für London. Trotz der aktiveren Handlungen Spaniens dachte Großbritannien nicht daran, auf die Halbinsel zu verzichten.

Spanien forderte im UNO-Ausschuß für Entkolonialisierung (Komitee der 24), die Gibraltarfrage zu überprüfen. 1963 erkannte die UNO Gibraltar als Territorium an, auf welches sich die Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und Völker erstreckte. Die Gibraltarfrage wurde in der UNO-Vollversammlung mehrmals erörtert, und sie forderte Großbritannien auf, mit Gibraltars kolonialem Status Schluß zu machen. Außerdem wurden die Regierungen Großbritanniens und Spaniens aufgefordert, eine beiderseits annehmbare Lösung zu finden.

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit mußte sich Großbritannien zu Verhandlungen bequemen, aber schon die ersten Treffen mit der spanischen Delegation zeigten: London beabsichtigte nicht, seinen Militärsitzpunkt freiwillig aufzugeben. Mehr noch, im September 1967 führte die britische Regierung in Gibraltar ein Referendum durch. Die meisten Einwohner des Territoriums sprachen sich für die Autonomie im Rahmen einer freien Assoziation mit Großbritannien aus. Mehrere Faktoren hatten dieses Abstimmungsergebnis bewirkt. Vor allem wurde das Referendum unter dem Kolonialregime durchgeführt, und auf dem Stützpunkt befand sich ein Kontingent britischer Truppen und eine große Anzahl bri-

tischer Bürger. Von enormer Bedeutung war die Tatsache, daß die Wirtschaft der Kolonie fast ausschließlich auf das "Mutterland" orientiert ist und in den Jahren seiner Präsenz hatte der britische Imperialismus der dortigen Bevölkerung die eigenen Vorstellungen, Sitten und die eigene Lebensweise angewöhnen können. Und schließlich — last not least — verhielten sich die Gibraltarer zur faschistischen Franco-Diktatur ausgesprochen negativ.

Im August 1969 "schenkte" die Königin von Großbritannien Gibraltar eine Verfassung: Selbstverwaltung unter der Bewachung des britischen Militärgouverneurs. In die Präambel der Verfassung wurde auf Betreiben der britischen Behörden eine Bestimmung aufgenommen, die ihnen bis auf den heutigen Tag einen weiten Spielraum läßt. Sie besagt, daß die Souveränität über Gibraltar entgegen dem Willen seiner Bevölkerung keinem anderen Staat übergeben werden dürfe.

Madrid erkannte weder das Ergebnis des Referendums noch die Verfassung an. Franco schloß die Grenze zwischen Gibraltar und Spanien, verbot See-, Fährschiff- und Lufttransporte. Die Telefon- und Telegrafieverbindung wurden unterbrochen und der spanische Konsul abberufen. Am Tor, das den Felsen von der benachbarten spanischen Stadt La Linea trennte, wurde ein riesiges Vorhangeschloß angebracht. Es sollte veranschaulichen, daß die Grenze für immer verschlossen war.

So begann die vollständige Blockade Gibraltars.

## Ergebnisse der Isolierung

Die Hoffnung des Franco-Regimes, die Isolierung würde die Gibraltarer und in Endkonsequenz auch die Engländer zu Zugeständnissen zwingen, bewahrheitete sich nicht. Weit davon entfernt, auf Großbritannien Druck auszuüben, festigte Gibraltars Bevölkerung seine Verbindungen zu ihm noch mehr.

Das erste, was bei einem Besuch in Gibraltar auffällt (neben dem Militärfestpunkt befindet sich dort nur die gleichnamige Stadt), ist die große Ähnlichkeit mit einer britischen Stadt. Die Bobbies wandern durch die Straßen, die Telefonzellen und Postkästen sind ebenso rot wie in England, und als Symbol des Patriotismus reinsten Wassers weht ein Union Jack im Winde. Funk, Presse, Fernsehen und das gesamte Schulsystem (in Gibraltar besteht keine Universität) sollen die Illusion einer unlösaren Einheit mit dem "Mutterland" schaffen. In einem Interview für die "Tribune de Genève" gab Joshua Hassan, Chefminister Gibraltars, zu: "Man kann uns zweifellos für Andalusier halten, aber nur rein äußerlich, bedenkt

man, daß unsere Erziehung und unser Temperament durch und durch britisch sind."

Vor allem aber ist Gibraltar in wirtschaftlicher Hinsicht völlig von London abhängig. Die Wirtschaft beruht auf drei "Eckpfeilern": auf den Einkünften aus dem Betrieb des britischen See- und Luftstützpunktes, auf den Eingängen aus der Nutzung des künstlichen Hafens und der Hafenanlagen für den Aufenthalt und das Beladen von Transitschiffen sowie auf Tourismus und Handel, der Grundlage der Wirtschaft.

Sehr akut ist auf der Halbinsel das Wohnungsproblem, weil lediglich zwei Drittel der winzigen Fläche sich für die Bebauung eignen. Zudem ist über die Hälfte des Territoriums von Objekten des britischen Verteidigungsministeriums besetzt. Das Bauen auf Gibraltar ist sehr kostspielig, und die Profitsucht der Auftragnehmerfirmen schraubt die Mieten unglaublich in die Höhe.

## Europas

### Pulverfaß

Es ist bezeichnend, daß im Prozeß der Verhandlungen über die Zukunft Gibraltars weder London noch Madrid die Frage über eine Beseitigung der Militärfestpunkte in Betracht ziehen. Spanien forderte die Übergabe Gibraltars unter seine Hoheitsgewalt, und vorausgesetzt, daß Großbritannien auf den Kompromiß eingeht, erklärte sich mit einer Beibehaltung britischer Militärbasis einverstanden. London wiederum, bestrebt Gibraltar um jeden Preis zu halten, signalisierte Bereitschaft, in zweitrangigen Fragen nachzugeben.

Spanien wie auch Großbritannien hegen für die Region nicht gerade harmlose Pläne. Auf dem gegenüberliegenden marokkanischen Ufer unterhält Spanien zwei Exklaven: Ceuta und Melilla, die für Madrid strategisch so interessant sind, wie Gibraltar für London. Madrid weigert sich, sie ihrem rechtmäßigen Besitzer zu übergeben, und rechnet damit, zusammen mit der Militärbasis auf Gibraltar die Straße von Gibraltar vollständig kontrollieren zu können.

Was meint Washington dazu? Nachdem die NATO-Strategen das Mittelmeer, das südliche Schwarze Meer, Bosporus und die Dardanellen als "südeuropäischen Kriegsschauplatz" bezeichnet hatten, der in ihren "Verantwortungsbereich" fällt, hat auch Gibraltar für sie eine Schlüsselkraft. Der "Schlüssel" ermöglicht ihnen im Konfliktfall den Zugang zum Mittelmeer zu blockieren. Die NATO-Führung schließt auch die Möglichkeit nicht aus, Atomwaffen einzusetzen, besonders nukleare Wasserläden für den Kampf gegen U-Boote. Der Felsen von Gibraltar soll selbst Waffe werden.

Die Öffentlichkeit der Mittelmeirländer ist sehr beunruhigt über Großbritanniens Schweigen in der Frage, ob es auf Gibraltar Atomwaffen oder deren Komponenten gibt.

Derweil nahmen die langjährigen und erfolglosen Gibraltarverhandlungen ihren Lauf. Am 5. Februar 1985 trafen in Genf der britische Außenminister Howe und sein spanischer Kollege Moran zusammen. In der Nacht zum 5. Februar hatte sich das "historische" Ereignis abgespielt: Tore waren aufgesprungen, die Gibraltar und La Linea getrennt hatten. 16 Jahre Blockade waren zu Ende. In den Verhandlungen kamen konkrete, aber zweitrangige Fragen zur Sprache. Die Behandlung der wichtigsten Frage, der Souveränität Spaniens über Gibraltar, verschob man auf das Folgetreffen der Minister, das für Dezember 1985 in Madrid angesetzt war. Auch dieses brachte keinen Fortschritt.

Die Regierung Gonzalez hat nichts dagegen, den NATO-Poker mitzuspielen. Einerseits spekulieren spanische Regierungskreise auf das Nationalgefühl der Spanier und wollen ihnen suggerieren, daß sich das Gibraltarproblem am schnellsten in der NATO lösen lasse. Damit wollen sie das Land eng in die "atlantische Gemeinschaft" einbinden. Andererseits will Madrid Gibraltar als Trumpf in der Hand behalten, um in den Genüß der "Meistbegünstigungsklausel" zu kommen. Der spanische Verteidigungsminister Serra weiß natürlich, wie groß der Wunsch auf NATO-Seite ist, Spanien nicht nur dem politischen, sondern auch dem militärischen Bündnis einzuverleben, und erklärte sofort nach der Volksbefragung zur NATO-Mitgliedschaft Spaniens: Dazu sei das Land erst bereit, wenn es die Oberhoheit über Gibraltar erhalte. Nach ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen im Juni hatten die Führer der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei erklärt, daß sie die Rückgabe Gibraltars durchsetzen werden.

Die Existenz eines bedeutenden Militärfestpunktes auf Gibraltar stärkt die Sicherheit in der Mittelmeerregion nicht im geringsten. Den Interessen der Anliegerstaaten wäre am ehesten mit einer Verwirklichung der Vorschläge gedient, die die Nichtpaktgebundenen für eine Umwandlung des Mittelmeers in eine Zone des festen Friedens und der Zusammenarbeit gemacht haben. Die UdSSR unterstützt diese Vorschläge ganz entschieden und ist bereit, zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Es sei daran erinnert, daß auch die sowjetischen Vorschläge weiterhin in Kraft sind, vertrauensbildende Maßnahmen in der Region zu schaffen, die Truppenstärken zu reduzieren, Schiffe aus dem Mittelmeer abzuziehen, die als Stützpunkt für Kernwaffen dienen, und keine Kernwaffen auf dem Territorium atomwaffenfreier Staaten zu stationieren.

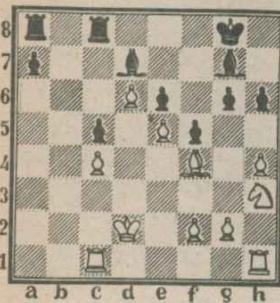
R. PETSCHNIKOWA

# In Zeitnot

Keine der 5 Partien der zweiten und dritten Woche des Revanchespiels Garry Kasparow--Anatoli Karpow in London ähnelte der anderen.

In der 4. Partie, die der Weltmeister nach erbittertem Ringen gewann, gab es keine besonderen Probleme. Kasparow, der sich das passive Eröffnungsspiel des Ex-Weltmeisters zunutze zu machen suchte, ergriff die Initiative und schickte an der Flanke einen Bauern vor, um ihn in eine Dame zu verwandeln. Die Partie wurde verlängt, doch Karpow (Schwarz), der inzwischen zu dem Schluß gekommen war, daß der Bauer nicht rechtzeitig gestoppt werden kann, gab die Partie ohne Wiederaufnahme verloren.

In der 5. Partie spielte Karpow (Weiß) kühn die aktuelle Variante der Grünfeld-Indischen Verteidigung und forderte den Gegner auf, die Karten der Eröffnungsvorbereitung auf den Tisch zu legen. Der Ex-Champion nahm hier Partei für die klassische Theorie, die die Kraft eines



Bauernzentrums verteidigt. Der Weltmeister aber agierte als Opponent.

Am spannendsten wurde die Partie nach dem 20. Zug von Weiß.

Hier kann man gut den entfernten isolierten schwarzen Bauern auf a erkennen. Die übliche Einschätzung der Position muß Weiß sagen, daß energische

Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit der isolierte schwarze Bauer nicht triumphierend über das ganze Schachbrett marschiert. Man könnte eine ganze Reihe von Zügen vorschlagen, mit denen Weiß seine Damenflanke festigen könnte. Wie groß aber war das Erstaunen der Journalisten und offenbar auch Kasparows, als er die Entscheidung Karpows sah, den Springer ... von dem schwarzen Bauern fortzurücken! Mit dem großartigen Zug 20. Sg1-h3 zeigte Karpow dem Rivalen, daß er dessen Bauern keineswegs fürchtet und überdies nicht beabsichtigt, das Spiel auch auf der nächsten Vertikale zu führen. Es kam so, daß Anatoli Karpow zeitweilig auf 16 Feldern des Schachbretts nicht präsent war.

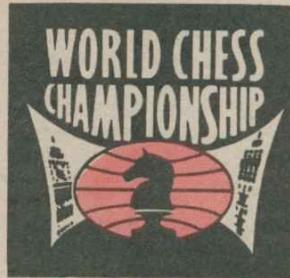
Ich weiß nicht, ob der Weltmeister gleich die ganze Tragik der Lage begriff, in die sein Bauer gelangt war.

Nun rückt er immer weiter vor, um zur Dame zu werden. Ohne ihn irgendwie zu beobachten, werden auf engem Raum die weißen Figuren umgruppiert. So ist nicht klar, wer von den beiden seine Variante besser vorbereitet, die geheimen Züge des anderen besser erraten hat. Die Wahrheit trat plötzlich zutage... Mit genauen Zügen des Turms stoppte Weiß den schwarzen Bauern, kreiste ihn ein und attackierte ihn mit dem Springer. Die Lage wurde so klar, daß der Weltmeister die Uhr anhielt. Es stand wieder unentschieden — 2:5,2:5.

Nach dieser Niederlage machte Kasparow von Recht der Auszeit Gebrauch.

In der 6. Partie kam die Russische Verteidigung zur Anwendung. Die Partie endete mit einem Remis im 42. Zug.

In der 7. Partie gelangten Karpow und Kasparow in starke Zeitnot (das war etwas



Neues in dem Spiel), in der sie glänzend spielten.

Zum 40. Zug, dem Kontrollzug, schien sich ein Unentschieden abzuzeichnen. Die Rivalen verzichteten darauf, die Partie zu Ende zu spielen.

Die 8. Partie begann ruhig, doch hatte sie einen sehr interessanten Aspekt. Die Rivalen wiederholten die ersten Züge der vorhergehenden Partie, doch — mit der anderen Figurenfarbe. Während Kasparow sich bemühte, bei der Eröffnung zurückhaltend zu spielen, war Karpows Eröffnung abrupt, ja provozierend. Erneut wurde klar, daß das Spiel zu einer psychologischen Konfrontation der beiden Charaktere wird. Offenbar kann sich Karpow, gewohnt an ständige Siege, absolut nicht an das Kräftegleichgewicht auf dem Schach-Olymp gewöhnen und, um die verlorenen Positionen schneller wieder zu erobern, verletzt er selbst unbewußt die gewöhnlich von ihm respektierten Gesetze der Schachstrategie. Er spielt sozusagen gegen sich selbst. Wie wäre sonst seine übereilte Entscheidung zu erklären, Kasparow die Position des Angreifers zu überlassen, die jener so schätzt!

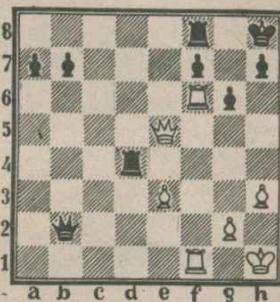
Den Höhepunkt erreichte das Spiel zum 22. Zug von Weiß. Kasparow hätte mit einem Läufer den schwarzen Turm nehmen können, doch er handelte anders, wobei er zweifelsohne die beiderseitige Zeitnot berücksichtigte. Der Weltmeister tauschte einige Figuren aus, doch schuf er einige Bedrohungen unmittel-

bar bei dem schwarzen König. In diesem Augenblick verblieben Karpow 8 Minuten, Kasparow aber doppelt soviel! Bis zum Kontrollzug aber waren es noch viele Züge — gerade erst hatte Kasparow den 26. Zug getan, wobei er den weißen Springer in eine starke Position brachte.

In dieser überaus dramatischen Situation vergebende Karpow wertvolle Minuten und Sekunden, bemerkte den unerwarteten 30. Zug von Weiß nicht und schaffte seinen 31. Zug nicht mehr. Nach den internationalen Regeln bedeutet das Senken der Flagge vor dem Kontrollzug den Verlust der Partie, was der Hauptschiedsrichter, Lothar Schmidt, auch fixierte.

Übrigens ist die Flagge da absolut unschuldig — die Position von Schwarz stand in diesem Augenblick klar auf Verlust.

Urteilen Sie selbst. Mit dem letzten Zug nahm Weiß von g5 mit der Dame den schwarzen Springer e5. Jetzt droht



die Eliminierung des schwarzen Turms durch den weißen Bauern. Die einzige Verteidigung von Schwarz ist die forcierte Variante 31. ... Td2, doch dann spielt Weiß 32. De7 Tdd8 33. T:f7 T.f7 34. T:f7 Kg8 35. K h2, worauf sich der Bauer von e3 auf e5 bewegen wird. Infolgedessen wird der weiße Turm dem schwarzen König Schach bieten können — T:f7-g7+. Deshalb bedeutet die Stellung von Schwarz Verlust.

In die vierte Woche des Londoner Teils des Revanchespiels traten die Rivalen mit 4,5:3,5 für Kasparow.

**Dawid BRONSTEIN**  
Internationaler Großmeister

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" \* Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache \* Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawa"

# TRANSIT ÜBER DIE UdSSR

## die kürzeste und günstigste Route

### von Europa

### nach Südostasien und

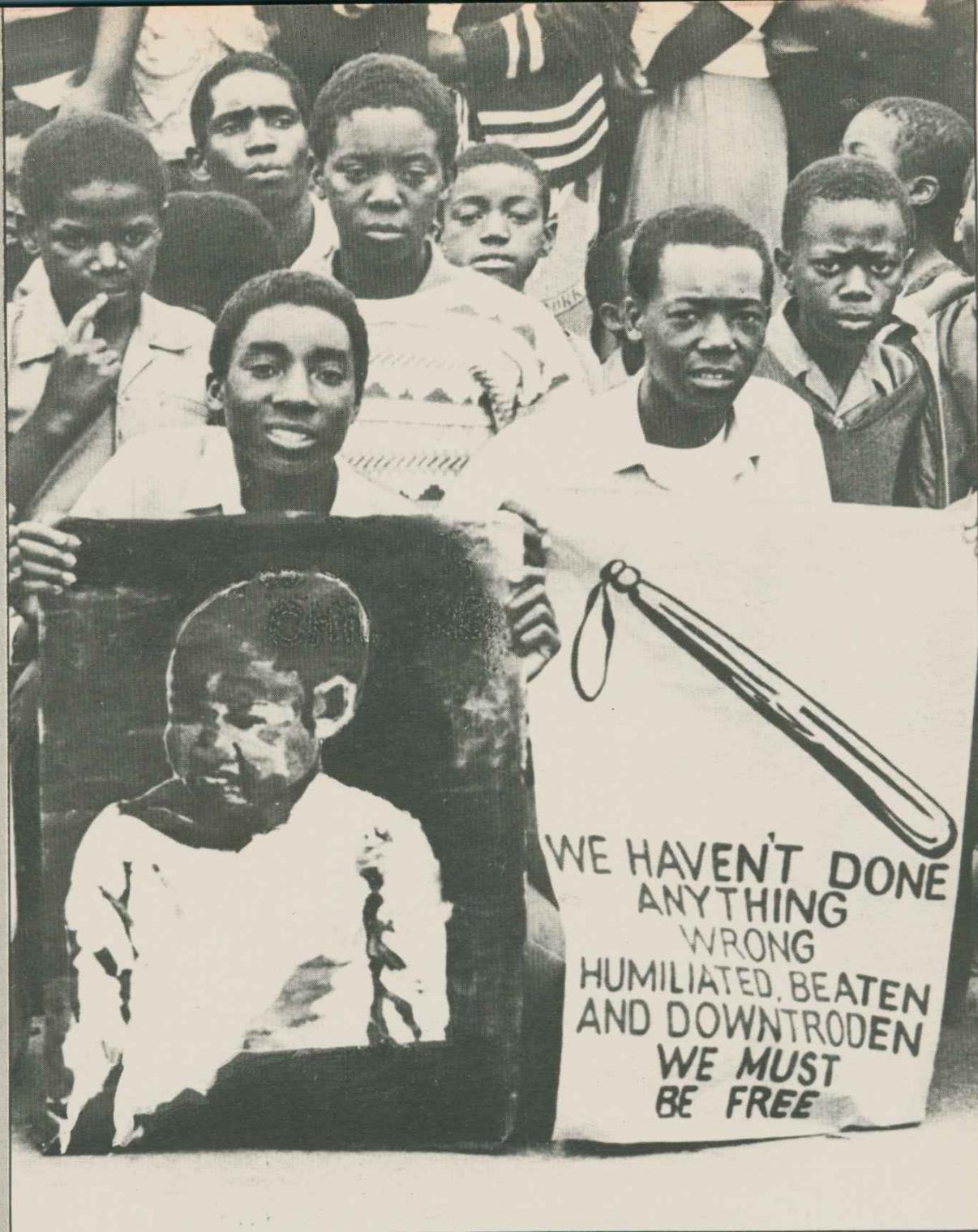
### dem Fernen Osten

Bei einem Zwischenauftenthalt in Moskau können Sie die sowjetische Hauptstadt und ihre berühmten Theater und Museen, ihre historischen und architektonischen Sehenswürdigkeiten erleben.  
Ausführliche Informationen über Transitreisen durch die UdSSR in jeder Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

**AEROFLOT - SOLIDER SERVICE**



**АЭРОФЛОТ**  
Soviet airlines



Gegen die Apartheid. Solidaritätsdemonstration in Lusaka



INTERNATIONALER  
FOTO- UND ZEICHENWETTBEWERB  
„JAHR DES FRIEDENS“

Aufnahme von  
Betwinson  
**MULENGA**  
(Sambia)